

Monatsbericht des BMF Oktober 2013





Monatsbericht des BMF Oktober 2013

Zeichenerklärung für Tabellen

Zeichen	Erklärung
	nichts vorhanden
0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
	Zahlenwert unbekannt
X	Wert nicht sinnvoll

□ Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis

Editorial	4
Überblick zur aktuellen Lage	6
Analysen und Berichte	7
Basel III - ein Meilenstein im Bankenaufsichtsrecht	
Ergebnisse der Steuerfahndung im Jahr 2012	23
Verfolgung von Steuerstraftaten und Steuerordnungswidrigkeiten: Ergebnisse 2012	29
Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage	33
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	33
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im September 2013	40
Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich September 2013	44
Entwicklung der Länderhaushalte bis August 2013	48
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	50
Termine, Publikationen	55
Statistiken und Dokumentationen	57
Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	
Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	
Gesamtwirtschaftliches Produktionspotential und Konjunkturkomponenten	97
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	111

Editorial

Sehr geehrte Damen und Herren,

die im Jahr 2007 in den USA ausgebrochene Finanzmarktkrise hat tiefgreifende Regulierungsdefizite des Weltfinanzsystems offengelegt. In vielen Ländern, auch in Deutschland, mussten Kreditinstitute mit umfassenden Rettungspaketen vor der Insolvenz bewahrt werden, weil die Banken nicht ausreichend gesichert waren gegen Schocks aus Stresssituationen im Finanzsektor und in der Wirtschaft. Dabei war von Anfang an klar, dass diese Sofortmaßnahmen durch eine nachhaltige Stärkung der Finanzarchitektur ergänzt werden mussten und dass dies angesichts der hohen Verflechtung der Finanzmärkte nur in enger internationaler Kooperation der Staaten mit bedeutenden Finanzmärkten gelingen würde. Vor dem Hintergrund der Folgen des Zusammenbruchs der Investmentbank Lehman Brothers im Herbst 2008 forderten die Staats- und Regierungschefs der G20-Staaten deshalb eine nachhaltige Stärkung der Widerstandskraft des Bankensystems, insbesondere durch eine Erhöhung der Eigenkapitalanforderungen.

Heute können wir feststellen, dass eine wichtige Etappe dieses beschwerlichen Weges erreicht werden konnte. Die vom Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht im Dezember 2010 veröffentlichten Empfehlungen zur Anforderung an die Qualität und die Quantität des Eigenkapitals, zu den neuen Liquiditätsregeln zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit der Banken im Krisenfall und zur Verbesserung der Offenlegungspflichten der Banken wurden zunächst auf europäischer Ebene umgesetzt. Die Europäische Kommission schlug in diesem Rahmen eine Neugestaltung des Bankenaufsichtsrechts vor. Dazu wurden die bestehenden europäischen Regelungen



der Banken- und Kapitaladäquanzrichtlinie vollständig überarbeitet. Diese so genannte vierte Änderung der "Capital Requirements Directive" (CRD IV) erfolgte als Paket, bestehend aus einer EU-Verordnung und einer EU-Richtlinie. Dabei ist die EU-Verordnung ein wichtiger Meilenstein, um der Europäischen Zentralbank für die ihr künftig zugewiesene Aufsicht über bestimmte europäische Banken ein einheitliches Regelwerk an die Hand zu geben.

Die EU-Verordnung und die EU-Richtlinie wurden im Juni 2013 nach bald zweijährigen - teilweise schwierigen - Verhandlungen in Brüssel vom Europäischen Parlament und vom Rat der EU gebilligt. Die neuen Regelungen müssen in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union ab dem 1. Januar 2014 zur Anwendung kommen. Deutschland hat in Brüssel stets auf eine zügige europäische Umsetzung der Baseler Vorschläge gedrängt und als erster Mitgliedstaat mit den erforderlichen gesetzgeberischen Maßnahmen zur nationalen Umsetzung begonnen. So wurde von der Bundesregierung dem Deutschen Bundestag bereits im Oktober 2012 der Gesetzentwurf eines CRD IV-Umsetzungsgesetzes vorgelegt. Diese Beschleunigung der nationalen Umsetzung hat sich gelohnt. Der Deutsche Bundestag hat dem CRD IV-Umsetzungsgesetz so rechtzeitig

□ Editorial

zugestimmt, dass mit der Anwendung der neuen Regeln in Deutschland am 1. Januar 2014 begonnen werden kann.

Zudem wurde Mitte dieses Monats die Grundlage für die erste Säule der europäischen Bankenunion geschaffen. Der Rat der Finanzminister der EU hat die Rechtstexte zur Errichtung eines einheitlichen europäischen Aufsichtsmechanismus (Single Supervisory Mechanism, SSM) für Banken beschlossen. Damit kann künftig die EZB die Aufsichtstätigkeit über die größten europäischen Banken ab Ende 2014 übernehmen.

Dr. Thomas Steffen

Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen

Überblick zur aktuellen Lage

Wirtschaft

- Die Konjunkturentwicklung in Deutschland bleibt angesichts günstiger gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen aufwärtsgerichtet. Dies zeigen die Wirtschaftsdaten an.
- Angesichts des deutlichen Beschäftigungsaufbaus ist die Lage auf dem Arbeitsmarkt insgesamt weiterhin als günstig einzuschätzen, wenngleich die Arbeitslosenzahl in saisonbereinigter Betrachtung seit Jahresbeginn leicht angestiegen ist.
- Die Verlangsamung des Preisniveauanstiegs auf der Verbraucherstufe setzte sich im September mit einer jährlichen Teuerungsrate von 1,4% fort. Eine Verbilligung von leichtem Heizöl und Kraftstoffen wirkte dabei dämpfend, während Nahrungsmittelpreise weiter anstiegen.

Finanzen

- Die gesamtstaatlichen Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) sind im September im Vorjahresvergleich um 7,8 % gestiegen. Hierzu trugen insbesondere die gemeinschaftlichen Steuern bei. Auch die Aufkommen der Landes- und Bundessteuern verzeichnen Zuwächse. Das gesamte Steueraufkommen für den Zeitraum Januar bis September übertraf das Vorjahresniveau.
- Nach wie vor verläuft die Entwicklung der Einnahmen des Bundes positiv. Sie stiegen bis einschließlich September gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 1,5 %. Die Ausgaben verzeichnen für den Vergleichszeitraum einen Anstieg von 1,3 %. Es lässt sich weder aus den einzelnen Positionen noch aus dem derzeitigen Finanzierungsdefizit von 26,2 Mrd. € eine verlässliche Vorhersage zur weiteren Entwicklung des Bundeshaushaltes im Jahresverlauf ableiten.
- Das Finanzierungsdefizit der Ländergesamtheit bis einschließlich August unterschreitet den Vorjahreswert um rund 3 Mrd. € und liegt derzeit bei knapp 2 Mrd. €.
- Ende September betrug die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe 1,93 %, die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – beliefen sich auf 0,23 %.

BASEL III - EIN MEILENSTEIN IM BANKENAUFSICHTSRECHT

Basel III – ein Meilenstein im Bankenaufsichtsrecht

Umsetzung von Basel III leistet entscheidenden Beitrag für die Stabilität der Finanzmärkte

- Mit Basel III werden wichtige Regelungen für einen besseren Ordnungsrahmen für die Finanzmärkte geschaffen, um die Widerstandskraft der Kreditinstitute gegenüber Schocks aus Stresssituationen im Finanzsektor und in der Wirtschaft zu stärken.
- Die Umsetzung auf europäischer Ebene erfolgt durch zwei Rechtsakte, deren strengere Anforderungen an die Banken ab dem 1. Januar 2014 in Kraft treten.

1	Hintergrund von Basel III	7
2	Ziel von Basel III	8
3	Umsetzung auf europäischer Ebene	8
3.1	Allgemeines	8
3.2	Inhalt der Verordnung (EU) Nr. 575/2013	9
3.3	Inhalt der Richtlinie 2013/36/EU	13
4	Nationale Umsetzung	14
4.1	Institutsbezogene Anwendung der europäischen Regelungen	
4.2	Grundsätze der Unternehmensführung (Corporate Governance)	15
	Kapitalpuffer	
4.4	Überprüfung und Bewertung	19
	Befugnisse zur Anordnung von Sanktionen	
5	Rechtsverordnungen zur Umsetzung technischer Einzelheiten	20
5.1	Solvabilitätsverordnung, Großkredit- und Millionenkreditverordnung	20
5.2	Finanzinformationenverordnung	
	Institutsvergütungsverordnung	
	Auchlick	21

1 Hintergrund von Basel III

Die im Jahr 2007 in den USA ausgebrochene Finanzmarktkrise verschärfte sich im September 2008 nach der Pleite der Investmentbank Lehman Brothers. In allen Staaten mit bedeutenden Finanzmärkten mussten Kreditinstitute vor der Insolvenz bewahrt werden, um den Zusammenbruch des Weltfinanzsystems zu verhindern. Zur Rettung deutscher Kreditinstitute wurde in Deutschland im Oktober 2008 der Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin)

geschaffen.¹ Rückblickend hat der SoFFin maßgeblich zur erfolgreichen Stabilisierung des deutschen Finanzmarkts beigetragen.

Die 400 Mrd. € für Garantien und 80 Mrd. € für Rekapitalisierungsmaßnahmen wurden aber zu keinem Zeitpunkt voll ausgeschöpft .Von den bereitgestellten Mitteln stehen per 31. Juli 2013 noch 17,1 Mrd. € an Rekapitalisierungsmaßnahmen und 1,1 Mrd. € an Garantien aus. Damit konnten die Maßnahmen, die ihren Höchststand im Mai 2010 beziehungsweise Oktober 2010 mit 168 Mrd. € (Garantien) und 29,4 Mrd. € (Kapitalhilfen) erreicht hatten, bereits deutlich reduziert werden.

 $^{^{\}text{1}}$ Der SoFFin wurde mit insgesamt 480 Mrd. \in ausgestattet.

BASEL III - EIN MEILENSTEIN IM BANKENAUFSICHTSRECHT

In der Mehrzahl der großen Industrieländer, insbesondere in den USA und in Großbritannien, kam es zu ähnlichen Rettungsprogrammen. Im Hinblick auf diese Notlage im Herbst 2008 wurden verschärfte Anforderungen an das Aufsichtsregime, insbesondere an die Höhe und die Qualität der Eigenmittel der Kreditinstitute, diskutiert. Die Staats- und Regierungschefs der G20-Staaten forderten deshalb im Rahmen der Gipfeltreffen des Jahres 2009 in London und Pittsburgh eine weltweit nachhaltige Stärkung der Widerstandskraft des Bankensystems durch Erhöhung von Qualität, Quantität und internationaler Vergleichbarkeit der Eigenmittel sowie der Liquidität der Kreditinstitute. In Erfüllung eines entsprechenden Arbeitsauftrags der G20 veröffentlichte der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht² im Dezember 2010 eine Empfehlung für neue Eigenkapital- und Liquiditätsstandards für international tätige Kreditinstitute (Basel III)3. Der Inhalt von Basel III wurde zuvor von den Staats- und Regierungschefs auf dem Gipfel der G20 am 11. und 12. November 2010 in Seoul gebilligt.

2 Ziel von Basel III

Basel III verfolgt das Ziel, die Widerstandskraft der Kreditinstitute gegenüber Schocks aus Stresssituationen im Finanzsektor und in der Wirtschaft zu stärken. Für die Erreichung dieser Ziele setzen die Reformen von Basel III auf zwei Ebenen an: zum einen bei der Regulierung auf Einzelinstitutsebene (mikroprudenzielle Regulierung), die zur

² Dem Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht gehören Mitglieder der Bankaufsichtsbehörden aus folgenden Ländern an: Argentinien, Australien, Belgien, Brasilien, Kanada, China, Frankreich, Deutschland, Hongkong, Indien, Indonesien, Italien, Japan, Korea, Luxemburg, Mexiko, Niederlande, Russland, Saudi Arabien, Singapur, Südafrika, Spanien, Schweden, Schweiz, Türkei, Großbritannien und Vereinigte Staaten von Amerika. Stärkung der Widerstandskraft der einzelnen Kreditinstitute beiträgt, und zum anderen über die Eindämmung systemweiter Risiken, die sich im gesamten Bankensektor aufbauen können, sowie die potenzielle prozyklische Verstärkung dieser Risiken im Zeitverlauf (makroprudenzieller Ansatz).

3 Umsetzung auf europäischer Ebene

3.1 Allgemeines

Basel III wird auf europäischer Ebene durch zwei Rechtsakte umgesetzt: zum einen mit der Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen, zur Änderung der Richtlinie 2002/87/EG und zur Aufhebung der Richtlinien 2006/48/EG und 2006/49/EG (ABl. L 176 vom 27. Juni 2013, S. 338) und zum anderen mit der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 646/2012 (ABl. L 176 vom 27. Juni 2013, S. 1). Mit beiden Rechtsakten werden die Empfehlungen von Basel III auf alle rund 8 200 Institute der Europäischen Union zur Anwendung gebracht. Obwohl auf europäischer Ebene die Verhandlungen bereits im Sommer 2011 begonnen hatten, konnte der ursprünglich angestrebte Termin für das In-Kraft-Treten am 1. Januar 2013 nicht eingehalten werden. Erst im Juni 2013 gelang die abschließende Einigung zwischen Europäischem Parlament und Rat, sodass die neuen Regelungen jetzt ab dem 1. Januar 2014 zur Anwendung kommen.

Verordnung (EU) Nr. 575/2013 und Richtlinie 2013/36/EU werden zusammengefasst häufig als CRD-IV-Paket bezeichnet. Für die Verordnung wird das Kürzel CRR (Capital Requirements Regulation) und für die Richtlinie das Kürzel CRD IV (Capital

³ http://www.bis.org/publ/bcbs189.pdf.

BASEL III - EIN MEILENSTEIN IM BANKENAUFSICHTSRECHT

Requirements Directive Number IV) benutzt. Diese Bezeichnung folgt der Benennung der Richtlinien 2006/48/EG und 2006/49/EG als CRD I (mit der Basel II im Jahr 2007 auf europäischer Ebene eingeführt wurde), der Richtlinien 2009/83/EG und 2009/111/EG als CRD II und der Richtlinie 2010/76/EU als CRD III.4

Die CRD II aus dem Jahr 2009 und die CRD III aus dem Jahr 2010 stellten bereits erste Reaktionen auf die Ursachen der Finanzmarktkrise dar. Mit der CRD II wurden insbesondere die Anforderungen an die Eigenmittelunterlegung für verschiedene Adressenausfallrisiken erhöht und für Verbriefungen verschärfte Regelungen eingeführt. Die CRD III erhöhte die Eigenmittelanforderung für das Handelsbuch und Wiederverbriefungen deutlich. Weiter wurden mit der CRD III erstmals Anforderungen an die Vergütungspolitik⁵ der Kreditinstitute durch die Bankenaufsichtsbehörden eingeführt, um von Vergütungssystemen ausgehende Fehlanreize zu beschneiden.

3.2 Inhalt der Verordnung (EU) Nr. 575/2013

Die Verordnung (CRR) ist ab dem 1. Januar 2014 unmittelbar geltendes Recht

⁴ CRD I wurde durch das Gesetz zur Umsetzung der geänderten Bankenrichtlinie und der geänderten Kapitaladäquanzrichtlinie vom 17. November 2006 (BGBl. I 2006, 2606), der Solvabilitätsverordnung, der Großkredit- und Millionenkreditverordnung sowie der Liquiditätsverordnung vom 14. Dezember 2006 (BGBl. I 2006, 2926 ff.) umgesetzt. CRD II wurde durch das Gesetz zur Umsetzung der geänderten Bankenrichtlinie und der geänderten Kapitaladäquanzrichtlinie vom 19. November 2010 (BGBl. I 2010, 1592) umgesetzt. CRD III wurde durch die Zweite Verordnung zur weiteren Umsetzung der geänderten Bankenrichtlinie und der geänderten Kapitaladäquanzrichtlinie vom 26. Oktober 2011 (BGBl. I 2011, 2103) umgesetzt.

⁵ Die Grundsätze zur Vergütungspolitik wurden durch das Gesetz über die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Vergütungssysteme von Instituten und Versicherungsunternehmen vom 21. Juli 2010 (BGBl. I 2010, 950) und die zugehörigen Rechtsverordnungen umgesetzt.

in jedem Mitgliedstaat der Europäischen Union und richtet sich in erster Linie an die beaufsichtigten Kreditinstitute und Wertpapierfirmen. Die CRR regelt im Wesentlichen die Höhe und die Anforderungen an die aufsichtsrechtlich bereitzuhaltenden Eigenmittel⁶, die eigenmittelbezogenen Risikovorschriften⁷, die Großkreditvorschriften8, die Liquiditätsvorschriften⁹, die Offenlegungspflichten¹⁰ und enthält Vorgaben zur künftigen Ausgestaltung einer Verschuldungsquote¹¹ (Leverage Ratio). Daneben lässt die Verordnung zur Abwehr makroprudenzieller Risiken die Verschärfung bestimmter Regelungen¹² zu und enthält zahlreiche Übergangsvorschriften¹³, mit denen es den Instituten erleichtert wird, die neuen Eigenkapitalanforderungen nebst Abzugsregelungen zu erfüllen.

Eine wesentliche Voraussetzung für eine gemeinsame Bankenaufsicht in der Europäischen Union ist ein einheitliches Regelwerk (Single Rulebook), das in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union unmittelbar anwendbares Recht ist. Diese Voraussetzungen werden mit der CRR geschaffen. Denn die CRR enthält in ihren wesentlichen Teilen eine Maximalharmonisierung und wird damit zur entscheidenden Rechtsgrundlage für die künftige europäische Aufsicht der Kreditinstitute durch die Europäische Zentralbank (EZB). Mit der CRR verfügt die EZB daher über europaweit unmittelbar geltende einheitliche Regelungen im Aufsichtsrecht für die von ihr zu beaufsichtigenden Kreditinstitute.

⁶ Artikel 25 ff. CRR.

⁷ Artikel 107 ff. CRR.

⁸ Artikel 387 ff., 507 CRR.

⁹ Artikel 411 ff. CRR.

¹⁰ Artikel 431 ff. CRR.

¹¹ Artikel 429, 430, 499, 511 CRR.

¹² Artikel 458, 459, 513 CRR.

¹³ Artikel 465 ff. CRR.

BASEL III - EIN MEILENSTEIN IM BANKENAUFSICHTSRECHT

Quantität und Qualität des Eigenkapitals

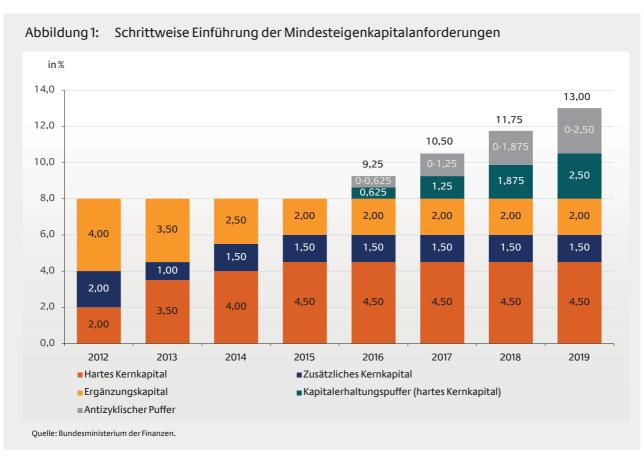
Hervorzuheben sind die neuen Regelungen zur Stärkung sowohl der Quantität als auch der Qualität des Eigenkapitals der Kreditinstitute. In diesem Rahmen gibt es künftig drei definierte Kapitalklassen: hartes Kernkapital, zusätzliches Kernkapital und Ergänzungskapital.

Zur Stärkung der Quantität erfolgt die schrittweise Erhöhung der Mindest-kapitalanforderungen für das harte Kernkapital von gegenwärtig 2% auf 4,5% der risikogewichteten Aktiva bis zum Jahr 2015. Zusammen mit weiteren 2,5% aus dem Kapitalerhaltungspuffer, den jedes Kreditinstitut schrittweise bis zum Jahr 2019 aufzubauen hat, steigt die Kapitalquote für das harte Kernkapital auf mindestens 7%. Darüber hinaus müssen weitere 1,5% an zusätzlichem Kernkapital gehalten werden. Parallel

dazu verringert sich das Ergänzungskapital von 4% auf 2%, sodass im Ergebnis eine Gesamtkapitalquote – ohne Kapitalpuffer – von mindestens 8% vorhanden sein muss.

Abbildung 1 gibt einen Überblick über den schrittweisen Aufbau der neuen Eigenkapitalquoten.

Eine höhere Qualität des Eigenkapitals wird zum einen durch strengere Anerkennungsvoraussetzungen für die Zurechnung von Kapitalbestandteilen zum harten Kernkapital erreicht und zum anderen durch schärfere Vorschriften für den Abzug bestimmter Positionen vom Eigenkapital. In diesem Rahmen besonders zu erwähnen sind die sogenannten Prudential Filters. Dabei handelt es sich um Abzüge, die insbesondere noch nicht realisierte Bewertungsgewinne oder -verluste aus der Fair-Value-Bilanzierung von Finanzinstrumenten und Immobilien sowie immaterielle Vermögenswerte wie z. B.



BASEL III - EIN MEILENSTEIN IM BANKENAUFSICHTSRECHT

den Goodwill berücksichtigen. Die Abzüge vom harten Kernkapital sollen die Höhe des Eigenkapitals konstant halten und stärkere Schwankungen vermeiden. Im Ergebnis wird damit die Nachhaltigkeit und Dauerhaftigkeit der einzelnen Eigenkapitalbestandteile und somit deren Risikopufferfunktion gesichert. Weiter soll damit die Vergleichbarkeit der Eigenkapitalquoten auf internationaler Ebene verbessert werden. Zusätzlich werden die Offenlegungsvorschriften für die Kreditinstitute im Hinblick auf die Kapitalbestandteile erweitert.

Das bedeutet, dass das harte¹⁴ Kernkapital künftig aus voll eingezahlten Kapitalinstrumenten, einbehaltenen Gewinnen und den offenen Rücklagen eines Kreditinstituts bestehen muss. Diese müssen den Kreditinstituten dauerhaft, uneingeschränkt und unmittelbar zur Abdeckung von Verlusten oder Risiken auf laufender Basis zur Verfügung stehen und so die Fortführung des Geschäftsbetriebs ermöglichen (going-concern). Um der Tatsache Rechnung zu tragen, dass innerhalb der Europäischen Union Kreditinstitute nicht nur in der Rechtsform der Aktiengesellschaft betrieben werden, wird in der CRR der Ansatz "substance over form" fortgeführt. Danach können auch andere Kapitalinstrumente als Aktien dem harten Kernkapital zugerechnet werden, wenn sie die Anerkennungsvoraussetzungen¹⁵ erfüllen. Für Kreditinstitute, die in der Form der börsennotierten Aktiengesellschaft betrieben werden, wird in Erwägungsgrund 72 der CRR die Erwartung ausgesprochen, das harte Kernkapital solle ausschließlich aus Aktien, einbehaltenen Gewinnen und offenen Rücklagen bestehen. In diesem Rahmen erstellt und veröffentlicht die Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA) künftig

Das zusätzliche¹⁷ Kernkapital umfasst Kapitalinstrumente, die nachrangig sind und grundsätzlich dauerhaft dem Kreditinstitut zur Verfügung stehen. Weiter muss es im Ermessen des Kreditinstituts stehen, ob Ausschüttungen auf das Kapitalinstrument erfolgen sollen. Für das zusätzliche Kernkapital muss künftig die Wandlung in hartes Kernkapital oder die Abschreibung möglich sein, wenn die harte Kernkapitalquote 5,125 % oder eine höhere, vom Kreditinstitut selbst bestimmte harte Kernkapitalquote unterschreitet. Im Übrigen dient das zusätzliche Kernkapital, wie auch das harte Kernkapital, der Abdeckung von Verlusten und Risiken auf laufender Basis und soll die Fortführung des Geschäftsbetriebs ermöglichen.

Die Aufwertung des harten und des zusätzlichen Kernkapitals geht einher mit einer Rückstufung des Ergänzungskapitals. 18 Seine Funktion ist auf den Gläubigerschutz im Insolvenzfall des Kreditinstituts beschränkt (gone-concern). Die Kapitalinstrumente des Ergänzungskapitals müssen dem Kreditinstitut nicht dauerhaft, aber mindestens für fünf Jahre zur Verfügung stehen und für den Fall der Insolvenz des Kreditinstituts nur nachranging rückzahlbar sein.

Liquiditätsstandards

Mit der CRR werden erstmals Mindeststandards für quantitativ ausgerichtete Anforderungen an die Liquidität der Kreditinstitute eingeführt. Damit soll die jederzeitige Zahlungsfähigkeit der Kreditinstitute gestärkt werden. Die neuen Mindeststandards sind eine Reaktion auf die Finanzmarktkrise, die deutlich machte, dass nicht nur Eigenkapital für das Überleben eines Kreditinstituts wichtig ist, sondern auch das

eine Liste¹⁶ der Instrumente des harten Kernkapitals.

¹⁴ Artikel 26 ff. CRR.

¹⁵ Artikel 28 CRR.

¹⁶ Artikel 26 Absatz 3 CRR.

¹⁷ Artikel 51 ff. CRR.

¹⁸ Artikel 62 ff. CRR.

BASEL III - EIN MEILENSTEIN IM BANKENAUFSICHTSRECHT

Vorhandensein einer Liquiditätsreserve. Die Liquiditätsreserve soll es dem Kreditinstitut erlauben, über einen gewissen Zeitraum den Abfluss von Einlagen oder anderer Liquidität zu verkraften. Zur Beurteilung der Frage, ob ein Kreditinstitut für den Krisenfall über ausreichend Liquidität verfügt, werden zwei neue Kennziffern eingeführt: die LCR (Liquidity Coverage Ratio) und die NSFR (Net Stable Funding Ratio).

Nach der LCR müssen Banken einen Mindestbestand hochliquider Aktiva vorhalten, der den Gesamtwert der Netto-Zahlungsmittelabflüsse der nächsten 30 Tage unter bestimmten Stressannahmen abdeckt. Die LCR wird zunächst nur als Beobachtungskennziffer mit entsprechenden Berichtspflichten für die Kreditinstitute an die Aufsichtsbehörde eingeführt.¹⁹ Unter Berücksichtigung eines von der EBA zu erstattenden Berichts²⁰ über die Auswirkungen der LCR insbesondere auf die verschiedenen Geschäftsmodelle der Kreditinstitute, die Kreditvergabe an kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) sowie die Exportkreditversicherungssysteme kann die Europäische Kommission mittels eines delegierten Rechtsaktes²¹ bis zum 30. Juni 2014 die Einzelheiten der LCR abschließend festlegen. Dabei kommt der delegierte Rechtsakt erst zum 1. Januar 2015 zur Anwendung, wobei die Einführung der LCR stufenweise bis 1. Januar 2018 erfolgen wird.

Die NSFR soll sicherstellen, dass Kreditinstitute ihre langfristigen Verbindlichkeiten sowohl unter normalen Umständen als auch unter Stressannahmen mittels einer diversifizierten stabilen Refinanzierung²² mindestens für die Dauer von zwölf Monaten absichern können. Dazu werden alle Verbindlichkeiten, untergliedert nach

dem frühesten Fälligkeitszeitpunkt und dem frühesten Zeitpunkt einer Kündigung, fünf Laufzeitenbändern²³ zugeordnet. Diese Aufgliederung soll die Bestimmung des Refinanzierungsbedarfs angeben. Auch diese Kennziffer ist zunächst als reine Beobachtungskennziffer vorgesehen. Über ihre bindende Einführung wird erst nach Vorlage eines bis zum 31. Dezember 2015 zu erstattenden Berichts²⁴ der EBA entschieden. Der Bericht soll unter Berücksichtigung der Geschäftsmodelle der Kreditinstitute, der Besonderheiten der nationalen Finanzmärkte, der Kreditvergabe an KMU sowie der Auswirkungen auf Exportkreditversicherungssysteme Auskunft geben, ob die Einführung und Festlegung einer NSFR angemessen ist. Auf dieser Basis kann die Europäische Kommission bis zum 31. Dezember 2016 dem Rat und dem Europäischen Parlament einen Gesetzgebungsvorschlag über die bindende Einführung der NSFR vorlegen.

Abweichung von der CRR bei makroprudenziellen Risiken

Im Hinblick auf den unterschiedlichen Grad der Betroffenheit der Realwirtschaften der Mitgliedstaaten der Europäischen Union durch die Finanzmarktkrise wurde den Mitgliedstaaten in der CRR²⁵ in eingeschränktem Umfang erlaubt, befristet von bestimmten Regelungen der CRR abzuweichen. Voraussetzung dafür ist immer, dass die erkannte Intensität makroprudenzieller Risiken geeignet ist, das Finanzsystem und die Realwirtschaft eines Mitgliedstaats zu gefährden. Der Nachweis dafür sowie die geplanten Maßnahmen müssen gegenüber dem Europäischen Parlament, dem Europäischen Rat, der Europäischen Kommission, dem European Systemic Risk Board (ESRB) und der EBA

¹⁹ Artikel 415, 416 CRR.

²⁰ Artikel 509 CRR.

²¹ Artikel 460 CRR.

²² Artikel 413 CRR.

²³ Artikel 427 CRR.

²⁴ Artikel 510 CRR.

²⁵ Artikel 458 CRR.

BASEL III - EIN MEILENSTEIN IM BANKENAUFSICHTSRECHT

angezeigt werden. Nach Durchlaufen des Anzeige- und Beratungsverfahrens sind zur Abwehr der Risiken Abweichungen von der CRR bei der Bestimmung der Eigenmittel, den Offenlegungspflichten, den Eigenmittelanforderungen für Großkredite, den Liquiditätsanforderungen, den Eigenmittelunterlegungen für Immobilienkredite sowie für Risikopositionen innerhalb der Finanzbranche für die Dauer von bis zu zwei Jahren zugelassen.

Verschuldungsquote

In Ergänzung zur risikobasierten Berechnung der Eigenmittelanforderungen wird eine Verschuldungsquote zur Begrenzung von Bilanzvolumen und außerbilanziellem Geschäft im Verhältnis zum Eigenkapital eingeführt. Die Verschuldungsquote soll dabei eine sogenannte Backstop-Funktion erfüllen und verhindern, dass sich Kreditinstitute selbst zu hoch bei anderen Marktteilnehmern verschulden, um damit das Eingehen von anderen, unter Umständen risikoreichen Positionen zu finanzieren. Die Verschuldungsquote setzt das Eigenkapital eines Kreditinstituts ins Verhältnis zur nicht risikogewichteten Bilanzsumme und außerbilanziellen Positionen. Dabei werden die einzelnen Positionen unabhängig von ihrem individuellen Risikogewicht in der Berechnung²⁶ der Verschuldungsquote berücksichtigt. Die nach der CRR berechnete kreditinstitutsindividuelle Verschuldungsquote ist ab dem 1. Januar 2015 offenzulegen.²⁷ Allerdings hat die Europäische Kommission bis zum 31. Dezember 2016 dem Europäischen Parlament und dem Europäischen Rat einen Bericht über die Auswirkungen und die Wirksamkeit der Verschuldungsquote vorzulegen²⁸, der auch einen Gesetzgebungsvorschlag zur bindenden Einführung der Verschuldungsquote ab

dem 1. Januar 2018 beinhalten kann. Dabei kann es zur Einführung von nach den unterschiedlichen Geschäftsmodellen der Kreditinstitute differenzierten Verschuldungsquoten kommen.
Denn die Wechselwirkung zwischen Verschuldungsquote und der Berechnung der risikobasierten Eigenmittelanforderungen bei Kreditinstituten mit besonders risikoarmen Geschäftsmodellen bedarf weiterer Analysen.

Übergangsvorschriften

Mit zahlreichen Übergangsvorschriften²⁹, u. a. zur stufenweisen Erhöhung der harten Kernkapitalquote, zu Abzugsbeträgen vom harten Kernkapital und vom Ergänzungskapital, zur Anerkennung von Minderheitsbeteiligungen im harten Kernkapital und im Ergänzungskapital des die Beteiligung haltenden Kreditinstituts sowie zum Auslaufen von Korrekturposten, soll sichergestellt werden, dass die Kreditinstitute bis zum 31. Dezember 2018 ohne Beeinträchtigung ihrer Kreditvergabefähigkeit in die neuen Regelungen hineinwachsen können. Dabei dürfen Kreditinstitute, die bis zum 31. Dezember 2011 Kapitalinstrumente begeben haben, die nach nationalem Recht Bestandteile des Kernkapitals und des Eigenkapitals sein konnten, aber die Kriterien der Artikel 26 bis 29 CRR für hartes Kernkapital nicht mehr erfüllen³0, diese Kapitalinstrumente für die Eigenkapitalanrechnung noch bis zum 31. Dezember 2021 – jährlich fallend mit einer Rate von 10 % – nutzen.

3.3 Inhalt der Richtlinie 2013/36/EU

Die Richtlinie CRD IV ist an die Mitgliedstaaten gerichtet und enthält Vorgaben für die Zulassung und Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen³¹ sowie für die Struktur der mit der Leitung

²⁶ Artikel 429 CRR.

²⁷ Artikel 451 CRR.

²⁸ Artikel 511 CRR.

²⁹ Artikel 465 ff. CRR.

³⁰ Artikel 484, 486 CRR.

³¹ Artikel 8 ff. CRD IV.

BASEL III - EIN MEILENSTEIN IM BANKENAUFSICHTSRECHT

und Aufsicht von Instituten vorgesehenen Organe einschließlich der Grundsätze der Unternehmensführung (Corporate Governance). Weiter enthält die CRD IV Vorgaben für die Vergütung³³, die Anforderungen für die unterschiedlichen Kapitalpuffer³⁴, zum Prozess der aufsichtlichen Überprüfung und Bewertung³⁵ sowie Vorgaben zu Sanktionen bei Verstößen gegen die Verordnung und/oder die Richtlinie. Weitergehende Ausführungen dazu folgen unter Abschnitt 4, weil die CRD IV in nationales Recht umzusetzen ist.

4 Nationale Umsetzung

Die Verordnung (EU) Nr. 575/2013 ist unmittelbar in Deutschland geltendes Recht. Daher müssen sowohl im Kreditwesengesetz (KWG) als auch in weiteren Gesetzen und Rechtsverordnungen die der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 widersprechenden oder entgegenstehenden nationalen Vorschriften entfernt werden. Soweit die Verordnung (EU) Nr. 575/2013 dem nationalen Gesetzgeber Ermessenspielräume oder Wahlrechte einräumt, wurden diese in vertretbarer Art und Weise bei der nationalen Umsetzung berücksichtigt. Demgegenüber werden die Vorgaben der Richtlinie 2013/36/EU grundsätzlich durch Änderung des KWG sowie weiterer Gesetze und Rechtsverordnungen in nationales Recht umgesetzt.

Die nationale Umsetzung erfolgte mit dem Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2013/36/EU über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen und zur Anpassung des Aufsichtsrechts an die Verordnung (EU) Nr. 575/2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen (CRD IV-Umsetzungsgesetz).³⁷

4.1 Institutsbezogene Anwendung der europäischen Regelungen

Im KWG angesprochen sind zum einen diejenigen Institute, für welche die Verordnung (EU) Nr. 575/2013 unmittelbar gilt – das sind grundsätzlich alle Kreditinstitute, die das Einlagen- und Kreditgeschäft betreiben sowie bestimmte Wertpapierfirmen³⁸ – und zum anderen die übrigen Institute, die aufgrund der national determinierten Vorgaben unter die Aufsicht nach den Vorschriften des KWG fallen. Um diese Unterscheidung klar zum Ausdruck zu bringen, werden im KWG die Begriffe CRR-Kreditinstitute und CRR-Wertpapierfirmen (zusammen CRR-Institute) eingeführt.³⁹

Allerdings werden auf die Institute, die im Anwendungsbereich des KWG verbleiben⁴⁰, grundsätzlich die Regelungen der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 zur Anwendung kommen, um eine einheitliche Verwendung der aufsichtsrechtlichen Begriffe zu ermöglichen. Dabei werden jedoch die Regelungen der CRR, die auf diese Institute zur Anwendung kommen sollen, in den entsprechenden Rechtsvorschriften des KWG ausdrücklich benannt.⁴¹ Damit wird eine aufsichtsrechtliche Überforderung dieser Institute vermieden.

Die grundsätzliche Anwendung der Begriffe der CRR hat eine nicht unerhebliche Bedeutung für die Aufstellung der Jahresabschlüsse und die Prüfung aller Institute durch die Wirtschaftsprüfer.

³² Artikel 88 ff. CRD IV.

³³ Artikel 92 ff. CRD IV.

³⁴ Artikel 128 ff. CRD IV.

³⁵ Artikel 97 ff. CRD IV.

³⁶ Artikel 64 ff. CRD IV.

³⁷ BGBl. 2013 I S. 3395.

³⁸ Artikel 4 Absatz 1 Nr. 1 und 2 CRR.

³⁹ § 1 Absatz 3d S. 1 KWG.

⁴⁰ § 1a KWG.

⁴¹ § 2 Absatz 7, 7a, 8, 8b, 9c, 9d, 9e KWG.

BASEL III - EIN MEILENSTEIN IM BANKENAUFSICHTSRECHT

4.2 Grundsätze der Unternehmensführung (Corporate Governance)

Beigetragen zur Finanzmarktkrise haben bei einer Reihe von Kreditinstituten auch Mängel in der Unternehmensführung. Aufgrund dieser Mängel sind diese Kreditinstitute übermäßige Risiken eingegangen. Daher wurden insbesondere die Regelungen⁴² überarbeitet, die festlegen, in welchem Umfang Geschäftsleiter von Kreditinstituten zusätzliche Mandate im Verwaltungs- oder Aufsichtsrat anderer Unternehmen ausüben dürfen. Auch wurden die Anforderungen an die Geschäftsorganisation⁴³ und die Verantwortlichkeit der Geschäftsleiter⁴⁴ aufgrund der Vorgaben der CRD IV noch einmal verschärft. Daneben wurde die Stellung des Verwaltungs- oder Aufsichtsorgans der Kreditinstitute gestärkt. Insbesondere die Anforderungen an die Mitglieder von Verwaltungs- oder Aufsichtsorganen⁴⁵ wurden überarbeitet, um ein Qualifikationsniveau festzuschreiben, das es dem betroffenen Personenkreis ermöglicht, die ihnen übertragene Kontrollfunktion auch tatsächlich wahrnehmen zu können. Ergänzt wird die Stärkung des Verwaltungs- oder Aufsichtsorgans durch neue Regelungen zur institutsinternen Kontrolle der Entscheidungsprozesse der Geschäftsleitung. Dazu müssen neue Ausschüsse (Risikoausschuss⁴⁶, Prüfungsausschuss,⁴⁷ Nominierungsausschuss⁴⁸, Vergütungskontrollausschuss⁴⁹) bei den Instituten eingerichtet werden, die sowohl auf die Qualifikation der leitenden Mitarbeiter eines Instituts als auch auf die eingegangenen Risiken achten sollen. Kleinere und mittlere Institute werden von der Einrichtung solcher Ausschüsse kaum betroffen sein, weil der Gesetzgeber ausdrücklich vorgesehen hat, dass die genannten Ausschüsse in Abhängigkeit von der Größe, der Komplexität und dem Risikogehalt der Geschäfte eines Kreditinstituts eingerichtet werden müssen.⁵⁰

Die Grundsätze zur Unternehmensführung beinhalten auch die Regelungen zur Vergütungspolitik der Kreditinstitute. Die Finanzmarktkrise hat gezeigt, dass mittels einer verfehlten Vergütungspolitik Fehlanreize gesetzt wurden. Diese Fehlanreize führten zur Übernahme von Risiken durch die Finanzmarktakteure, wobei sich herausstellte, dass diese Risiken teilweise nicht nur die Stabilität einzelner Kreditinstitute, sondern auch die Finanzstabilität im Allgemeinen gefährdeten. Diese Art der Vergütungspolitik war kurzfristig ausgerichtet und durch einen hohen Anteil von variablen Vergütungen gekennzeichnet, die einseitig kurzfristige Erfolge belohnten, ohne Misserfolge ausreichend zu sanktionieren. Der langfristige und nachhaltige Unternehmenserfolg geriet dadurch aus dem Blick und förderte die kurzfristige Risikoneigung der Geschäftsleiter und Mitarbeiter. Bereits mit der CRD III wurden erste Regelungen erlassen, die helfen sollten, im Bereich der Vergütungspolitik Fehlanreize zu vermeiden. Dazu gehört auch, dass Teile der variablen Vergütung verzögert ausgezahlt werden. Diese Regelungen der CRD III wurden bereits mit dem Gesetz über die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Vergütungssysteme⁵¹ von Instituten und Versicherungsunternehmen im Jahr 2010 umgesetzt. Mit der CRD IV erfahren diese Regelungen eine entscheidende Erweiterung. Grundsätzlich haben die Kreditinstitute angemessene Verhältnisse zwischen der variablen und fixen jährlichen Vergütung für Mitarbeiter und Geschäftsleiter festzulegen. Dabei darf künftig die variable

⁴² §§ 25a ff. KWG.

^{43 § 25}a KWG.

^{44 § 25}c KWG.

^{45 § 25}d Absatz 1 und 2 KW.

⁴⁶ § 25d Absatz 8 KWG.

⁴⁷ § 25d Absatz 9 KWG.

^{48 § 25}d Absatz 11 KWG.

⁴⁹ § 25d Absatz 12 KWG.

^{50 § 25}d Absatz 7 KWG

⁵¹ BGBl. 2010 Teil I S. 950

BASEL III - EIN MEILENSTEIN IM BANKENAUFSICHTSRECHT

Vergütung 100% der fixen Vergütung⁵² nicht überschreiten, es sei denn, das Verwaltungsoder Aufsichtsorgan des Kreditinstituts beschließt mit entsprechender Mehrheit⁵³ ein höheres Verhältnis, das wiederum 200% nicht übersteigen darf. Damit hat die CRD IV wegweisend über Basel III hinaus eine Regelung geschaffen, die geeignet ist, Fehlanreize für Mitarbeiter und Geschäftsleiter im Hinblick auf das Eingehen von Risiken zu begrenzen.

4.3 Kapitalpuffer

Künftig müssen alle Kreditinstitute Kapitalpuffer aus hartem Kernkapital aufbauen. Damit soll ihre Fähigkeit gestärkt werden, in schwierigen Zeiten Verluste abzufangen.

Basel III und die CRD IV sehen dazu ausdrücklich vor. dass Kreditinstitute einen fixen Kapitalerhaltungspuffer⁵⁴ aufbauen, der ständig vorzuhalten ist. Weiter sollen die Aufsichtsbehörden in Abhängigkeit von der Entwicklung des Konjunkturzyklus den Kreditinstituten vorgeben können, zusätzlich einen antizyklischen Kapitalpuffer⁵⁵ aufzubauen, wenn ein großes Kreditwachstum festgestellt wird, das geeignet ist, zum Entstehen eines systemischen Risikos beizutragen. In Phasen eines konjunkturellen Abschwungs kann dieser Puffer dann wieder reduziert werden, um die Kreditvergabe wieder zu erleichtern. Ferner wird für global systemrelevante Kreditinstitute⁵⁶ ein zusätzlicher Kapitalpuffer in Abhängigkeit von ihrer Größe und Bedeutung für das Finanzsystem eingeführt.

Darüber hinaus führt die CRD IV zwei zusätzliche Kapitalpuffer ein: einen zur Vorsorge für systemische Risiken⁵⁷ und einen weiteren für anderweitig⁵⁸ systemrelevante Kreditinstitute. Dabei lässt die CRD IV zu, dass die Kreditinstitute, die bei gleichen Risiken von den drei zuletzt genannten Kapitalpuffern gleichzeitig betroffen sind, nur den jeweils höheren⁵⁹ Kapitalpuffer bilden müssen.

Diejenigen Kreditinstitute mit Sitz in Deutschland, die als global systemrelevant oder als anderweitig systemrelevant anzusehen sind, werden von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht im Einvernehmen mit der Deutschen Bundesbank entsprechend ihrer Größe und Bedeutung für den Finanzmarkt bestimmt.⁶⁰

In Deutschland werden die Kreditinstitute künftig einen fixen Kapitalerhaltungspuffer⁶¹ aufbauen, beginnend mit dem Jahr 2016 jährlich ansteigend um einen Satz von jeweils 0,625 %⁶², sodass im Jahr 2019 die abschließende Höhe von 2,5 % erreicht ist, die dann dauerhaft gehalten werden muss.

Zusätzlich kann unter bestimmten Voraussetzungen ein antizyklischer⁶³ Kapitalpuffer zu bilden sein, der zu einer zeitlich befristeten Erhöhung der Eigenkapitalanforderungen im Umfang von bis zu 2,5 %, unter bestimmten Voraussetzungen auch mehr,⁶⁴ führt. Bei der Überprüfung der Voraussetzungen kommt es entscheidend auf das Verhältnis der Wachstumsraten der Kreditvergaben der Kreditinstitute und der Wachstumsraten der Volkswirtschaften insgesamt an, wobei die Gegebenheiten für die einzelnen Wirtschaftsräume jeweils

⁵² § 25a Absatz 5 S. 2 KWG.

⁵³ § 25a Absatz 5 S. 5 und 7 KWG.

⁵⁴ Artikel 129 CRD IV.

⁵⁵ Artikel 130 CRD IV.

⁵⁶ Artikel 131 Absatz 2, 4, 9, 10 CRD IV.

⁵⁷ Artikel 133 CRD IV.

⁵⁸ Artikel 131 Absatz 3, 5, 6, 7 CRD IV.

⁵⁹ Artikel 131 Absatz 14 CRD IV.

^{60 §§ 10}f Absatz 2, 10g Absatz 2KWG.

⁶¹ § 10c KWG.

 $^{^{62}}$ § 64r Absatz 5 Nr. 1a, 2a und 3a KWG.

⁶³ § 10d KWG.

 $^{^{64}\,}$ § 10d Absatz 3 S. 4, § 10d Absatz 6 KWG.

BASEL III - EIN MEILENSTEIN IM BANKENAUFSICHTSRECHT

gesondert zu ermitteln sind. Im Falle eines großen Kreditwachstums und damit einhergehender Gefahren von spekulativen Übertreibungen ist eine spezielle Vorsorge in Gestalt des antizyklischen Kapitalpuffers zu bilden. Dabei ist die Höhe der Pufferquote von der Belegenheit der betreffenden Kreditforderungen abhängig, sodass nicht nur inländische Kreditportfolien berücksichtigt werden, sondern auch im Ausland gelegene, mit der für diese Kreditportfolien von den ausländischen Aufsichtsbehörden festgesetzten Pufferquoten.

Ein weiterer Kapitalpuffer für systemische Risiken⁶⁵ von mindestens 1% bis zu 3% (ab 1. Januar 2015 bis zu 5 %66) kann unter bestimmten Voraussetzungen zusätzlich festgesetzt werden. Die Festsetzung eines Kapitalpuffers für systemische Risiken bis zu 3 % kann nach einem Anzeigeverfahren⁶⁷ gegenüber Europäischer Kommission, ESRB und EBA sowie den zuständigen Behörden der betroffenen anderen Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums erfolgen. Soll ein Kapitalpuffer für systemische Risiken von mehr als 3 % festgesetzt werden, ist dies nur nach einem Zustimmungsverfahren⁶⁸ unter Einbeziehung von Europäischer Kommission, ESRB und EBA möglich. Mit diesem Kapitalpuffer wird den Mitgliedstaaten der Europäischen Union die Möglichkeit gegeben, langfristige, nicht zyklische systemische oder makroprudenzielle Risiken auf nationaler Ebene einzudämmen. Einsetzen dürfen die Mitgliedstaaten diesen Kapitalpuffer nur dann, wenn die genannten Risiken zu einer Störung mit bedeutenden Auswirkungen auf das nationale Finanzsystem sowie die Realwirtschaft führen können und eine Abwehr oder Verminderung der Risiken nicht bereits durch andere in der CRR oder der CRD IV vorgesehene Maßnahmen möglich

ist. Bei Anordnung des Kapitalpuffers für systemische Risiken muss der anordnende Mitgliedstaat begründen, dass das Finanzsystem anderer Mitgliedstaaten oder der Europäischen Union insgesamt durch diese Maßnahme nicht beeinträchtigt wird.

Außerdem werden global⁶⁹ systemrelevante Institute angehalten, einen Kapitalpuffer von 1% bis zu 3,5% zu bilden. Für anderweitig⁷⁰ systemrelevante Kreditinstitute kann ein Kapitalpuffer von bis zu 2 % gefordert werden. Um ein sinnvolles Zusammenwirken der verschiedenen Kapitalpuffer sicherzustellen und eine Mehrfachbelastung der Kreditinstitute zu vermeiden, wird bei gleichzeitiger Betroffenheit eines Kreditinstituts durch den für systemrelevante, anderweitig systemrelevante Kreditinstitute geltenden Kapitalpuffer und den Kapitalpuffer für systemische Risiken (soweit er ausländische Risikopositionen erfasst) nur jeweils der höhere⁷¹ Kapitalpuffer festgesetzt. Der Kapitalpuffer für systemische Risiken kann aber zusätzlich erhoben werden, wenn er nur für inländische Risikopositionen angeordnet wird.⁷² Die Anforderungen für den Kapitalerhaltungspuffer und den antizyklischen Kapitalpuffer müssen hingegen stets zusätzlich zu jedem der drei anderen Kapitalpuffer erfüllt werden.

Vorrangiges Ziel der Kapitalpufferanforderungen ist es, hartes Kernkapital als zusätzliche Reserve zur Absorption von eintretenden Verlusten aufzubauen. Dabei müssen die Kreditinstitute der Aufsichtsbehörde den Aufbau sowie den Erhalt der Kapitalpuffer nachweisen. Kann ein Institut die Kapitalpufferanforderungen nicht oder nicht mehr erfüllen, so muss es einen Kapitalerhaltungsplan aufstellen, der darüber Auskunft zu geben hat,

^{65 §10}e KWG.

⁶⁶ § 64r Absatz 6 KWG.

^{67 § 10}e Absatz 3 KWG.

^{68 § 10}e Absatz 5 KWG.

⁶⁹ § 10f KWG.

⁷⁰ § 10g KWG.

⁷¹ § 10h KWG.

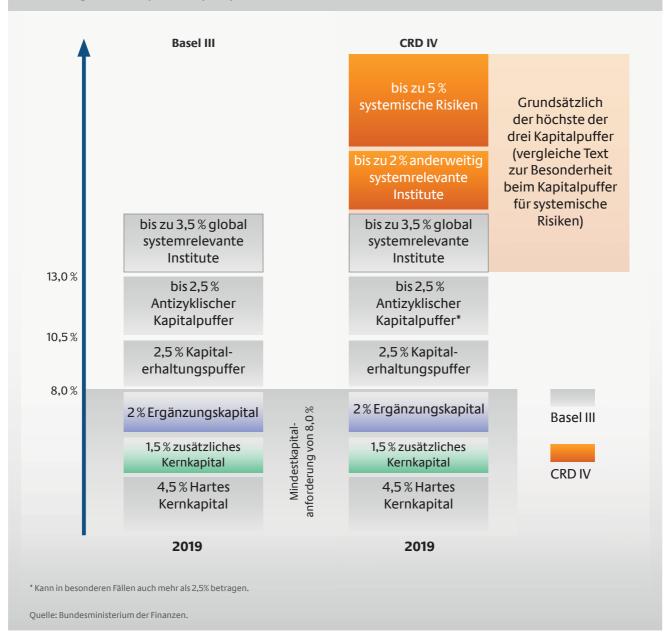
 $^{^{72}~\}S\,10h$ Absatz 2 Nr. 2, Absatz 3 und 4 KWG.

BASEL III - EIN MEILENSTEIN IM BANKENAUFSICHTSRECHT

wie und in welchem Zeitrahmen das Institut die Kapitalpufferanforderungen einhalten oder wieder einhalten kann.⁷³ Der Kapitalerhaltungsplan ist von der Aufsichtsbehörde zu genehmigen. Sollte der Kapitalerhaltungsplan nicht genehmigungsfähig sein, ist die Aufsichtsbehörde befugt, den Aufbau und den Erhalt der Kapitalpuffer mit Zwangsmaßnahmen durchzusetzen.⁷⁴

Abbildung 2 gibt einen vergleichenden Überblick über das Konzept der Kapitalpuffer von CRD IV und Basel III.

Abbildung 2: Konzept der Kapitalpuffer von Basel III und CRD IV



⁷³ § 10i Absatz 6 und 7 KWG.

⁷⁴ § 10i Absatz 8 KWG.

BASEL III - EIN MEILENSTEIN IM BANKENAUFSICHTSRECHT

4.4 Überprüfung und Bewertung

Die CRD IV stellt mit den umfangreichen Regelungen bedeutende Anforderungen an den aufsichtlichen Beurteilungs- und Evaluierungsprozess. Die Umsetzung dieser Vorgaben⁷⁵ stärkt den gesetzlichen Auftrag der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und der Deutschen Bundesbank, ihre Aufsichtstätigkeit insbesondere auch auf präventive Maßnahmen auszurichten. Damit werden die aufsichtlichen Anforderungen und Befugnisse den Erfahrungen aus der Finanzmarktkrise mit systemrelevanten Instituten und deren Bedeutung für die Finanzmarktstabilität angepasst. Die Beurteilung und Evaluierung ist insbesondere für systemrelevante und/ oder grenzüberschreitend tätige Institute, für die Aufsichtskollegien eingerichtet sind, von Bedeutung. In diesem Rahmen ist zu beurteilen, welche Eigenmittelausstattung in Anbetracht der eingegangenen Risiken unter Berücksichtigung der institutsinternen Prozesse, Methoden und Verfahren nach Einschätzung der Aufsicht eine solide Risikoabdeckung gewährleisten. Die Beurteilung und Evaluierung kann dazu führen, dass die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht Eigenmittelund Liquiditätsanforderungen festsetzt, die über die Anforderungen der CRR und des KWG hinausgehen.

4.5 Befugnisse zur Anordnung von Sanktionen

Bislang konnten Verstöße gegen bankaufsichtsrechtliche Regelungen nur unzureichend mit finanziellen Sanktionen belegt werden. Die Regelungen der CRD IV⁷⁶ sehen hier eine deutliche Verschärfung vor. Die möglichen Sanktionen richten sich gegen natürliche und juristische Personen, die für einen Verstoß gegen bankaufsichtsrechtliche Regelungen verantwortlich sind.

In Deutschland wurden diese Vorgaben durch eine Änderung von § 56 KWG umgesetzt. Danach darf künftig ein Bußgeld von bis zu 5 Mio. €⁷⁷ (statt wie bisher 500 000 €) verhängt werden. Ist dieser Betrag nicht ausreichend, um den wirtschaftlichen Vorteil zu erreichen, den der Täter erlangt hat, so kann gegen natürliche Personen und gegen die betroffenen juristischen Personen eine Geldbuße von bis zu 10 % des Jahresnettoumsatzes⁷⁸ oder eine Geldbuße bis zur Höhe des Doppelten des durch die Zuwiderhandlung erlangten Mehrerlöses verhängt werden.⁷⁹ Auch der übrige Bußgeldrahmen wurde erhöht; so beträgt die unterste Schwelle jetzt 100 000 € statt 50 000 €. Neben dem erhöhten Bußgeldrahmen soll die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht künftig bestimmte Verfehlungen auf ihrer Internetseite für die Dauer von fünf Jahren bekanntmachen.⁸⁰ Dabei ist bei natürlichen Personen darauf zu achten, dass ihr Persönlichkeitsrecht nicht verletzt wird. Auch dürfen durch die Bekanntmachung weder die Stabilität der Finanzmärkte noch strafrechtliche Ermittlungen gefährdet werden. Es ist davon auszugehen, dass sowohl der erhöhte Bußgeldrahmen als auch die Möglichkeit, Verfehlungen öffentlich bekanntzumachen, einen gewissen Abschreckungseffekt haben werden.

Im Hinblick auf die großen finanziellen Auswirkungen⁸¹ der Finanzmarktkrise auf die öffentlichen Haushalte und die bei den betroffenen Instituten eingetretenen Verluste war es erforderlich, ein Fehlverhalten von Geschäftsleitern, das diese Entwicklung verursachte, mit Strafe zu bewehren. Denn bislang waren die Möglichkeiten, Geschäftsleiter von Instituten strafrechtlich zur

⁷⁵ § 6b KWG.

⁷⁶ Artikel 64 ff. CRD IV.

⁷⁷ § 56 Absatz 6 KWG.

⁷⁸ § 56 Absatz 8 KWG.

⁷⁹ § 56 Absatz 7 KWG.

^{80 § 60}b KWG.

⁸¹ Vergleiche oben zu 1.

BASEL III - EIN MEILENSTEIN IM BANKENAUFSICHTSRECHT

Verantwortung zu ziehen, wenn das Institut durch ein Fehlverhalten in eine Schieflage geraten war, unzureichend. Eine weitere Verschärfung erfährt der Sanktionskatalog des KWG daher unabhängig von der CRR und der CRD IV mit Artikel 3 des Gesetzes zur Abschirmung von Risiken und zur Planung der Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Finanzgruppen.82 Mit diesem Gesetz wurde eine weitere Strafvorschrift⁸³ in das KWG eingefügt. Die Regelung stellt die Verletzung wesentlicher Risikomanagementpflichten84 durch einen Geschäftsleiter eines beaufsichtigten Instituts unter Strafe. Damit kann gegen einen Geschäftsleiter eine Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren verhängt werden, wenn er die in § 25c Absatz 4a oder Absatz 4b Satz 2 KWG geregelten Geschäftsleiterpflichten, z.B. zur Geschäfts- und Risikostrategie, zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit eines Instituts oder zum Vorhalten von internen Kontrollverfahren verletzt. Voraussetzung für die Strafbarkeit ist, dass zuvor die Aufsichtsbehörde die Verletzung der Geschäftsleiterpflichten festgestellt und Anordnungen zur Beseitigung erlassen hat, der Geschäftsleiter diese Anordnungen jedoch nicht befolgt und dadurch die Bestandsgefährdung⁸⁵ des Instituts, des übergeordneten Unternehmens oder eines gruppenangehörigen Instituts herbeigeführt hat.

5 Rechtsverordnungen zur Umsetzung technischer Einzelheiten

5.1 Solvabilitätsverordnung, Großkredit- und Millionenkreditverordnung

Zur Umsetzung des CRD-IV-Pakets in Deutschland kommt es neben den Änderungen im KWG zu einer Neufassung der Solvabilitätsverordnung (SolvV) sowie der Großkredit- und Millionenkreditverordnung (GroMiKV). Beide Rechtsverordnungen waren im Zuge der Umsetzung von Basel II im Dezember 2006 im Bundesgesetzblatt⁸⁶ veröffentlicht worden. Mit beiden Rechtsverordnungen wurden zum damaligen Zeitpunkt die technischen Einzelheiten der Bankenrichtlinie 2006/48/EU und der Kapitaladäquanzrichtlinie 2006/49/EU umgesetzt. Diese beiden Richtlinien der Europäischen Union wurden im CRD-IV-Paket zusammengefasst und auch ihre technischen Teile, insbesondere die Bestimmungen zur Berechnung der risikobasierten Eigenmittelausstattung, zu den Offenlegungspflichten, zu den Verbriefungen, zur Abdeckung des operativen Risikos und zum Großkreditregime, in die CRR aufgenommen. Da die CRR als Verordnung der Europäischen Union unmittelbar als innerstaatliches Recht zur Anwendung kommt, müssen sowohl die SolvV als auch die GroMiKV vollständig neu gefasst werden.

⁸² BGBl. I 2013, 3090.

^{83 § 54}a KWG.

^{84 § 25}c Absatz 4a und 4b KWG.

^{85 § 54}a Absatz 3 KWG.

⁸⁶ BGBl. 2006 I S. 2926 ff.

BASEL III - EIN MEILENSTEIN IM BANKENAUFSICHTSRECHT

Die neue Fassung der SolvV enthält nähere Bestimmungen zu den in der CRR festgelegten Antrags- und Anzeigepflichten, zu den Übergangsvorschriften für die Ermittlung des Eigenkapitals und weitere technische Einzelheiten zu den neuen Kapitalpuffern. Daneben werden in der SolvV die Spielräume ausgenutzt, die die CRR den Mitgliedstaaten zur Gestaltung der internen Ansätze zur Ermittlung der Eigenmittelanforderungen überlässt.

Die neue GroMiKV enthält im Wesentlichen die nach der CRR zulässigen Ausnahmen von der Anwendung der Großkreditobergrenze, erforderliche Begriffsbestimmungen für die Anwendung der Regelungen über Großkredite nach der CRR sowie verschiedene Übergangsbestimmungen. Daneben enthält die GroMiKV besondere Vorgaben zum Millionenkreditmeldeverfahren, das von der Deutschen Bundesbank in nationaler Zuständigkeit abgewickelt wird.

5.2 Finanzinformationenverordnung

In der Finanzmarktkrise traten die Mängel des bestehenden Meldewesens, insbesondere nach der Monatsausweisverordnung, deutlich zutage. Die notwendigen Informationsbedürfnisse der Bankenaufsicht konnten mit den damals bestehenden Regelungen nicht abgedeckt werden. Insbesondere das Fehlen unterjähriger Informationen beim überwiegenden Teil der deutschen Institute führte zu einem mangelnden Einblick der Bankenaufsicht in die jeweils aktuelle Ertrags- und Risikolage der Kreditinstitute. Mit der neuen Finanzinformationenverordnung (FinaV), die die alte Monatsausweisverordnung ersetzt, sollen nunmehr die Mängel der Informationsbeschaffung beseitigt werden. Dazu sieht die FinaV umfangreiche Informationspflichten der Kreditinstitute an die Bankenaufsicht vor, insbesondere zu Gewinn- und Verlustrechnung, zu den Zinserträgen, zu Zinsänderungsrisiken, zu Erträgen aus dem Handelsbestand und aus

der vorzeitigen Beendigung von Derivaten, zu Bewertungsergebnissen in Bezug auf das Kreditgeschäft und den Wertpapieren des Anlagevermögens, zu stillen Reserven und stillen Lasten. Die Meldungen müssen bei der Bankenaufsicht künftig quartalsweise eingereicht werden. Die teilweise neuen Meldepflichten erlauben der Bankenaufsicht einen besseren und zeitnahen Einblick in die Geschäftsentwicklung der Kreditinstitute und können zum rechtzeitigen Erkennen von übermäßigen Risiken einen entscheidenden Beitrag liefern.

5.3 Institutsvergütungsverordnung

Die neuen Vorgaben der CRD IV zur Vergütung von Mitarbeitern und Geschäftsleitern von Kreditinstituten werden nicht nur in § 25a Absatz 5 KWG umgesetzt, sondern auch über § 25a Absatz 6 KWG in Verbindung mit der Institutsvergütungsverordnung (InstitutsVergV). Die erforderlichen umfangreichen Änderungen haben das Bundesministerium der Finanzen bewogen, eine Neufassung der im Jahr 2010 erlassenen InstitutsVergV vorzulegen. Den unterschiedlichen Strukturen und Risikoprofilen der Kreditinstitute in Deutschland wird mit dem Prinzip der Verhältnismäßigkeit Rechnung getragen. Der Grundgedanke der Verordnung ist deshalb von einem doppelten Proportionalitätsansatz getragen. In einer ersten Stufe wird zwischen "bedeutenden" und "nicht bedeutenden" Kreditinstituten unterschieden. Erstere haben zusätzlich zu den für alle geltenden allgemeinen Anforderungen weitere Anforderungen an die Ausgestaltung von Vergütungssystemen für Geschäftsleiter sowie besondere Mitarbeiter und Mitarbeitergruppen zu erfüllen.

6 Ausblick

Mit dem In-Kraft-Treten der CRR, der CRD IV und des CRD-IV-Umsetzungsgesetzes sowie der zugehörigen Rechtsverordnungen,

BASEL III - EIN MEILENSTEIN IM BANKENAUFSICHTSRECHT

die spätestens im Dezember 2013 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht werden, wird ein entscheidender Beitrag für die Stabilität der Finanzmärkte geleistet. Die Kreditinstitute werden künftig Verluste besser verkraften können. Die Eingriffsrechte der Aufsichtsbehörden werden gestärkt. Damit steigt die Wahrscheinlichkeit, dass künftig Risiken besser erkannt werden, bevor es zu Schieflagen von Kreditinstituten kommt.

Dennoch sind die Regulierungsmaßnahmen noch nicht abgeschlossen. Denn sowohl

die CRR als auch die CRD IV sehen zahlreiche Berichtspflichten gegenüber der EBA und der Europäischen Kommission vor. Damit verbunden oder daneben gibt es zahlreiche Ermächtigungen für die Europäische Kommission, technische Regulierungsstandards und Durchführungsstandards mittels delegierter Rechtsakte zu erlassen. Dem Bankenaufsichtsrecht bleibt für die nahe Zukunft eine erhebliche Regelungsdynamik erhalten, die alle Beteiligten vor weitere Herausforderungen stellen wird.

Ergebnisse der Steuerfahndung im Jahr 2012

Ergebnisse der Steuerfahndung im Jahr 2012

- Die Steuerfahndungsdienste der Länder leisten einen wichtigen Beitrag zur Sicherung des Steueraufkommens und zur gleichmäßigen Besteuerung aller Steuerpflichtigen.
- Im Berichtszeitraum erledigte die Steuerfahndung bundesweit insgesamt 31 655 Fälle.
- Dabei sind Mehrsteuern in Höhe von 3,1 Mrd. € bestandskräftig festgesetzt und Freiheitsstrafen in erheblichem Umfang verhängt worden.

1	Steuerfahndung	23
	Ergebnisse der Steuerfahndung der Länder	
	Anzahl der Ermittlungsfälle	
	Bestandskräftige Mehrsteuern	
	Einleitung und Abschluss von Strafverfahren	
	Fazit	28

1 Steuerfahndung

Nicht jeder Steuerpflichtige kommt seinen steuerlichen Pflichten – also der Erklärung seiner Einkünfte und der Zahlung der darauf festgesetzten Steuern – in dem gesetzlich vorgeschrieben Umfang.

Hat der Steuerpflichtige gegenüber der Finanzverwaltung unvollständige oder unrichtige Angaben gemacht, sodass Steuern nicht in voller Höhe oder nicht rechtzeitig festgesetzt werden konnten, kann es sich um Steuerhinterziehung handeln. In diesem sowie in anderen als Steuerstraftat definierten Fällen wird die Steuerfahndung tätig. Dabei handelt es sich um mit polizeilichen Befugnissen ausgestattete Beschäftigte der Finanzbehörden.

Entsprechend der Verwaltungszuständigkeit sind die Länderbehörden für die Aufdeckung und Verfolgung von Steuerstraftaten beziehungsweise Steuerordnungswidrigkeiten im Bereich der Besitz- und Verkehrsteuern zuständig. In einigen Bundesländern ist die Steuerfahndung den Finanzämtern angegliedert, in anderen Bundesländern wurden eigenständige Finanzämter für Steuerfahndung eingerichtet.

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Steuerfahndung der Länder für das Jahr 2012 vorgestellt. Darin nicht enthalten sind die speziellen Verbrauchsteuern, die Einfuhrumsatzsteuer und steuerliche Nebenleistungen wie z.B. Kosten und Zinsen. Mehrergebnisse aufgrund von Selbstanzeigen sind in der Statistik ebenfalls nicht erfasst.

2 Ergebnisse der Steuerfahndung der Länder

2.1 Anzahl der Ermittlungsfälle

Die Fahndungsstellen der Länder führen hauptsächlich Fahndungsprüfungen durch, sind aber in den vergangenen Jahren in hohem Maße auch mit der Erledigung von Amts- und Rechtshilfeersuchen beschäftigt. Amts- und Rechtshilfeersuchen werden von anderen Behörden an eine Fahndungsstelle gerichtet, um Amtshandlungen, wie z. B. die Beschaffung von Beweismitteln für die ersuchende Behörde, vornehmen zu lassen. In Tabelle 1 ist die Entwicklung der Zahl der Fälle seit 2003 dargestellt, in denen von der Steuerfahndung Ermittlungen vorgenommen wurden.

2.2 Bestandskräftige Mehrsteuern

Die Fahndungsprüfungen werden nach Vorliegen eines Anfangsverdachts eingeleitet. In den Fahndungsprüfungen

Ergebnisse der Steuerfahndung im Jahr 2012

Tabelle 1: Von der Steuerfahndung erledigte Fälle

Jahr	Erledigte Fälle insgesamt (Anzahl)	Veränderung gegenüber Vorjahr (in %)	Durchgeführte Fahndungsprü- fungen	Veränderung gegenüber Vorjahr (in %)	Erledigte Amts- und Rechtshilfeersuchen	Veränderung gegenüber Vorjahr (in %)
2003	42 393	-9,3	34 654	-11,8	7 739	3,8
2004	37370	-11,8	28 970	-16,4	8 400	8,5
2005	36 195	-3,1	27 796	-4,1	8 399	0,0
2006	35 666	-1,5	27 070	-2,6	8 596	2,3
2007	36 309	1,8	27 450	1,4	8 859	3,1
2008	31 537	-13,1	23 909	-12,9	7 628	-13,9
2009	31 878	1,1	23 674	-1,0	8 204	7,6
2010	34 186	7,2	26 665	12,6	7 521	-8,3
2011	35 592	4,1	27 695	3,9	7 8 9 7	5,0
2012	31 655	-11,1	23 803	-14,1	7 852	-0,6

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

ermitteln die Steuerfahnder sämtliche Besteuerungsgrundlagen des betroffenen Steuerpflichtigen, ungeachtet ihrer strafrechtlichen Relevanz. Im Strafverfahren werden dann die strafrechtlich relevanten Ermittlungsergebnisse der Strafzumessung zugrunde gelegt. Tabelle 2 weist als "bestandskräftige Mehrsteuern" sämtliche Ergebnisse der Steuerfahndung aus, die in die Steuerfestsetzung eingegangen sind, unabhängig davon, ob sie auch in die Strafzumessung eingegangen sind.

Statistisch belastbare Erkenntnisse lassen sich aus der Verknüpfung der beiden statistischen Informationen zu Fallzahl und Mehrsteuern allerdings nicht herleiten. Die Ursachen für die Entwicklung der Ergebnisse können in beiden Gruppen unterschiedlicher Natur sein und müssen daher nicht in Verbindung zueinander stehen. Einfluss auf die Entwicklung der Fallzahlen kann z. B. der Charakter der Steuerstraftaten als Offizialdelikt haben: Die Steuerfahndung ist von Amts wegen verpflichtet, jedem Verdacht ohne Rücksicht auf das zu erwartende Mehrergebnis nachzugehen. Bedeutsame Fahndungsfälle können sich verfahrenstechnisch über mehrere Jahre erstrecken. Die entsprechend hohen Mehrsteuern werden statistisch im Jahr der Bestandskraft erfasst. Dies kann zu starken Schwankungen des Mehrergebnisses führen.

Das Mehrergebnis wird seit Jahren von den drei Steuerarten Umsatzsteuer, Einkommensteuer und Körperschaftsteuer bestimmt (im Jahr 2012 zusammen 89%; vergleiche Tabelle 3 und Abbildung 1).

Tabelle 2: Bestandskräftige Mehrsteuern

Jahr	in Mio. €	Änderung gegenüber Vorjahr in %
2003	1 628,7	5,7
2004	1 613,4	-0,9
2005	1 658,0	2,8
2006	1 433,6	-13,5
2007	1 603,8	11,9
2008	1 474,5	-8,1
2009	1 565,8	6,2
2010	1 745,7	11,5
2011	2 228,6	27,7
2012	3 079,6	38,2

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Ergebnisse der Steuerfahndung im Jahr 2012

Tabelle 3: Bestandskräftige Mehrsteuern nach Steuerarten in den Jahren 2003 bis 2012

	200)3	2004		2005		2006		2007	
	in Mio. €	Verände- rung in %								
Umsatzsteuer	490,8	29,6	538,7	9,8	591,2	9,7	558,4	-5,5	574,5	2,9
Einkommensteuer	708,8	-4,7	657,4	-7,3	669,8	1,9	496,9	-25,8	543,5	9,4
Körperschaftsteuer	100,3	5,7	92,9	-7,3	115,6	24,4	92,0	-20,4	148,6	61,6
Lohnsteuer	92,1	24,9	67,7	-26,5	68,6	1,2	62,8	-8,5	55,3	-11,8
Gewerbesteuer	62,3	-5,8	74,7	19,8	66,8	-10,6	75,8	13,5	147,7	94,8
Vermögensteuer	61,0	-8,2	39,6	-35,0	45,9	15,9	14,6	-68,3	11,1	-23,9
Sonstige Steuern	113,4	-3,2	142,3	25,5	100,3	-29,5	133,2	32,8	123,1	-7,6
Gesamt	1 628,7	5,7	1 613,4	-0,9	1 658,0	2,8	1 433,6	-13,5	1 603,8	11,9

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

noch Tabelle 3: Bestandskräftige Mehrsteuern nach Steuerarten in den Jahren 2003 bis 2012

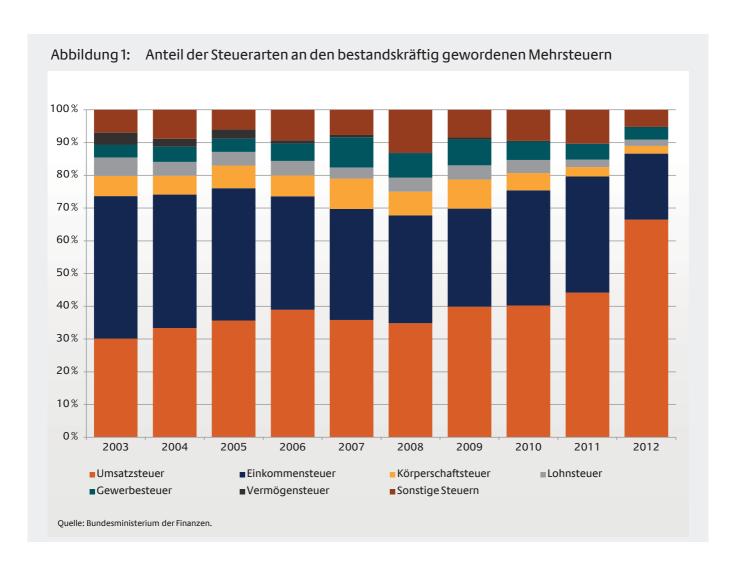
	2008		2009		2010		2011		2012	
	in Mio. €	Verände- rung in %								
Umsatzsteuer	513,6	-10,6	624,7	21,6	702,3	12,4	984,0	40,1	2 047,6	108,1
Einkommensteuer	485,9	-10,6	468,4	-3,6	613,8	31,0	790,8	28,8	620,4	-21,5
Körperschaftsteuer	106,8	-28,1	138,9	30,0	93,1	-33,0	63,9	-31,4	73,2	14,7
Lohnsteuer	63,2	14,2	68,2	7,9	69,2	1,5	51,1	-26,2	59,6	16,7
Gewerbesteuer	107,8	-27,0	123,2	14,3	98,6	-20,0	108,0	9,5	118,0	9,3
Vermögensteuer	6,5	-41,0	10,8	65,2	2,8	-73,9	1,6	-44,1	1,4	-8,8
Sonstige Steuern	190,8	54,9	131,6	-31,0	165,9	26,1	229,4	38,3	159,3	-30,5
Gesamt	1 474,5	-8,1	1 565,8	6,2	1 745,7	11,5	2 228,6	27,7	3 079,6	38,2

 $Quelle: Bundesministerium \, der \, Finanzen.$

Abbildung 1 verdeutlicht, dass der Anteil der Umsatzsteuer an den bestandskräftig gewordenen Mehrsteuern seit 2009 kontinuierlich auf 66,5 % im Jahr 2012 zugenommen hat. Dies lässt darauf schließen, dass bedeutende Ermittlungsfälle das Mehrergebnis an bestandskräftig gewordener Umsatzsteuer positiv beeinflusst haben (z. B. Umsatzsteuerbetrug mittels sogenannter Umsatzsteuerkarusselle).

Allerdings ist anzumerken, dass die statistische Erfassung der Mehrergebnisse der Steuerfahndung nicht zwischen bestandskräftigen Mehrsteuern aufgrund von "normaler Hinterziehung" von Umsatzsteuer beziehungsweise aufgrund von Umsatzsteuerbetrug unterscheidet. Angesichts der sich bei Steuerdelikten häufig über mehrere Jahre hinziehenden Ermittlungen ist zudem der Schluss zulässig, dass die jahrelangen Bestrebungen der Länder, die Steuerfahndungsdienste noch effizienter auszugestalten, Wirkung zeigen.

Ergebnisse der Steuerfahndung im Jahr 2012



2.3 Einleitung und Abschluss von Strafverfahren

Die Fahndungsprüfungen führten im Jahr 2012 zur Einleitung von 15 984 Strafverfahren (2011: 16 119 Strafverfahren). Im Ergebnis der in den jeweiligen Jahren abgeschlossenen Strafverfahren aufgrund von Ermittlungen der Steuerfahndung haben die Gerichte sowohl Freiheitsstrafen (vergleiche Tabelle 4) als auch Geldstrafen verhängt. In bestimmten Fällen sieht die Staatsanwaltschaft mit Zustimmung

der öffentlichen Klage ab und erteilt dem Beschuldigten die Auflage, einen Geldbetrag zu zahlen (§ 153a Strafprozessordnung [StPO]). Geringere Verstöße gegen die Steuergesetze werden mit einer Geldbuße gemäß dem Ordnungswidrigkeitengesetz geahndet. Die Höhe der verhängten Geldstrafen, Geldbeträge (§ 153a StPO) und Geldbußen nach Ermittlungen durch die Steuerfahndung ist in Tabelle 5 und Abbildung 2 dargestellt.

ERGEBNISSE DER STEUERFAHNDUNG IM JAHR 2012

Tabelle 4: Freiheitsstrafen

		w
	Jahre	Änderung gegenüber Vorjahr in %
2003	1 523	17,1
2004	1 624	6,6
2005	1 569	-3,4
2006	2 226	41,9
2007	1 794	-19,4
2008	1 515	-15,6
2009	1 794	18,4
2010	1 585	-11,6
2011	1 684	6,2
2012	1937	15,1

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

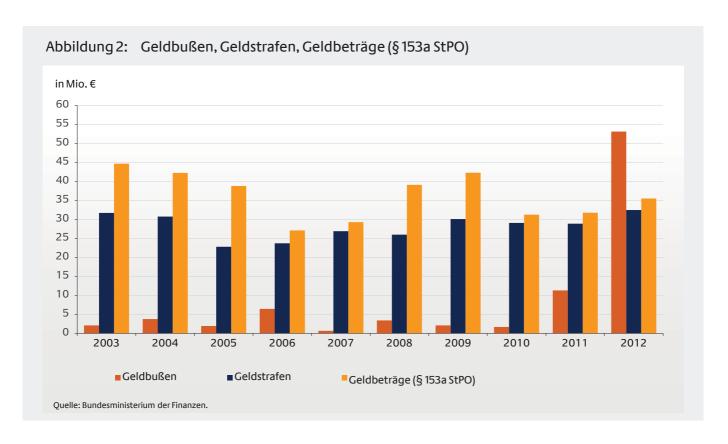
Tabelle 5: Geldbußen, Geldstrafen, Geldbeträge (§ 153a StPO)

	Geldb	oußen	Gelds	trafen	Geldbeträge (§ 153a StPO)		
Jahr	in Mio. €	Änderung gegenüber Vorjahr in %	in Mio. €	Änderung gegenüber Vorjahr in %	in Mio. €	Änderung gegenüber Vorjahr in %	
2003	2,1	-83,0	31,7	44,9	44,6	11,6	
2004	3,8	79,6	30,7	-3,0	42,2	-5,4	
2005	1,9	-48,6	22,8	-25,9	38,8	-8,1	
2006	6,4	230,8	23,7	4,0	27,1	-30,2	
2007	0,6	-90,0	26,9	13,4	29,3	8,0	
2008	3,4	427,2	25,9	-3,4	39,1	33,6	
2009	2,1	-38,2	30,1	16,0	42,3	8,2	
2010	1,7	-20,0	29,1	-3,5	31,3	-26,1	
2011	11,3	574,6	28,9	-0,7	31,7	1,5	
2012	53,1	369,5	32,5	12,5	35,5	11,9	

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Die Veränderungsraten können durch die Abschlüsse von sich oft über mehrere Jahre erstreckenden Großverfahren beeinflusst worden sein. Insofern lässt allein dieses Zahlenmaterial keine Rückschlüsse auf Veränderungen bei der Steuerehrlichkeit und der Sanktionierung von aufgedeckten Steuerdelikten zu.

Ergebnisse der Steuerfahndung im Jahr 2012



3 Fazit

Die Steuerfahndungsdienste der Länder leisten einen wichtigen Beitrag zur Sicherung des Steueraufkommens. Ihre Präsenz und ihr sichtbarer Fahndungserfolg wirken deutlich präventiv, wobei jedoch eine Bezifferung des Abschreckungseffekts sowie des Ausmaßes der Steuerhinterziehung insgesamt nicht möglich ist. Angesichts einer Vielzahl von Ansatzpunkten von betrügerischen Aktivitäten und Hinterziehungsstrategien werden die Steuerfahndungsdienste der Länder auch in Zukunft ein wichtiges Instrument sein, um eine gleichmäßige Besteuerung aller Steuerpflichtigen sicherzustellen.

VERFOLGUNG VON STEUERSTRAFTATEN UND STEUERORDNUNGSWIDRIGKEITEN: ERGEBNISSE 2012

Verfolgung von Steuerstraftaten und Steuerordnungswidrigkeiten: Ergebnisse 2012

- Auf der Grundlage der Meldungen aller Bundesländer erstellt das Bundesministerium der Finanzen jährlich eine Statistik über die Ergebnisse der Verfolgung von Steuerstraftaten und Steuerordnungswidrigkeiten.
- Im Berichtszeitraum wurden in den Bußgeld- und Strafsachen stellen der Finanzämter bundesweit insgesamt fast 70 000 Strafverfahren wegen Steuerstraftaten bearbeitet. An die Staatsanwaltschaft abgegebene Fälle führten zu knapp 6 000 Strafbefehlen – davon rund 300 Strafbefehle mit Freiheitsstrafe – sowie zu rund 2 300 Urteilen mit Straf- beziehungsweise Bußgeldfestsetzung.
- Im selben Jahr wurden zudem bundesweit rund 4 500 Bußgeldverfahren abgeschlossen und Bußgelder in einer Gesamthöhe von über 11 Mio. € festgesetzt.

1 Steuerstraftaten, Steuerordnungswidrigkeiten

Zu den in der Statistik erfassten Steuerstraftaten und diesen gleichgestellten Straftaten gehören die Steuerhinterziehung nach § 370 der Abgabenordnung (AO) und die versuchte Steuerhinterziehung genauso wie z. B. die gewerbs- und bandenmäßige Schädigung des Umsatzsteueraufkommens nach § 26c des Umsatzsteuergesetzes (UStG). Diese Taten werden in der Regel mit einer Geld- oder Freiheitsstrafe geahndet.

Steuerordnungswidrigkeiten sind demgegenüber Zuwiderhandlungen, die nach den Steuergesetzen mit einer Geldbuße geahndet werden können, wie z. B. die leichtfertige Steuerverkürzung nach § 378 AO oder die Gefährdung von Abzugsteuern nach § 380 AO.

Soweit nicht die Staatsanwaltschaft zuständig ist, obliegt die Ermittlung und Verfolgung von Steuerstraftaten und Steuerordnungswidrigkeiten den Bußgeldund Strafsachenstellen der (Landes-) Finanzämter. Sie entscheiden über die Einleitung oder auch über Einstellung eines Steuerstraf- oder Bußgeldverfahrens ;sie können zu dem Strafbefehle beantragen, die Strafsache gegebenen falls an die zuständige Staatsanwaltschaft abgeben und erlassen auch Bußgeldbescheide.

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Verfolgung von Steuerstraftaten und Steuerordnungswidrigkeiten im Jahr 2012 dargestellt. In den Statistiken werden die von den Ländern verwalteten Besitz- und Verkehrsteuern – mit Ausnahme der Kfz-Steuer – erfasst. Nicht berücksichtigt sind die Verbrauch- und Gemeindesteuern.

VERFOLGUNG VON STEUERSTRAFTATEN UND STEUERORDNUNGSWIDRIGKEITEN: ERGEBNISSE 2012

2 Ergebnisse der Verfolgung von Steuerstraftaten und Steuerordnungswidrigkeiten durch die Länder

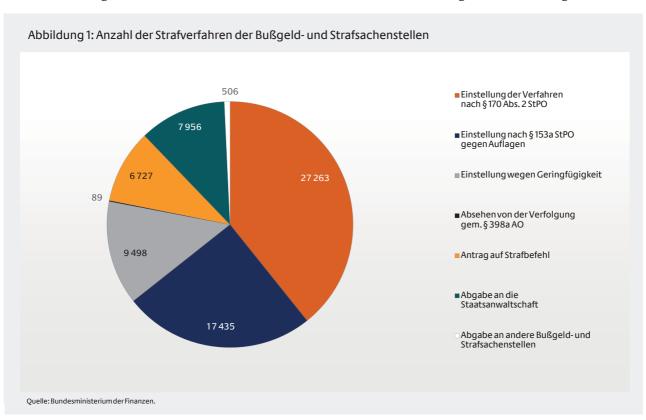
2.1 Steuerstraftaten

Im Jahr 2012 wurden von den Bußgeld- und Strafsachen stellen der (Landes-)Finanzämter bundesweit insgesamt 69 474 Strafverfahren abgeschlossen. Abbildung 1 stellt dar, mit welchen Ergebnissen die Strafverfahren von den Bußgeld- und Strafsachen stellen abgeschlossen wurden (Anzahl der Verfahren).

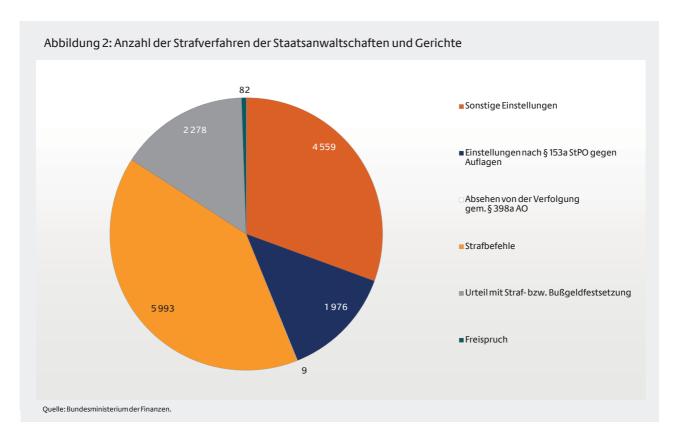
Unter den 27 263 nach § 170 Absatz 2 Strafprozessordnung (StPO) eingestellten Steuerstrafverfahren sind 11 802 Verfahren nach Selbstanzeigen wegen Steuerhinterziehung mit einem hinterzogenen Betrag unter 50 000 €. In 89 Fällen von Selbstanzeigen mit einer Hinterziehungssumme von mehr als 50 000 € wurde gemäß § 398a AO von der Strafverfolgung abgesehen, und zwar gegen Zahlung eines Geldbetrags in Höhe von 5 % der hinterzogenen Steuer an die Staatskasse (insgesamt circa 756 000 €) – zusätzlich zur Nachentrichtung der Steuern. Die Einstellungen der Steuerstrafverfahren bei Erfüllung von Auflagen und Weisungen nach § 153a StPO waren mit Geldauflagen in Höhe von 44,9 Mio. € verbunden.

Von den Staatsanwaltschaften und Gerichten wurden im gleichen Zeitraum 14 640 Strafverfahren rechtskräftig abgeschlossen. Abbildung 2 zeigt, mit welchen Ergebnissen diese Strafverfahren abgeschlossen worden sind (Anzahl der Verfahren).

Die Einstellungen der Steuerstrafverfahren nach § 153a StPO durch die Staatsanwaltschaften und Gerichte waren mit Geldauflagen von 31 Mio. € verbunden. In neun Fällen der Selbstanzeige mit einem hinterzogenen Betrag von jeweils mehr als 50 000 € wurde gegen zusätzliche Zahlung eines Geldbetrags in



VERFOLGUNG VON STEUERSTRAFTATEN UND STEUERORDNUNGSWIDRIGKEITEN: ERGEBNISSE 2012



Höhe von 167 000 € von der Strafverfolgung abgesehen (§ 398a AO).

Im Jahr 2012 ergingen 8 179 Urteile und Strafbefehle wegen Steuerhinterziehung nach § 370 AO. Dem Strafmaß von insgesamt circa 2 340 Jahren Freiheitsstrafe und 56,5 Mio. € Geldstrafe lagen 965,6 Mio. € hinterzogene Steuern zugrunde.

2.2 Steuerordnungswidrigkeiten

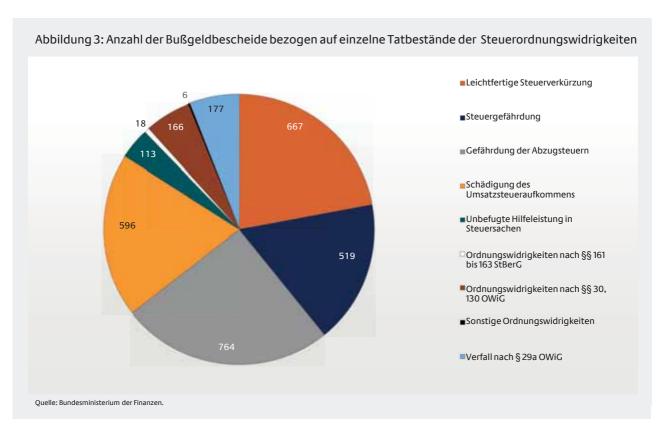
Neben den als Steuerstraftaten qualifizierten Delikten haben die Bußgeld- und Strafsachen stellen im Berichtszeitraum bundesweit insgesamt 4 479 Bußgeldverfahren abgeschlossen. Im Ergebnis wurden 2 980 Bußgeldbescheide vom Finanzamt erlassen. In weiteren 38 Fällen wurden Geldbußen durch die Gerichte festgesetzt.

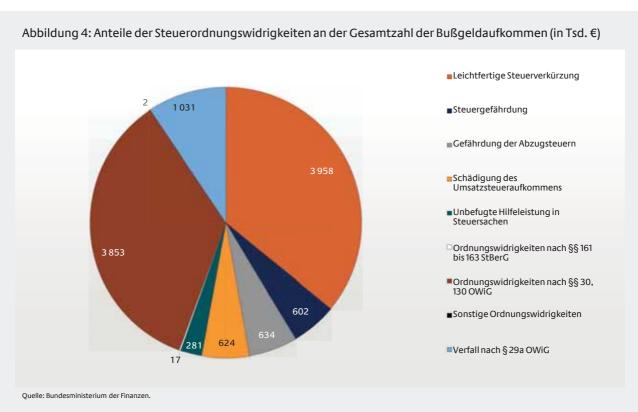
Bußgelder werden insbesondere wegen leichtfertiger Steuerverkürzung (§ 378 AO),

Steuergefährdung (§ 379 AO), Gefährdung der Abzugsteuern (§ 380 AO) sowie Schädigung des Umsatzsteueraufkommens (§ 26b Umsatzsteuergesetz) festgesetzt. Abbildung 3 stellt für den Berichtszeitraum die Anzahl der Bußgeldbescheide bezogen auf einzelne Tatbestände der Steuerordnungswidrigkeiten dar; Abbildung 4 zeigt die Anteile der Steuerordnungswidrigkeiten an der Gesamtzahl der Bußgeldaufkommen.

Den Bußgeldverfahren wegen leichtfertiger Steuerverkürzung lagen verkürzte Steuerbeträge in Höhe von insgesamt 23,8 Mio. € zugrunde. Die Verfahren wegen Schädigung des Umsatzsteueraufkommens basierten auf nicht oder nicht vollständig entrichteter Umsatzsteuer in Höhe von 44,7 Mio. €.

Verfolgung von Steuerstraftaten und Steuerordnungswidrigkeiten: Ergebnisse 2012





Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Die Konjunkturentwicklung in Deutschland bleibt angesichts günstiger gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen aufwärtsgerichtet. Dies zeigt insbesondere die Entwicklung der Industrieindikatoren, die darauf hindeutet, dass sich die Erholung in der Industrie im 3. Vierteljahr moderat fortgesetzt hat.
- Die robuste Lage auf dem Arbeitsmarkt vor allem der bis zuletzt anhaltende
 Beschäftigungsaufbau und damit einhergehende Einkommensverbesserungen dürften auch im 3. Quartal den Konsum der privaten Haushalte begünstigt haben.
- Die j\u00e4hrliche Teuerungsrate war im September mit 1,4 \u00d8 niedriger als vor einem Monat. Dies war vor allem auf einen deutlichen R\u00fcckgang der Preisniveaus f\u00fcr Mineral\u00f6lprodukte zur\u00fcckzuf\u00fchren.

Die Konjunkturentwicklung in Deutschland bleibt angesichts günstiger gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen aufwärtsgerichtet. Dies zeigen auch die aktuellen Konjunkturindikatoren an. So nimmt die Nachfrage nach industriellen Erzeugnissen deutscher Produzenten tendenziell zu, und die auf hohem Niveau befindliche Stimmung in den Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes verbessert sich kontinuierlich. Daher ist zu erwarten, dass das Wirtschaftswachstum in Deutschland auch weiterhin merkliche Impulse seitens des Produzierenden Gewerbes, insbesondere der Industrie, erhalten wird. Damit wird das Bruttoinlandsprodukt voraussichtlich in der 2. Jahreshälfte 2013 etwas stärker zunehmen als das gesamtwirtschaftliche Produktionspotenzial ausgeweitet wird. Die damit einhergehende Verbesserung des Auslastungsgrads der Produktionskapazitäten in den Unternehmen führt dazu, dass die Investitionstätigkeit künftig mehr als bisher auf Kapazitätserweiterungen abzielen wird. Nicht zuletzt deswegen ist zu erwarten, dass die Situation auf dem Arbeitsmarkt günstig bleibt. Dabei verschafft die vermehrte Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte auf der Seite des Arbeitsangebots Spielräume für eine Fortsetzung der Beschäftigungsexpansion in Deutschland.

Die Wirtschaftsdaten zeigen zudem an, dass das Wachstum vor allem von der binnenwirtschaftlichen Entwicklung getragen wird. Konsum und Investitionen prägten in starkem Maße die Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität im 2. Vierteljahr. Dies wird voraussichtlich so bleiben, denn zum einen sind die Rahmenbedingungen für Investitionen – wie die expansive Geldpolitik und die sehr günstigen Finanzierungsbedingungen für Investitionen – außerordentlich gut. Zum anderen schlägt zu Buche, dass Einkommenssteigerungen und Beschäftigungsexpansion – zusammen mit einer ruhigen Preisentwicklung – die Kaufkraft der privaten Haushalte stärken und so den privaten Konsum begünstigen. Die gute Verfassung der deutschen Wirtschaft ist auch an der positiven Entwicklung des Steueraufkommens im bisherigen Jahresverlauf erkennbar. Hier wirken sich die günstige Gewinnsituation der Unternehmen, die Ausweitung des privaten Konsums sowie die Einkommenssteigerungen von Arbeitnehmern und Selbständigen aus.

Die gesamtwirtschaftliche Erholung wird zudem von der allgemein erwarteten, wenn auch weniger dynamischen, weltwirtschaftlichen Expansion profitieren. Die

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Ausweitung des internationalen Handels von Waren und Dienstleistungen wird die deutsche Exportwirtschaft wegen ihres aktuell hohen Maßes an Wettbewerbsfähigkeit besonders begünstigen.

Derzeit spiegeln sich die Auswirkungen einer noch abgeschwächten weltwirtschaftlichen Entwicklung im deutschen Außenhandel wider. Zwar stiegen die nominalen Warenexporte im August 2013 um saisonbereinigt 1,0 % gegenüber dem Vormonat an. Die seit Jahresbeginn eher seitwärtsgerichtete Grundtendenz setzte sich jedoch fort. Dies hängt, wie auch der Vorjahresvergleich für den Zeitraum Januar bis August zeigt, vor allem mit der konjunkturellen Schwäche in einigen Exportregionen zusammen. Die Impulse für die Ausfuhrtätigkeit kommen vor allem aus EU-Ländern außerhalb des Euroraums. So stiegen die Exporte in diese Länder im Zeitraum Januar bis August nach Ursprungswerten um 1,0 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahresniveau an. Gleichzeitig dämpfte die insgesamt moderate weltwirtschaftliche Dynamik insbesondere die Konjunkturabschwächung in den Schwellenländern und die Schwäche einiger Länder des Euroraums - das deutsche Exportwachstum.

Die nominalen Warenimporte zeigen nach einem leichten Anstieg um saisonbereinigt 0,4% ebenfalls eine Seitwärtsbewegung. Im Zeitraum Januar bis August sanken hingegen die Einfuhren nach Ursprungswerten gegenüber dem Vorjahr (-1,4%). Am stärksten war der Importrückgang aus Drittländern (-3,8%). Hierzu dürfte insbesondere der deutliche Rückgang der Importpreise beigetragen haben. Eine Abnahme der Importe aus Drittländern schlägt sich auch in rückläufigen Einnahmen aus der Einfuhrumsatzsteuer nieder, welche im Zeitraum Januar bis September ein Minus von 7,9% gegenüber dem Vorjahr verbuchten. Auch die Importe aus Ländern des Euroraums nahmen merklich ab (-0,8%). Wareneinfuhren aus den EU-Ländern außerhalb des Euroraums stiegen dagegen spürbar an (+1,8%).

Aus der Differenz der Ausfuhren und Einfuhren ergab sich kumuliert für die Monate Januar bis August (nach Ursprungswerten) ein Handelsbilanzüberschuss von 127,1 Mrd. €. Das entsprechende Vorjahresniveau wurde um 0,5 Mrd. € überschritten. Im gleichen Zeitraum reduzierte sich der Leistungsbilanzüberschuss um 0,2 Mrd. € auf 114,6 Mrd. €.

Die vorlaufenden Indikatoren deuten darauf hin, dass sich die deutschen Exporte erholen werden, aber dass vorerst keine hohe Dynamik zu erwarten ist. So hat der Internationale Währungsfonds (IWF) in seinem jüngsten World Economic Outlook (Oktober 2013) die Wachstumserwartungen für die Welt für dieses und das nächste Jahr um 0,3 Prozentpunkte beziehungsweise 0,2 Prozentpunkte leicht nach unten gesetzt. Dies ist vor allem auf ungünstigere Erwartungen für die Schwellenländer zurückzuführen. Die Frühindikatoren für die Entwicklung der Weltwirtschaft stützen die Einschätzungen des IWF. Zwar stieg der OECD Composite Leading Indicator erneut leicht an. Hierbei zeigten sich jedoch regionale Unterschiede. So signalisiert der Indikator mehrheitlich ein Anziehen des Wirtschaftswachstums in den OECD-Mitgliedstaaten, während sich die Aussichten für die Schwellenländer ungünstiger darstellen. Der globale Einkaufsmanagerindex verschlechterte sich leicht - blieb aber oberhalb der Expansionsschwelle. Die ifo Exporterwartungen sind – trotz leichten Rückgangs – weiterhin auf hohem Niveau optimistisch und die Auftragseingänge aus dem Ausland zeigen im aussagekräftigeren Dreimonatsdurchschnitt eine aufwärtsgerichtete Grundtendenz. Ein Risiko für das globale Wachstum und damit auch für die deutschen Exporteure stellen allerdings die mit einer Nichtlösung der Problematik zur Anhebung der Schuldenobergrenze in den USA möglicherweise einhergehenden Auswirkungen auf die Weltwirtschaft dar.

Die Entwicklung der Industrieindikatoren im bisherigen Quartalsverlauf deutet darauf hin, dass sich die Erholung in der Industrie im 3. Vierteljahr moderat fortgesetzt hat.

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

		2012		Veränderung in % gegenüber							
Gesamtwirtschaft/Einkommen	Mrd.€		Vorpe	eriode saisor	bereinigt		Vorjahı	r			
	bzw. Index	ggü. Vorj. in%	4.Q.12	1.Q.13	2.Q.13	4.Q.12	1.Q.13	2.Q.13			
Bruttoinlandsprodukt											
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	111,1	+0,7	-0,5	+0,0	+0,7	+0,0	-1,6	+0,9			
jeweilige Preise	2 666	+2,2	+0,0	+0,7	+1,6	+1,8	+0,4	+3,4			
Einkommen											
Volkseinkommen	2 054	+2,1	-0,1	+1,0	+2,3	+1,5	+0,4	+3,9			
Arbeitnehmerentgelte	1378	+3,9	+0,8	+0,5	+0,6	+3,8	+3,1	+2,5			
Unternehmens- und											
Vermögenseinkommen	677	-1,4	-1,9	+2,0	+5,9	-4,0	-4,2	+6,9			
Verfügbare Einkommen											
der privaten Haushalte	1 680	+2,3	+0,9	+0,1	+0,9	+1,9	+0,5	+2,4			
Bruttolöhne ugehälter	1 127	+4,2	+0,8	+0,7	+0,8	+4,0	+3,3	+2,7			
Sparen der privaten Haushalte	176	+1,6	-0,8	-0,8	+0,8	-1,1	-3,2	-2,2			
Sparen dei privateri riausiiaite		2012	0,0	0,0	Veränderung ir			-,-			
Außenhandel/Umsätze/Produktion/		2012	Vorne	eriode saisor		170 gegenda		orjahr ¹			
Auftragseingänge	Mrd. € bzw. Index	ggü.Vorj. in%	Jul 13	Aug 13	Zweimonats- durchschnitt	Jul 13	Aug 13	Zweimonats			
in jeweiligen Preisen					darensemmee			darensenne			
Außenhandel (Mrd. €)											
Waren-Exporte	1 097	+3,4	-0,8	+1,0	+0,3	-0,1	-5,4	-2,7			
Waren-Importe	909	+0,7	+0,3	+0,4	+0,0	+0,8	-2,2	-0,7			
in konstanten Preisen von 2010											
Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2010 = 100)	105,7	-0,4	-1,1	+1,4	+0,6	-1,7	+0,3	-0,8			
Industrie ²	106,8	-0,6	-1,8	+2,1	+0,2	-2,4	+0,4	-1,0			
Bauhauptgewerbe	105,8	-1,1	+2,7	-1,9	+2,2	+0,7	+0,1	+0,4			
Umsätze im Produzierenden Gewerbe (Index 2010 = 100)											
Industrie ²	105,8	-0,6	-0,7	+2,5	+0,2	-2,4	-0,5	-1,5			
Inland	104,8	-1,6	+0,2	+2,0	+0,8	-3,3	-0,8	-2,1			
Ausland	107,0	+0,4	-1,5	+2,9	-0,3	-1,6	-0,1	-0,9			
Auftragseingang (Index 2010 = 100)											
Industrie ²	103,2	-3,8	-1,9	-0,3	+0,1	+2,3	+3,1	+2,7			
Inland	100,8	-5,6	-0,1	+2,2	+2,7	+0,8	+4,5	+2,5			
Ausland	105,1	-2,3	-3,1	-2,1	-1,7	+3,6	+1,9	+2,8			
Bauhauptgewerbe	105,4	+4,4	+3,2		+5,7	+12,4		+11,3			
Umsätze im Handel (Index 2010 = 100)											
Einzelhandel (ohne Kfz und mit Tankstellen)	101,2	+0,2	-0,2	+0,5	-0,5	+2,9	+0,3	+1,6			

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

		2012	Veränderung in Tausend gegenüber							
Arbeitsmarkt	Personen	ggü. Vorj. in%	Vorp	Vorperiode saisonbereinigt Vorjahr						
	Mio.	gga. vorj. iii /s	Jul 13	Aug 13	Sep 13	Jul 13	Aug 13	Sep 13		
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	2,90	-2,6	-5	+9	+25	+38	+41	+61		
Erwerbstätige, Inland	41,61	+1,1	+21	+13		+218	+219			
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	29,01	+1,9	+47			+356				
Preisindizes 2010 = 100		2012		Veränderung in % gegenüber						
		ggü. Vorj. in%		Vorperiod	le	Vorjahr				
	Index	gga. vorj. 117/8	Jul 13	Aug 13	Sep 13	Jul 13	Aug 13	Sep 13		
Importpreise	108,7	+2,2	+0,1	+0,1		-2,6	-3,4			
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	107,0	+1,6	-0,1	-0,1		+0,0	-0,5			
Verbraucherpreise	104,1	+2,0	+0,5	+0,0	+0,0	+1,9	+1,5	+1,4		
ifo Geschäftsklima				saisonbere	inigte Salden					
gewerbliche Wirtschaft	Feb 13	Mrz 13	Apr 13	Mai 13	Jun 13	Jul 13	Aug 13	Sep 13		
Klima	+7,4	+6,0	+1,5	+4,2	+4,5	+5,0	+7,7	+8,0		
Geschäftslage	+9,1	+8,5	+3,5	+8,7	+7,6	+8,9	+12,5	+11,3		
Geschäftserwartungen	+5,6	+3,6	-0,4	-0,3	+1,4	+1,2	+2,9	+4,8		

 $^{^{1}} Produktion \ arbeitstäglich, Umsatz, Auftragseing ang \ Industrie kalenderbereinigt, Auftragseing ang \ Bauhauptgewerbe saisonbereingt.$

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut.

Wachstumsimpulse dürften dabei vor allem von den Investitionsgüterherstellern gekommen sein. Die Industrieproduktion insgesamt wurde in saisonbereinigter Betrachtung im August gegenüber dem Vormonat deutlich ausgeweitet. Der Anstieg kam aus allen drei Gütergruppen, wobei die Ausweitung der Investitionsgüterproduktion am kräftigsten war. Dabei kamen zu einem guten Teil jedoch auch Sondereffekte zum Tragen, die das Ergebnis überzeichneten. Im nächsten Monat könnte daher mit einer moderateren Entwicklung der industriellen Erzeugung zu rechnen sein. Darauf könnten auch die etwas weniger optimistischen Einschätzungen zur Geschäftslage im Verarbeitenden Gewerbe (ifo Umfrage) sowie der Rückgang der Teilkomponente Produktion des Einkaufsmanagerindex hinweisen. Im Zweimonatsvergleich wurde die industrielle Erzeugung insgesamt nur leicht ausgeweitet (+0,2% gegenüber der Vorperiode), wobei

die Verringerung der Herstellung von Vorleistungsgütern und Konsumgütern dämpfend wirkte.

Die industriellen Umsätze zeigen im Zweimonatsvergleich insgesamt eine Seitwärtsbewegung. Dabei konnte ein Plus der Inlandsumsätze das Minus bei den Umsätzen mit dem Ausland kompensieren. Stützend wirkte eine Zunahme der Umsätze aus dem Verkauf von Investitionsgütern sowohl auf dem inländischen als auch auf dem ausländischen Markt.

Die in die Zukunft weisenden Indikatoren signalisieren, dass auch für das Schlussquartal mit einer günstigen Entwicklung des Industriesektors zu rechnen ist. Dafür spricht zum einen die aufwärtsgerichtete Grundtendenz der Auftragseingänge, wobei im Zweimonatsdurchschnitt die positiven Impulse ausschließlich von den

²Ohne Energie.

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Inlandsbestellungen insbesondere der Investitionsgüterindustrie kamen. Die Inlandsorders von Investitionsgütern stiegen im Juli/August mit saisonbereinigt 4,8 % gegenüber der Vorperiode kräftig an. Insbesondere die Auftragseingänge von Kraftfahrzeugen zeigten dabei einen deutlichen Aufwärtstrend. Auch die Auftragseingänge für Vorleistungsgüter (+1,2%) nahmen zu, während die Bestellungen von Konsumgütern (-1,5%) rückläufig waren. Zum anderen deuten die Stimmungsverbesserungen in den Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes ebenfalls auf eine Fortsetzung der Erholung in der Industrie hin. So stiegen die ifo Geschäftserwartungen im September den zweiten Monat in Folge an und erreichten damit das höchste Niveau seit Juli 2011.

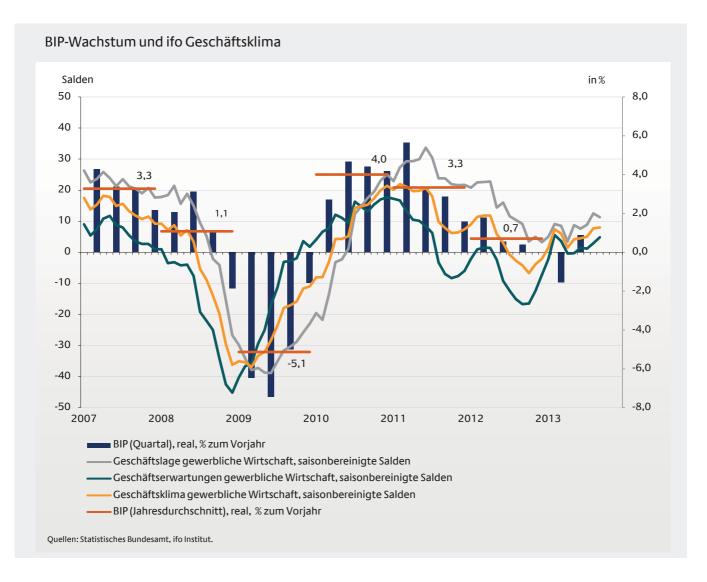
Die Bauproduktion verzeichnete im August Einbußen von saisonbereinigt 1,9 % gegenüber dem Vormonat. Dies kam aus Rückgängen in allen drei Bereichen: Ausbaugewerbe, Tiefbau und Hochbau. Im Zweimonatsvergleich setzte sich Aufwärtsbewegung der Bauproduktion insgesamt (saisonbereinigt + 2,2% gegenüber der Vorperiode) und in den drei Bereichen jedoch fort. Die "harten" Indikatoren deuten überwiegend auf eine Zunahme der Bauproduktion in den kommenden Monaten hin. Die Baugenehmigungen waren im Juni/ Juli saisonbereinigt merklich angestiegen (+1,7% gegenüber der Vorperiode). Darüber hinaus verzeichneten die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe in diesem Zeitraum ein sehr deutliches Plus (+5,7%). Dies steht jedoch nicht im Einklang mit den ifo Geschäftserwartungen im Bauhauptgewerbe, die im September bereits den siebten Monat in Folge rückläufig waren und damit zuletzt den zehnjährigen Durchschnitt leicht unterschritten.

Der Konsum der privaten Haushalte dürfte auch im 3. Quartal zum Wirtschaftswachstum beigetragen haben. Der Einzelhandel ohne Kraftfahrzeuge verzeichnete im August saisonbereinigt einen merklichen Anstieg um 0,5 % gegenüber dem Vormonat. Damit hat sich der Abwärtstrend deutlich abgeschwächt. Laut ifo Umfrage gingen die

Einzelhändler für den September von einer Verbesserung ihrer Geschäfte aus. Auch der RWI-Konsumindikator signalisiert, dass der private Konsum im 3. Vierteljahr ausgeweitet wurde. Die vorlaufenden Indikatoren weisen darauf hin, dass auch im Schlussquartal mit einer Zunahme der Privaten Konsumausgaben zu rechnen ist. So prognostizierte die GfK für Oktober eine weitere leichte Aufhellung des sich bereits auf einem hohen Niveau befindlichen GfK-Konsumklimas. Bemerkenswert ist dabei der erneute Anstieg der Komponente Anschaffungsneigung. Zusammen mit den robusten Einkommenserwartungen, die zuletzt nur wenig zurückgingen, spricht dies ebenfalls für eine weitere Belebung der Konsumtätigkeit der privaten Haushalte. Diese Einschätzung wird auch durch die deutliche Verbesserung der Geschäftsaussichten der Einzelhändler im ifo Test gestützt. Zum günstigen Stimmungsbild der Verbraucher dürfte die robuste Lage auf dem Arbeitsmarkt – insbesondere der bis zuletzt anhaltende Beschäftigungsaufbau und damit einhergehende Einkommenssteigerungen wesentlich beigetragen haben.

Die Zahl der Erwerbstätigen nahm in saisonbereinigter Betrachtung im August um 13 000 Personen im Vergleich zum Vormonat zu. Nach Ursprungswerten stieg die Erwerbstätigenzahl (Inlandskonzept) um 219 000 Personen gegenüber dem Vorjahresmonat (+0,5%) auf ein Niveau von 41,96 Millionen Personen an. Im Juli wurde die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung deutlich ausgeweitet. Saisonbereinigt betrugnach Hochrechnung der Bundesagentur für Arbeit (BA) – der Anstieg im Vergleich zum Vormonat 47 000 Personen. Im Vorjahresvergleich (nach Ursprungswerten) gab es einen Zuwachs von 356 000 Personen. Dabei fiel der Beschäftigungsaufbau bei den Wirtschaftlichen Dienstleistungen (ohne Arbeitnehmerüberlassungen) am höchsten aus. Auch in den Bereichen Gesundheitsund Sozialwesen sowie dem Verarbeitenden Gewerbe lag die Beschäftigtenzahl deutlich über dem entsprechenden Vorjahresniveau. Die Arbeitnehmerüberlassungen weisen

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT



weiterhin einen deutlichen Personalrückgang aus. Der Beschäftigungsabbau hat sich jedoch verlangsamt.

Angesichts des bis zuletzt anhaltenden Beschäftigungsaufbaus ist die Lage auf dem Arbeitsmarkt insgesamt weiterhin als günstig einzuschätzen, wenngleich die Arbeitslosenzahlen in saisonbereinigter Betrachtung seit Jahresbeginn leicht angestiegen sind. Die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl nahm im September gegenüber dem Vormonat um 25 000 Personen zu. Die Zahl registrierter arbeitsloser Personen lag nach Ursprungswerten bei 2,85 Millionen Personen und war damit um 61 000 Personen höher als vor einem Jahr. Die entsprechende Arbeitslosenquote betrug 6,6 % und überschritt

damit das Vorjahresniveau geringfügig (+0,1 Prozentpunkte). Die Zunahme der Arbeitslosigkeit ist zum Teil auf eine Verringerung des arbeitsmarktpolitischen Instrumenteneinsatzes zurückzuführen. Zudem hat sich das Arbeitsangebot aufgrund von Zuwanderung merklich ausgeweitet. Währenddessen profitiert die Beschäftigungszunahme – neben der Zuwanderung – ebenfalls von einer höheren Erwerbsbeteiligung.

Wegen des bereits erreichten hohen Beschäftigungsniveaus dürfte im weiteren Jahresverlauf allerdings mit einer weniger dynamischen Aufwärtsentwicklung zu rechnen sein. Die Erwartung einer weiteren moderaten Zunahme der Erwerbstätigenzahl wird auch

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

durch die vorlaufenden Indikatoren gestützt. So bleibt die Arbeitskräftenachfrage nach dem von der BA ermittelten Stellenindex stabil. Das ifo Beschäftigungsbarometer im September ist zwar leicht gesunken, signalisiert aber dennoch eine Fortsetzung des Beschäftigungsaufbaus in der deutschen Wirtschaft, und zwar insbesondere im Investitionsgüterbereich und im Baugewerbe. Auch der Dienstleistungssektor will mehr Personal einstellen.

Die Verlangsamung des Anstiegs des Verbraucherpreisniveaus im Vergleich zum Vorjahr setzte sich im September mit einer jährlichen Teuerungsrate von 1,4% fort. Dämpfend wirkten dabei die rückläufige Preisniveauentwicklung von Mineralölprodukten (Kraftstoffe - 6,7% und leichtes Heizöl - 5,8% gegenüber dem Vorjahr). Ohne Berücksichtigung der Mineralölerzeugnisse wäre das Verbraucherpreisniveau um 1,9% gegenüber dem Vorjahresmonat angestiegen. Die Jahresteuerungsrate für Nahrungsmittel

übertraf den Gesamtindex jedoch erneut deutlich (+ 4,7% gegenüber dem Vorjahr). Die moderatere Preisniveauentwicklung der Mineralölprodukte steht eng im Zusammenhang mit der Entwicklung der Rohölpreise auf dem Weltmarkt. So überstieg der Ölpreis in US-Dollar pro Barrel der Sorte Brent im September das Vorjahresniveau nur marginal (+ 0,7%). Unter Berücksichtigung des Euro/US-Dollar-Wechselkurses gab es einen Rückgang des Ölpreises um 2,8%.

Angesichts der verhaltenen Zunahme der globalen wirtschaftlichen Aktivität und der damit einhergehenden moderaten Entwicklung von Rohstoffpreisen dürfte der Preisdruck auf importierte Güter und die Erzeugerpreise vorerst gedämpft bleiben. Dies trägt weiterhin zu einem ruhigen Preisklima auf der Konsumentenstufe bei. Hiervon gehen auch nationale Wirtschaftsforschungsinstitute in ihren jüngsten Prognosen zur Entwicklung des VPI, die in einer Spanne zwischen 1,5 % und 2% für dieses Jahr liegen, aus.

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Sptember 2013

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im September 2013

Die Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) sind im September 2013 im Vorjahresvergleich um 7,8 % gestiegen. Dieses Ergebnis ist vorrangig auf den Zuwachs im Aufkommen der gemeinschaftlichen Steuern – hier insbesondere der Lohnsteuer, der veranlagten Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer – zurückzuführen. Die gemeinschaftlichen Steuern überschritten das Vorjahresniveau insgesamt um 8,0 %. Auch die Bundessteuern (+6,3 %) und die Ländersteuern (+15,1 %) hatten Mehreinnahmen aufzuweisen. Die Steuereinnahmen des Bundes stiegen um 8,3 %. Die Länder blieben mit 7,8 % über dem Ergebnis des Vorjahresmonats.

Kumuliert konnten im Zeitraum Januar bis September 2013 die Steuereinnahmen des Bundes das Vorjahresniveau übertreffen (+1,0%)1, während das Ergebnis bei den Steuereinnahmen der Länder um 3,2 % höher lag. Die EU-Kommission hat im Zeitraum von Januar bis September 2013 von ihrer Möglichkeit Gebrauch gemacht, den Rahmen für den Abruf der sogenannten Eigenmittel bei den Mitgliedstaaten voll auszuschöpfen. Das führt dazu, dass die Steuereinnahmen des Bundes im Vergleich zum Vorjahreszeitraum durch die EU-Abführungen stärker gemindert wurden. Wie hoch die jährlichen Eigenmittelabführungen der Mitgliedstaaten zum EU-Haushalt tatsächlich sind, lässt sich erst am Ende des Haushaltsjahres beziffern. Der den Gemeinden zufließende Teil der gemeinschaftlichen Steuern verzeichnete ebenfalls einen deutlichen Zuwachs (+7,1%).

Die Kasseneinnahmen der Lohnsteuer lagen im September 2013 nach einer eher schwachen Entwicklung in den beiden Vormonaten nunmehr um 6,1% über dem Ergebnis des Vorjahreszeitraums. Die aus dem Aufkommen der Lohnsteuer zu leistenden Zahlungen von Kindergeld (-0,2%) blieben leicht unter dem Niveau des Vorjahresmonats. In der Bruttobetrachtung (also vor Abzug von Kindergeld und Altersvorsorgezulage) weist die Lohnsteuer einen Anstieg von 4,7% auf. Nach wie vor begünstigen das hohe Beschäftigungsniveau sowie Tariflohnsteigerungen das Lohnsteueraufkommen. Allerdings wird die Dynamik der Zunahme der Bruttolöhne und -gehälter dadurch abgemildert, dass inzwischen die betrieblichen Sonderzahlungen nicht mehr so hoch liegen wie im Vorjahr. Im Zeitraum Januar bis September 2013 übertrafen die Kasseneinnahmen das Niveau des Vorjahreszeitraums um 6,1%.

Die Einnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer brutto stiegen im September 2013 gegenüber dem Vorjahresmonat um 9,5 %. Bedingt durch die stärkere Zunahme der Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer nach § 46 EStG (+11,8%) und der Investitionszulagen (+8,5 Mio. €) war der Zuwachs des Kassenaufkommens der veranlagten Einkommensteuer etwas geringer (+9,2%). Hierbei legten sowohl die Vorauszahlungen (+8%) als auch die Nachzahlungen (+12%) deutlich an Volumen zu. Die Erstattungen (ohne Arbeitnehmererstattungen) blieben demgegenüber konstant. In kumulierter Betrachtung für den Zeitraum Januar bis September 2013 stieg das Kassenaufkommen der veranlagten Einkommensteuer um 15,7%.

Die kassenmäßigen Einnahmen aus der Körperschaftsteuer verdoppelten sich im Berichtsmonat September 2013 fast um 1,9 Mrd. € auf nunmehr 3,9 Mrd. €. Dieser starke Zuwachs ist zum überwiegenden Teil auf einen Basiseffekt im September 2012 zurückzuführen: Die aufgrund einer Ausschüttung im Konzernverbund Anfang 2012

¹ Abweichung zu Tabelle "Einnahmen des Bundes" ist methodisch bedingt.

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im September 2013

Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im laufenden Jahr¹

2013	September	Veränderung ggü. Vorjahr	Januar bis September	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2013 ⁴	Veränderung ggü. Vorjahr
20.0	in Mio €	in%	in Mio €	in%	in Mio €	in%
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer ²	11 873	+6,1	113 302	+6,1	157 150	+5,4
veranlagte Einkommensteuer	10 552	+9,2	31 649	+15,7	40 400	+8,4
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	721	-28,5	14 469	-17,0	15 835	-21,1
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (einschl. ehem. Zinsabschlag)	377	-3,4	6 903	+4,1	8 360	+1,5
Körperschaftsteuer	3 921	+93,6	14 751	+13,5	18 860	+11,4
Steuern vom Umsatz	16825	+0,8	146 336	+1,1	198 200	+1,8
Gewerbesteuerumlage	0	-66,7	2 070	+1,6	3 8 6 0	+0,8
erhöhte Gewerbesteuerumlage	0	-66,7	1 729	-0,6	3 2 7 9	-0,9
Gemeinschaftliche Steuern insgesamt	44 270	+8,0	331 209	+3,6	445 944	+2,9
Bundessteuern						
Energiesteuer	3 538	+3,1	24 245	+0,5	39 500	+0,5
Tabaksteuer	1 295	+18,1	9 504	+0,4	13 950	-1,4
Branntweinsteuer inkl. Alkopopsteuer	180	+7,2	1 558	-1,0	2 100	-1,0
Versicherungsteuer	520	+13,4	9 735	+4,1	11350	+1,9
Stromsteuer	532	-7,3	5 409	+3,1	7 000	+0,4
Kraftfahrzeugsteuer	616	+4,8	6 641	+0,8	8 500	+0,7
Luftverkehrsteuer	84	+18,7	680	+1,3	960	+1,2
Kernbrennstoffsteuer	285	-6,3	850	-40,3	1 400	-11,2
Solidaritätszuschlag	1 611	+11,9	10 630	+4,9	14000	+2,8
übrige Bundessteuern	113	-7,4	1 085	-4,0	1 522	+0,0
Bundessteuern insgesamt	8 773	+6,3	70 338	+0,9	100 282	+0,5
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	377	+25,5	3 406	+5,2	4 2 3 5	-1,6
Grunderwerbsteuer	694	+12,6	6288	+14,9	8 2 6 0	+11,8
Rennwett- und Lotteriesteuer	130	+17,8	1 238	+18,1	1 560	+9,0
Biersteuer	65	-7,6	511	-4,2	665	-4,5
Sonstige Ländersteuern	28	+6,2	318	+3,2	382	+0,7
Ländersteuern insgesamt	1 295	+15,1	11 762	+10,9	15 102	+6,3
EU-Eigenmittel						
Zölle	410	-4,8	3 125	-6,4	4500	+0,8
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	171	+6,2	1 880	+18,0	2 150	+6,0
BNE-Eigenmittel	1 695	+6,2	19391	+24,4	23 960	+20,9
EU-Eigenmittel insgesamt	2 276	+4,0	24 395	+18,9	30 610	+16,3
Bund ³	25 656	+8,3	186 336	+1,0	258 709	+0,9
Länder ³	23 071	+7,8	180 211	+3,2	241 917	+2,4
EU	2 276	+4,0	24 395	+18,9	30 610	+16,3
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	3 745	+6,8	25 492	+7,1	34 592	+5,4
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	54 748	+7,8	416 434	+3,2	565 828	+2,5

¹Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

² Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundeszentralamt für Steuern.

 $^{^3}$ Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle "Einnahmen des Bundes" ist methodisch bedingt (vergleiche Fn. 1).

⁴ Ergebnis AK "Steuerschätzungen" vom Mai 2013.

STEUEREINNAHMEN VON BUND UND LÄNDERN IM SEPTEMBER 2013

an den Fiskus abgeführte Kapitalertragsteuer in Höhe von circa 1,6 Mrd. € war im Rahmen der Körperschaftsteuerveranlagung der Muttergesellschaft auf die Körperschaftsteuer angerechnet worden. Ohne diesen Basiseffekt beträgt der Zuwachs des Kassenaufkommens circa 10 %. Die aus dem Körperschaftsteueraufkommen geleisteten Erstattungen von Altkapital betrugen insgesamt 1,5 Mrd. € und lagen damit um 0,2 Mrd. € über dem Vorjahr. Da ein beträchtlicher Teil der Erstattungen auch noch im Oktober ausgezahlt wird, bleibt abzuwarten, ob hier nur eine Verschiebung vorliegt oder der Gesamtbetrag sich erhöht hat. Die im September fällige dritte Rate der Vorauszahlungen stagnierte im Vergleich zum Vorjahresmonat auf hohem Niveau. Die Nachzahlungen für frühere Jahre (insbesondere aufgrund von Betriebsprüfungsfällen) stiegen erheblich an. Die Erstattungen sind im September 2013 gegenüber dem Vorjahreswert stark gesunken. Nach Bereinigung der Basis um den oben erwähnten besonderen Erstattungsfall ergibt sich ebenfalls noch ein kräftiger Rückgang. Das Aufkommensniveau der Körperschaftsteuer ist im Zeitraum Januar bis September 2013 um 13,5 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum gestiegen.

Die Einnahmen aus den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag brutto gingen im September gegenüber dem Vorjahresmonat um 27,6 % zurück. Nach Berücksichtigung der im Vergleich zum Vorjahr niedrigeren Erstattungen durch das Bundeszentralamt für Steuern belief sich die Minderung des Kassenaufkommens der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag auf - 28,5 %. Im Zeitraum Januar bis September 2013 lagen die Kasseneinnahmen insgesamt um 17,0 % unter dem Vorjahresergebnis. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, dass das Aufkommen im Vorjahreszeitraum durch Sonderfälle insgesamt um mehr als 3,2 Mrd. € überzeichnet war. Auch nach Bereinigung um diese Sonderfälle ergibt sich im Basiszeitraum Januar bis September 2012 – bedingt durch die günstige Gewinnsituation der Unternehmen – ein hohes Aufkommensniveau, das in diesem Jahr mit

einem Zuwachs von rund 2% nochmals leicht übertroffen wurde.

Das Volumen der Abgeltungsteuer auf Zinsund Veräußerungserträge verzeichnet im September 2013 einen leichten Rückgang (-3,4%). In kumulierter Rechnung (Januar bis September 2013) wurde jedoch noch ein Aufkommenszuwachs von 4,1% erreicht.

Die Steuern vom Umsatz übertrafen im Berichtsmonat September 2013 das Vorjahresniveau um 0,8 %. Der rückläufige Trend der Einfuhrumsatzsteuer setzte sich mit - 9,6 % weiter fort. Das Aufkommen aus der (Binnen-)Umsatzsteuer stieg in Verbindung mit der positiven Entwicklung des inländischen Konsums um 4,5 %. Die Steuern vom Umsatz lagen im Zeitraum Januar bis September 2013 insgesamt um 1,1 % über dem Niveau des Vorjahreszeitraums.

Die reinen Bundessteuern verzeichneten im September 2013 im Vorjahresvergleich Mehreinnahmen von 6.3%. Zum überwiegenden Teil ist dies auf die Zuwächse bei der Energiesteuer (+3,1%), dem Solidaritätszuschlag (+11,9%) und der Tabaksteuer (+18,1%) zurückzuführen. Auch die Versicherungsteuer (+13,4%), die Kraftfahrzeugsteuer (+4,8%) und die Luftverkehrsteuer (+18,7%) erzielten ein deutliches Plus. Bei der Kernbrennstoffsteuer war in diesem Monat ein Aufkommen in Höhe von 0,3 Mrd. € zu verzeichnen. Aufgrund des guten Septemberergebnisses verbesserte sich die Bilanz für die Bundessteuern insgesamt für das laufende Jahr: Im Zeitraum Januar bis September 2013 erreichten sie nunmehr einen Aufkommensanstieg von 0,9%.

Die reinen Ländersteuern nahmen im Berichtsmonat gegenüber dem Vorjahresmonat um 15,1% zu. Getragen wurde diese Entwicklung wie in den Vormonaten vor allem von der Grunderwerbsteuer. Sie konnte ausgehend von einem hohen Vorjahresstand nochmals einen Zuwachs von 12,6% verzeichnen. Dabei schlugen Steuersatzanhebungen sowie Steigerungen von Immobilienpreisen und -käufen zu Buche.

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im September 2013

Auch das Aufkommen aus der Erbschaftsteuer stieg um 25,5 % und glich so die Einbußen des Vormonats teilweise wieder aus. Neben der Rennwett- und Lotteriesteuer (+ 17,8 %) ergaben sich ebenfalls bei der Feuerschutzsteuer (+ 4,8 %) Mehreinnahmen, während die Biersteuer (-7,6%) das Vorjahresergebnis nicht erreichen konnte. Im Zeitraum Januar bis September 2013 verzeichnen die Einnahmen aus den Ländersteuern einen Anstieg von 10,9%.

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich September 2013

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich September 2013

Ausgabenentwicklung

Mit 228,3 Mrd. € liegt das Ergebnis bis einschließlich September 2013 um 2,9 Mrd. € (1,3%) über dem des Vergleichszeitraums des Vorjahres. Die Bereitstellung der für das Jahr 2012 vorgesehenen Beteiligung am Grundkapital des Europäischen Stabilitätsmechanismus erfolgte erst im Oktober 2012; dies wirkt sich, wie bereits in den Vormonaten, verzerrend aus. Im Laufe des Jahres 2013 wurden hier bereits 4,3 Mrd. € bereitgestellt.

Einnahmeentwicklung

Die Einnahmen des Bundes lagen mit 202,1 Mrd. € bis einschließlich September um 2,9 Mrd. € über dem Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraums (+1,5 %). Die Steuereinnahmen beliefen sich auf 184,7 Mrd. €. Sie stiegen im Vorjahresvergleich um 2,0 Mrd. € (+1,1%) an. Die Verwaltungseinnahmen lagen mit 17,4 Mrd. € um 5,4 % über dem Ergebnis bis einschließlich September 2012.

Finanzierungssaldo

Die Aussagekraft der Zahlen hinsichtlich der voraussichtlichen Neuverschuldung dieses Jahres ist auch zum jetzigen Zeitpunkt noch mit Unwägbarkeiten behaftet. Eine belastbare Vorhersage des voraussichtlichen Jahresabschlusses lässt sich weiterhin weder aus den einzelnen Positionen noch aus dem derzeitigen Finanzierungssaldo von - 26,2 Mrd. € ableiten.

Entwicklung des Bundeshaushalts

	Ist 2012	Soll 2013 ¹	lst - Entwicklung ² September 2013
Ausgaben (Mrd. €)	306,8	310,0	228,3
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			+1,3
Einnahmen (Mrd. €)	284,0	284,6	202,1
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			+1,5
Steuereinnahmen (Mrd. €)	256,1	260,6	184,7
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			+1,1
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	-22,8	-25,4	-26,2
Finanzierung durch:	22,8	25,4	26,2
Kassenmittel (Mrd. €)	-	-	21,8
Münzeinnahmen (Mrd. €)	0,3	0,3	0,1
Nettokreditaufnahme/unterjähriger Kapitalmarktsaldo³ (Mrd. €)	22,5	25,1	4,2

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

¹Inklusive Nachtrag 2013.

²Buchungsergebnisse.

³ (-) Tilgung; (+) Kreditaufnahme.

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich September 2013

Entwicklung der Bundesausgaben nach Aufgabenbereichen

	Sol	11	Ist-Entwicklung
	201	3	Januar bis September 2013
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €
Allgemeine Dienste	72 949	23,5	51 22
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	6181	2,0	400
Verteidigung	32 807	10,6	23 32
Politische Führung, zentrale Verwaltung	13 329	4,3	1036
Finanzverwaltung	3 878	1,3	2 79
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	18 952	6,1	12 66
Förderung für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende	2 675	0,9	2 09
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	10 459	3,4	6 2 4
Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	145 124	46,8	114 77
Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	98 861	31,9	79 99
Darlehen/Zuschuss an die Bundesagentur für Arbeit	0	0,0	- 5
Arbeitsmarktpolitik	31 925	10,3	24 40
darunter: Arbeitslosengeld II nach SGB II	18 960	6,1	1492
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II	4700	1,5	3 58
Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.	6 475	2,1	494
Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 432	0,8	177
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	1 740	0,6	1 08
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 315	0,7	1 51
Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	1714	0,6	131
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	975	0,3	39
Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	4 589	1,5	2 80
Regionale Förderungsmaßnahmen	601	0,2	41
Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 576	0,5	1 34
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	16 707	5,4	10 08
Straßen	7 196	2,3	4 44
Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	4 498	1,5	2 80
Allgemeine Finanzwirtschaft	46 649	15,0	34 00
Zinsausgaben	31 596	10,2	28 95
Ausgaben zusammen	310 000	100,0	228 29

¹Inklusive Nachtrag 2013.

Aufgrund der Anwendung des neuen Funktionenplans beim Bund für den Bundeshaushalt 2013 ist ein Vergleich mit dem Vorjahr nicht sinnvoll. Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich September 2013

Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	ls	t	So	II ¹	Ist - Entw	/icklung	11.1.281.2
	20	12	20	13	Januar bis September 2012	Januar bis September 2013	Unterjährige Veränderung ggü. Vorjahr in %
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio.€	Anteil in %	in Mi	io.€	,
Konsumtive Ausgaben	270 451	88,2	275 599	88,9	210 326	209 410	-0,4
Personalausgaben	28 046	9,1	28 478	9,2	21 638	22 035	+1,8
Aktivbezüge	20619	6,7	20 825	6,7	15 714	15 953	+1,5
Versorgung	7 427	2,4	7 653	2,5	5 924	6 0 8 2	+2,7
Laufender Sachaufwand	23 703	7,7	24 642	7,9	15 222	15 056	-1,1
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1384	0,5	1 343	0,4	872	961	+10,2
Militärische Beschaffungen	10 287	3,4	10396	3,4	6 276	5 174	-17,6
Sonstiger laufender Sachaufwand	12 033	3,9	12 903	4,2	8 074	8 922	+10,5
Zinsausgaben	30 487	9,9	31 596	10,2	28 351	28 953	+2,1
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	187 734	61,2	190 271	61,4	144 778	142 969	-1,2
an Verwaltungen	17 090	5,6	27 419	8,8	12 800	14222	+11,1
an andere Bereiche	170 644	55,6	162 852	52,5	132 037	128 799	-2,5
darunter:							
Unternehmen	24 225	7,9	25 872	8,3	17883	18 860	+5,5
Renten, Unterstützungen u. a.	26 307	8,6	26 456	8,5	20 261	20 754	+2,4
Sozialversicherungen	113 424	37,0	103 453	33,4	89 155	83 476	-6,4
Sonstige Vermögensübertragungen	480	0,2	612	0,2	336	396	+17,9
Investive Ausgaben	36 324	11,8	34 804	11,2	15 090	18 886	+25,2
Finanzierungshilfen	28 564	9,3	26 556	8,6	10 574	14 497	+37,1
Zuweisungen und Zuschüsse	15 524	5,1	14692	4,7	9114	8 954	-1,8
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	2 736	0,9	3 002	1,0	1 460	1 144	-21,6
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	10304	3,4	8 862	2,9	0	4 400	>
Sachinvestitionen	7 760	2,5	8 248	2,7	4 515	4 388	-2,8
Baumaßnahmen	6 147	2,0	6 703	2,2	3 855	3 775	-2,1
Erwerb von beweglichen Sachen	983	0,3	964	0,3	514	481	-6,4
Grunderwerb	629	0,2	581	0,2	147	132	-10,2
Globalansätze	0	0,0	- 402	-0,1	0	0	
Ausgaben insgesamt	306 775	100,0	310 000	100,0	225 415	228 296	+1,3

¹Inklusive Nachtrag 2013.

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich September 2013

Entwicklung der Einnahmen des Bundes

	Ist	t	Sol	l ¹	Ist - Entw	vicklung	Hata dilibata a
	201	12	201	3	Januar bis September 2012	Januar bis September 2013	Unterjährige Veränderung ggü. Vorjahr
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in M	io.€	in%
I. Steuern	256 086	90,2	260 611	91,6	182 671	184 682	+1,
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	205 843	72,5	213 154	74,9	150 685	155 777	+3,
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschl. Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge)	101 092	35,6	104 528	36,7	73 375	77 610	+5,
davon:							
Lohnsteuer	63 136	22,2	66 768	23,5	43 624	46 518	+6,
veranlagte Einkommensteuer	15 838	5,6	16 852	5,9	11 622	13 449	+15
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	10 028	3,5	7 742	2,7	8 713	7 230	-17,
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	3 623	1,3	4 141	1,5	2 917	3 038	+4,
Körperschaftsteuer	8 467	3,0	10 285	3,6	6 499	7 3 7 5	+13
Steuern vom Umsatz	103 165	36,3	107 020	37,6	76 466	77 308	+1
Gewerbesteuerumlage	1 587	0,6	1 606	0,6	844	858	+1
Energiesteuer	39 305	13,8	40 270	14,2	24127	24 245	+0
Tabaksteuer	14 143	5,0	14 450	5,1	9 465	9 504	+0
Solidaritätszuschlag	13 624	4,8	14 050	4,9	10 135	10630	+4
Versicherungsteuer	11 138	3,9	11 115	3,9	9 3 5 3	9 735	+4
Stromsteuer	6 973	2,5	6 400	2,2	5 2 4 7	5 409	+3
Kraftfahrzeugsteuer	8 443	3,0	8 305	2,9	6 5 9 0	6 641	+0
Kernbrennstoffsteuer	1577	0,6	1 400	0,5	1 425	850	-40
Branntweinabgaben	2 123	0,7	2 101	0,7	1 574	1 559	-1
Kaffeesteuer	1 054	0,4	1 045	0,4	769	739	-3
Luftverkehrsteuer	948	0,3	970	0,3	671	680	+1
Ergänzungszuweisungen an Länder	-11 621	-4,1	-10842	-3,8	-8 495	-8 025	-5
BNE-Eigenmittel der EU	-19826	-7,0	-23 950	-8,4	-15 586	-19391	+24
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-2 027	-0,7	-2 150	-0,8	-1 593	-1 880	+18
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	-7 085	-2,5	-7 191	-2,5	-5 313	-5 393	+1
Zuweisung an die Länder für Kfz-Steuer und Lkw- Maut	-8 992	-3,2	-8 992	-3,2	-6744	-6744	+0
II. Sonstige Einnahmen	27 870	9,8	23 979	8,4	16 517	17 402	+5
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	4 5 6 0	1,6	5 511	1,9	3 096	3 350	+8
Zinseinnahmen	263	0,1	400	0,1	219	169	-22
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	5 183	1,8	5 640	2,0	2 349	3 171	+35
Einnahmen zusammen	283 956	100,0	284 590	100,0	199 188	202 085	+1

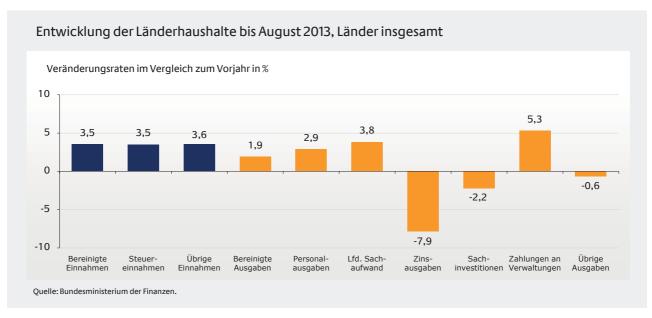
¹ Inklusive Nachtrag 2013.

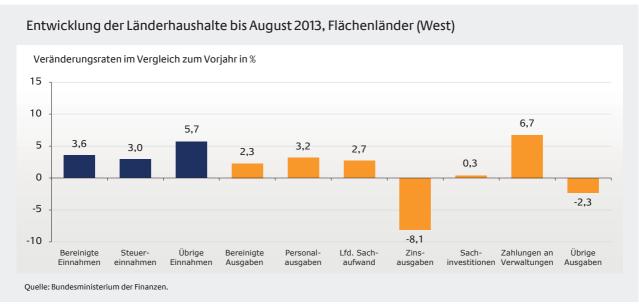
Entwicklung der Länderhaushalte bis August 2013

Entwicklung der Länderhaushalte bis August 2013

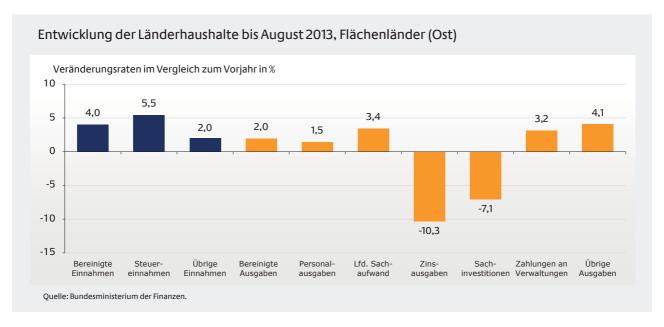
Das Bundesministerium der Finanzen legt Zusammenfassungen über die Haushaltsentwicklung der Länder bis einschließlich August 2013 vor.

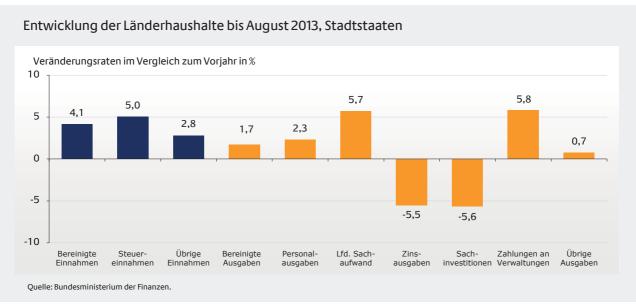
Die positive Entwicklung in den Haushalten der Ländergesamtheit setzt sich auch bis Ende August weiter fort. Die Ausgaben der Länder insgesamt stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 1,9 %, während die Einnahmen um 3,5 % zunahmen. Die Steuereinnahmen erhöhten sich um 3,5 %. Das Finanzierungsdefizit der Ländergesamtheit fällt mit knapp 2 Mrd. € um rund 3 Mrd. € günstiger aus als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Derzeit planen die Länder insgesamt für das Jahr 2013 ein Finanzierungsdefizit von rund 12,8 Mrd. €.





Entwicklung der Länderhaushalte bis August 2013





FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Europäische Finanzmärkte

Die Rendite europäischer Staatsanleihen betrug im September durchschnittlich 3,14 % (3,02 % im August).

Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe betrug Ende September 1,93 % (1,80 % Ende August).

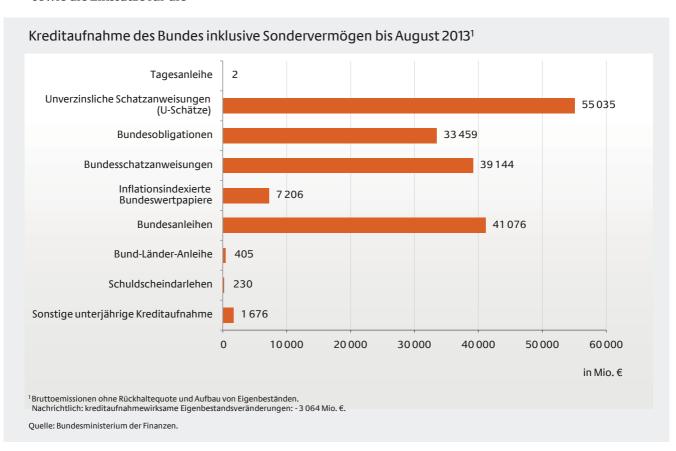
Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – beliefen sich Ende September auf 0,23 % (0,23 % Ende August).

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat in der EZB-Ratssitzung am 2. Oktober 2013 beschlossen, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,50 %, 1,00 % beziehungsweise 0,00 % zu belassen.

Der deutsche Aktienindex betrug 8 594 Punkte am 30. September (8 103 Punkte am 30. August). Der Euro Stoxx 50 stieg von 2 721 Punkten am 30. August auf 2 893 Punkte am 30. September.

Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 lag im August bei 2,3 % nach 2,2 % im Juli und 2,4 % im Juni. Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresänderungsraten von M3 lag in der Zeit von Juni bis August 2013 bei 2,3 %, verglichen mit 2,5 % in der Vorperiode.



FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Die jährliche Änderungsrate der Kreditgewährung an den privaten Sektor im Euroraum belief sich im Monat August auf -1,2 % und blieb somit gegenüber dem Vormonat stabil.

In Deutschland betrug die Änderungsrate der Kreditgewährung an Unternehmen und Privatpersonen - 0,23% im August gegenüber 0,10% im Juli.

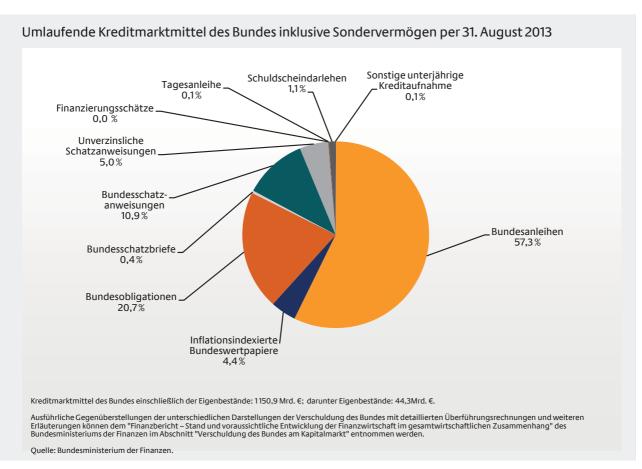
Kreditaufnahme von Bund und Sondervermögen – Umsetzung des Emissionskalenders

Bis einschließlich August 2013 betrug der Bruttokreditbedarf von Bund und Sondervermögen 178,2 Mrd. €. Hierzu wurden festverzinsliche Bundeswertpapiere in Höhe von 172,4 Mrd. €, inflationsindexierte Bundeswertpapiere in Höhe von 7,0 Mrd. € und sonstige Instrumente in Höhe von 1,7 Mrd. € aufgenommen, wobei für den Kauf von Bundeswertpapieren am Sekundärmarkt 3,1 Mrd. € eingesetzt wurden.

Die Übersicht "Emissionsvorhaben des Bundes im 3. Quartal" zeigt die Kapitalund Geldmarktemissionen im Rahmen des Kalenders sowie die sonstigen Emissionen.

Der Schuldendienst von Bund und Sondervermögen in Höhe von 190,4 Mrd. € (davon 162,4 Mrd. € Tilgungen und 28,0 Mrd. € Zinsen) überstieg den Bruttokreditbedarf um 12,2 Mrd. €. Diese Finanzierungen waren durch Kassen- oder Haushaltsmittel aufzubringen.

Die aufgenommenen Kredite wurden im Umfang von 169,0 Mrd. € für die Finanzierung des Bundeshaushaltes, von 6,6 Mrd. € für den Finanzmarktstabilisierungsfonds und von 2,6 Mrd. € für den Investitions- und Tilgungsfonds eingesetzt.



FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2013 in Mrd. €

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
							in Mrd. €	•					
Inflations indexierte Bundes wert papiere	-	-	-	11,0	-	-	-	-					11,0
Anleihen	24,0	-	-	-	-	-	22,0	-					46,0
Bundesobligationen	-	-	-	17,0	-	-	-	-					17,0
Bundesschatzanweisungen	-	-	18,0	-	-	17,0	-	-					35,0
U-Schätze des Bundes	7,0	7,0	7,0	7,0	3,0	3,0	7,0	7,2					48,2
Bundesschatzbriefe	0,2	0,1	0,2	0,2	0,1	0,1	0,3	0,6					1,8
Finanzierungsschätze	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0					0,2
Tagesanleihe	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0					0,2
Schuldscheindarlehen	-	-	0,0	-	-	0,0	0,0	-					0,0
Sonstige unterjährige Kreditaufnahme	-	-	0,6	-	-	2,2	-	-					2,9
Sonstige Schulden gesamt	-0,0	-0,0	-0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0					-0,0
Gesamtes Tilgungsvolumen	31,3	7,2	25,9	35,3	3,1	22,4	29,4	7,8					162,4

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2013 in Mrd. €

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul in Mrd. •	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
Gesamte Zinszahlungen und Sondervermögen Entschädigungsfonds	10,8	0,8	0,1	3,5	0,0	0,4	12,3	0,1					28,0

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Emissionsvorhaben des Bundes im 3. Quartal 2013 Kapitalmarktinstrumente

WKN113743			erster Zinstermin 11. September 2014		
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137438	Aufstockung	18. September 2013	2 Jahre/fällig 11. September 2015 Zinslaufbeginn 23. August 2013	5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE00011002325 WKN 110232	Neuemission	11. September 2013	10 Jahre/fällig 15. August 2023 Zinslaufbeginn 15. August 2013 erster Zinstermin 15. August 2014	5 Mrd. €	5 Mrd.€
Bundesobligation ISIN DE0001141679 WKN 114164	Neuemission	4. September 2013	5 Jahre/fällig 12. Oktober 2018 Zinslaufbeginn 6. September 2013 erster Zinstermin 12. Oktober 2014	5 Mrd.€	5 Mrd.€
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137438 WKN 113743	Neuemission	21. August 2013	2 Jahre/fällig 11. September 2015 Zinslaufbeginn 23. August 2013 erster Zinstermin 11. September 2014	5 Mrd. €	5 Mrd.€
Bundesanleihe ISIN DE0001102317 WKN 110231	Aufstockung	14. August 2013	10 Jahre/fällig 15. Mai 2023 Zinslaufbeginn 15. Mai 2013 erster Zinstermin 15. Mai 2014	4 Mrd.€	4 Mrd.€
Bundesobligation ISIN DE0001141661 WKN 114166	Aufstockung	7. August 2013	5 Jahre/fällig 13. April 2018 Zinslaufbeginn 13. April 2013 erster Zinstermin 13. April 2014	4 Mrd. €	4 Mrd.€
Bundesanleihe ISIN DE0001135481 WKN 113548	Aufstockung	31. Juli 2013	30 Jahre fällig/4. Juli 2044 Zinslaufbeginn 27. April 2012 erster Zinstermin 4. Juli 2013	2 Mrd. €	2 Mrd.€
Bundesanleihe ISIN DE0001102317 WKN 110231	Aufstockung	17. Juli 2013	10 Jahre/fällig 15. Mai 2023 Zinslaufbeginn 15. Mai 2013 erster Zinstermin 15. Mai 2014	4 Mrd. €	4 Mrd.€
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137420 WKN113742	Aufstockung	10. Juli 2013	2 Jahre/fällig 12. Juni 2015 Zinslaufbeginn 17. Mai 2013 erster Zinstermin 12. Juni 2014	5 Mrd. €	5 Mrd.€
Bundesobligation ISIN DE0001141661 WKN 114166	Aufstockung	3. Juli 2013	5 Jahre/fällig 13. April 2018 Zinslaufbeginn 13. April 2013 erster Zinstermin 13. April 2014	4 Mrd.€	4 Mrd. €
Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissions- kalender)	Volumen Ist

 $^{^1} Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Emissionsvorhaben des Bundes im 3. Quartal 2013 Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissions- kalender)	Volumen ¹ Ist
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119865 WKN 111986	Neuemission	8. Juli 2013	6 Monate/fällig 15. Januar 2014	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119873 WKN 111987	Neuemission	22. Juli 2013	12 Monate/fällig 23. Juli 2014	3 Mrd. €	3 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119881 WKN 111988	Neuemission	12. August 2013	6 Monate/fällig 12. Februar 2014	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119899 WKN 111989	Neuemission	26. August 2013	12 Monate/fällig 27. August 2014	3 Mrd. €	3 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119907 WKN 111990	Neuemission	9. September 2013	6 Monate/fällig 12. März 2014	3 Mrd. €	3 Mrd.€
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119915 WKN 111991	Neuemission	23. September 2013	12 Monate/fällig 24. September 2014	ca. 3 Mrd. €	
			3. Quartal 2013 insgesamt	ca. 20 Mrd. €	

¹Volumen einschließlich Marktpflegequote.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Emissionsvorhaben des Bundes im 3. Quartal 2013 Sonstiges

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissions- kalender)	Volumen ¹ Ist
Inflationsindexierte Bundesobligation ISIN DE0001030534 WKN 1030534	Aufstockung	9. Juli 2013	7 Jahre/fällig 15. April 2018 Zinslaufbeginn 15. April 2011 erster Zinstermin 15. April 2012	2 - 3 Mrd. €/ 1,0 Mrd. €	1,0 Mrd. €
Inflations indexierte Bundes an leihe ISIN DE0001030542 WKN 103054	Aufstockung	10. September 2013	10 Jahre/fällig 15. April 2023 Zinslaufbeginn 23. März 2012 erster Zinstermin 15. April 2013	2 - 3 Mrd. €/ 1,0 Mrd. €	1,0 Mrd. €
			3. Quartal 2013 insgesamt	2 - 3 Mrd.€/ 2,0 Mrd. €	2 Mrd. €

¹Volumen einschließlich Marktpflegequote.

TERMINE, PUBLIKATIONEN

Termine, Publikationen

Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

24./25. Oktober 2013	Europäischer Rat in Brüssel
14./15. November 2013	Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
9./10. Dezember 2013	Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
19./20. Dezember 2013	Europäischer Rat in Brüssel
27./28. Januar 2014	Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel

Veröffentlichungskalender¹ der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
November 2013	Oktober 2013	21. November 2013
Dezember 2013	November 2013	20. Dezember 2013
Januar 2014	Dezember 2013	31. Januar 2014
Februar 2014	Januar 2014	21. Februar 2014
März 2014	Februar 2014	25. März 2014
April 2014	März 2014	22. April 2014
Mai 2014	April 2014	22. Mai 2014
Juni 2014	Mai 2014	20. Juni 2014
Juli 2014	Juni 2014	21. Juli 2014
August 2014	Juli 2014	22. August 2014
September 2014	August 2014	22. September 2014
Oktober 2014	September 2014	20. Oktober 2014
November 2014	Oktober 2014	21. November 2014
Dezember 2014	November 2014	19. Dezember 2014

¹ Nach IWF-Special Data Dissemination Standard (SDDS), siehe http://dsbb.imf.org.

TERMINE, PUBLIKATIONEN

Publikationen des BMF

Das Bundesministerium der Finanzen hat folgende Publikation neu herausgegeben:

24. Subventionsbericht (Kurz- und Langfassung)

Steuern von A bis Z (Ausgabe 2013)

Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

broschueren@bmf.bund.de

Zentraler Bestellservice:

Telefon: 01805 / 77 80 90¹ Telefax: 01805 / 77 80 94¹

 $^{1} Je weils~0,14 \in /~Min.~aus~dem~Festnetz~der~Telekom,~abweichende~Preise~aus~anderen~Netzen~m\"{o}glich.$

Internet:

http://www.bundesfinanzministerium.de

http://www.bmf.bund.de

Über	sichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	59
1	Kreditmarktmittel	59
2	Gewährleistungen	60
3	Kennziffern SDDS - Central Government Operations - Haushalt Bund	61
4	Kennziffern SDDS - Central Government Debt - Schulden Bund	63
5	Bundeshaushalt 2012 bis 2017	65
6	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren	
	2012 bis 2017	66
7	Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen,	
	Soll 2013	68
8	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2013	72
9	Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushalts	74
10	Steueraufkommen nach Steuergruppen	76
11	Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	78
12	Entwicklung der Staatsquote	79
13	Schulden der öffentlichen Haushalte	80
14	Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte	83
15	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	84
16	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	85
17	Steuerquoten im internationalen Vergleich	86
18	Abgabenquoten im internationalen Vergleich	87
19	Staatsquoten im internationalen Vergleich	88
20	Entwicklung der EU-Haushalte 2011 bis 2012	89
Über	sichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	90
1	Entwicklung der Länderhaushalte bis August 2013 im Vergleich zum Jahressoll 2013	90
Abb.	Vergleich der Finanzierungsdefizite je Einwohner 2012/2013	90
2	Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der	
	Länder bis August 2013	91
3	Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis August 2013	93
Gesa	mtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten	97
1	Produktionslücken, Budgetsemielastizität und Konjunkturkomponenten	98
2	Produktionspotenzial und -lücken	99
3	Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten	
	Potenzialwachstum	100
4	Bruttoinlandsprodukt	101
5	Bevölkerung und Arbeitsmarkt	103
6	Kapitalstock und Investitionen	107
7	Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität	108
8	Preise und Löhne	109

Kenn	zahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	111
1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	111
2	Preisentwicklung	
3	Außenwirtschaft	113
4	Einkommensverteilung	114
5	Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich	115
6	Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	116
7	Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich	
8	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten	
	Schwellenländern	118
9	Übersicht Weltfinanzmärkte	119
Abb.	Entwicklung von DAX und Dow Jones	
10	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF	
	zu BIP, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote	121
11	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF	
	zu Haushaltssalden, Staatsschuldenquote und Leistungsbilanzsaldo	125

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Kreditmarktmittel

in Mio. €

	Stand:	Zunahmo	0 0 6 000 0	Stand:
	31. Juli 2013	Zullallille	Abilalilie	31. August 2013
Glieder	ing nach Schuldenarte	en		
Inflations indexier te Bundes wert papiere	51 000	0	0	51 000
Anleihen ¹	653 000	6 000	0	659 000
Bund-Länder-Anleihe	405	0	0	405
Bundesobligationen	234 000	4 000	0	238 000
Bundesschatzbriefe ²	5 557	0	572	4986
Bundesschatzanweisungen	121 000	5 000	0	126 000
Unverzinsliche Schatzanweisungen	57 217	6 997	7 228	56 986
Finanzierungsschätze ³	85	0	16	69
Tagesanleihe	1 499	0	20	1 480
Schuldscheindarlehen	11 992	230	0	12 222
sonstige unterjährige Kreditaufnahme	1 125	0	0	1 125
Kreditmarktmittel insgesamt	1 136 882			1 151 273

	Stand:		Stand:
	31. Juli 2013		31. August 2013
Gliederu	ng nach Restlaufzeite	en	
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	207 948		207 355
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	366 074		371 083
langfristig (mehr als 4 Jahre)	562 859		572 836
Kreditmarktmittel insgesamt	1 136 882		1 151 273

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Ausführliche Gegenüberstellungen der unterschiedlichen Darstellungen der Verschuldung des Bundes mit detaillierten Überführungsrechnungen und weiteren Erläuterungen können dem "Finanzbericht – Stand und voraussichtliche Entwicklung der Finanzwirtschaft im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang" des Bundesministeriums der Finanzen im Abschnitt "Verschuldung des Bundes am Kapitalmarkt" entnommen werden.

 $^{^1}$ 10- und 30-jährige Anleihen des Bundes und \in -Gegenwert der US-Dollar-Anleihe.

² Bundesschatzbriefe der Typen A und B.

³ 1-jährige und 2-jährige Finanzierungsschätze.

Tabelle 2: Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen 2013	Belegung am 30. September 2013	Belegung am 30. September 2012
		in Mrd. €	
Ausfuhren	145,0	132,2	124,0
Kredite an ausländische Schuldner, Direktinvestitionen im Ausland, EIB-Kredite, Kapitalbeteiligung der KfW am EIF	60,0	42,4	41,4
FZ-Vorhaben	12,5	5,7	4,0
Ernährungsbevorratung	0,7	0,0	0,0
Binnenwirtschaft und sonstige Zwecke im Inland	160,0	107,7	108,5
Internationale Finanzierungsinstitutionen	62,0	56,2	56,1
Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen	1,2	1,0	1,0
Zinsausgleichsgarantien	8,0	8,0	8,0
Garantien für Kredite an Griechenland gemäß dem Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz vom 7. Mai 2010	22,4	22,4	22,4
Garantien gemäß dem Gesetz zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus vom 22. Mai 2010	211,0	95,3	142,1

Tabelle 3: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS) Central Government Operations - Haushalt Bund

				Central Governr	ment Operations		
		Ausgaben	Einnahmen	Finanzierungs- saldo	Kassenmittel	Münzein- nahmen	Kapitalmarkt- saldo/ Nettokredit- aufnahme
		Expenditure	Revenue	Financing	Cash shortfall	Adjusted for revenue of coin	Current financia market balance/Net borrowing
				in Mio	. €/€ m		
2013	Dezember	-	-	-	-	-	-
	November	-	-	-	-	-	-
	Oktober	-	-	-	-	-	-
	September	228 296	202 085	-26 162	-21 798	119	-4 245
	August	206 802	176 302	-30 448	-23 274	124	-7 050
	Juli	185 785	156 321	-29 418	-30 261	111	954
	Juni	150 687	132 239	-18 410	-19 709	68	1 3 6 7
	Mai	128 869	103 903	-24 939	-22 699	64	-2 176
	April	104 661	83 276	-21 371	-34 642	- 58	13 213
	März	79 772	60 452	-19 306	-24 193	- 107	4780
	Februar	59 487	35 678	-23 786	-24 082	- 128	168
	Januar	37510	17 690	-19 803	-23 157	- 132	3 222
2012	Dezember	306 775	283 956	-22 774	0	293	-22 480
	November	281 560	240 077	-41 410	-8 531	129	-32 749
	Oktober	258 098	220 585	-37 447	-21 107	162	-16 178
	September	225 415	199 188	-26 173	-10 344	132	-15 697
	August	193 833	156 426	-37 352	-19 849	123	-17379
	Juli	184344	153 957	-30 335	-24 804	122	-5 408
	Juni	148 013	129 741	-18 231	-1 608	107	-16515
	Mai	127 258	101 691	-25 526	-6 259	71	-19 195
	April	108 233	81 374	-26 836	-28 134	- 1	1 298
	März	82 673	58 613	-24 040	-21 711	- 77	-2 406
	Februar	62 345	35 423	-26 907	-16 750	- 98	-10 254
	Januar	42 651	18 162	-24 484	-24357	- 123	- 250
2011	Dezember	296 228	278 520	-17 667	0	324	-17 343
2011	November	273 451	233 578	-39 818	-5 359	179	-34 280
	Oktober	250 645	214 035	-36 555	-13 661	181	-22 712
	September	227 425	192 906	-34 465	-8 069	152	-26 244
	August	206 420	169 910	-36 459	536	144	-36 851
	_	185 285	150 535	-34 709	-4344	162	-30 202
	Juli Juni	150 304	127 980	-22 288	13 211	164	-35 335
		129 439	102 355	-27 051	9300	94	-36 257
	Mai	109 028	80 147	-28 849	-20 282	24	-8 544
	April	83 915	58 442	-25 449	-8 936	-41	-16 554
	März					-93	
	Februar	63 623	34012	-29 593 25 140	-17 844		-11 841
	Januar	42 404	17 245	-25 149	-21 378	- 90	-3 861

noch Tabelle 3: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS) Central Government Operations - Haushalt Bund

			Central Governr	ment Operations		
	Ausgaben	Einnahmen	Finanzierungs- saldo	Kassenmittel	Münzein- nahmen	Kapitalmarkt- saldo/ Nettokredit- aufnahme
	Expenditure	Revenue	Financing	Cash shortfall	Adjusted for revenue of coin	Current financia market balance/Net borrowing
			in Mio	. €/€ m		
2010 Dezember	303 658	259 293	-44 323	0	311	-44 011
November	278 005	217 455	-60 499	-8 629	136	-51 733
Oktober	254 887	200 042	-54 793	-15 223	149	-39 421
September	230 693	181 230	-49 412	-8 532	125	-40 755
August	209 871	160 620	-49 202	-7 736	125	-41 341
Juli	188 128	143 120	-44 982	-14368	142	-30 471
Juni	155 292	122 389	-32 877	4 465	78	-37 264
Mai	129 243	94 005	-35 209	7 707	45	-42 870
April	107 094	74930	-32 137	-2 388	-38	-29 788
März	81 856	53 961	-27 883	3 657	- 93	-31 633
Februar	60 455	31 940	-28 499	- 653	- 115	-27 962
Januar	40 352	16 498	-23 844	-14862	- 137	-9118
2009 Dezember	292 253	257 742	-34 461	0	313	-34 148
November	270 186	223 109	-47 010	-2 761	166	-44 083
Oktober	243 983	204 784	-39 150	-14 675	188	-24 287
September	218 608	187 996	-30 571	-11 194	174	-19 203
August	196 426	166 640	-29 747	-8 420	151	-21 176
Juli	176 517	148 441	-28 039	-9 391	134	-18 514
Juni	141 466	126 776	-14 658	11 937	112	-26 483
Mai	120 470	102 330	-18 112	-8 023	67	-10 022
April	101 674	79 274	-22 381	-27 150	-2	4767
März	78 026	60 667	-17 355	-18 273	-87	832
Februar	57 615	36 464	-21 152	-19 760	- 122	-1 513
Januar	39 796	17 472	-22 323	-22 607	- 117	167

Tabelle 4: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS) Central Government Debt - Schulden Bund

				Central Government D	ebt	
		Kr	editmarktmittel, Glied	derung nach Restlaufz	eiten	Gewährleistunger
			Outsta	nding debt		Gewannerstunger
		Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	Mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	Langfristig (mehr als 4 Jahre)	Kreditmarktmittel insgesamt	Debt guaranteed
		Short term	Medium term	Long term	Total outstanding debt	
			in Mi	o. €/€ m		in Mrd. €/€ bn
2013	Dezember	-	-	-	-	-
	November	-	-	-	-	-
	Oktober	-	-	-	-	-
	September	-	-	-	-	470
	August	207 355	371 083	572 836	1 151 273	-
	Juli	207 948	366 074	562 859	1 136 882	-
	Juni	205 135	366 991	572 752	1 144 877	474
	Mai	207 541	377 104	562 867	1 147 512	-
	April	204 592	372 173	551 886	1 128 651	-
	März	216 723	368 251	558 954	1 143 928	472
	Februar	219 648	378 264	549 986	1 147 897	-
	Januar	219 615	357 434	554028	1 131 078	-
2012	Dezember	219 752	356 500	563 082	1 139 334	470
	November	220 844	367 559	563 217	1 151 620	-
	Oktober	217 836	362 636	549 262	1 129 734	-
	September	216 883	357 763	555 802	1 130 449	508
	August	221 918	369 000	540 581	1 131 499	-
	Juli	221 482	364 665	532 694	1 118 841	-
	Juni	226 289	358 836	542 876	1 128 000	459
	Mai	226 511	367 003	535 842	1 129 356	-
	April	226 581	362 000	524 423	1 113 004	-
	März	214 444	351 945	545 695	1 112 084	454
	Februar	217 655	364 983	535 836	1 118 475	-
		219 621	344 056	542 868	1 106 545	-
2011	Januar	222 506	341 194	553 871	1 117 570	378
2011	Dezember	228 850	353 022	549 155	1 131 028	-
	November Oktober	232 949	346 948	536 229	1 116 125	_
		239 900	341 817	545 495	1 127 211	376
	September	237 224	357 519	534 543	1 129 286	310
	August	239 195	350 434	528 649	1 118 277	
	Juli					261
	Juni	238 249	351 835	538 272	1 128 355	361
	Mai	232 210	364702	534 474	1 131 385	-
	April	236 083	357 793	523 533	1 117 409	-
	März	240 084	349 779	525 593	1 115 457	348
	Februar	234 948	362 885	514 604	1 112 437	-
	Januar	239 055	338 972	522 579	1 100 606	-

noch Tabelle 4: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS) Central Government Debt - Schulden Bund

				Central Government D	ebt	
		Kr	editmarktmittel, Glied	derung nach Restlaufz	eiten	Gewährleistungen
			Outsta	nding debt		Gewanneistungen
		Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	Mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	Langfristig (mehr als 4 Jahre)	Kreditmarktmittel insgesamt	Debt guaranteed
		Short term	Medium term	Long term	Total outstanding debt	
			in Mi	io. €/€ m		in Mrd. €/€ bn
2010 Dez	ember	234 986	335 073	534 991	1 105 505	343
Nov	vember	231 952	347 673	526 944	1 106 568	-
Okto	ober	232 952	341 728	515 041	1 089 721	-
Sep	tember	233 889	336 633	526 289	1 096 811	336
Aug	just	233 001	346 511	513 508	1 093 020	-
Juli		232 000	339 551	507 692	1 079 243	-
Juni		227 289	332 426	517 873	1 077 587	335
Mai		232 294	341 244	512 071	1 085 609	-
Apri	il	238 248	334 207	499 124	1 071 579	-
Mär	rz	240 583	326 118	502 193	1 068 193	311
Feb	ruar	242 829	335 135	491 171	1 069 135	-
Janu	uar	245 822	328 119	480 327	1 054 268	-
2009 Dez	ember	243 437	320 444	489 805	1 053 686	341
Nov	vember	251 872	329 401	487 457	1 068 730	-
Okt	ober	254 058	323 454	476 480	1 053 992	-
Sep	tember	257 522	315 355	483 546	1 056 424	328
Aug	just	251 615	320 988	471 494	1 044 097	-
Juli		248 055	320 433	465 971	1 034 460	-
Juni		250 611	318 393	482 266	1 051 270	325
Mai		239 984	330 289	469 327	1 039 601	-
Apri	il	229 180	322 200	456 371	1 007 751	-
Mär		214 171	306 352	482 537	1 003 060	319
Feb	ruar	211 359	313 238	470 572	995 170	-
Janu	uar	202 507	323 261	464 608	980 375	-

 $^{^{1}} Ge w\"{a}hr leist ungsdaten werden quartalsweise gemeldet.$

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 5: Bundeshaushalt 2012 bis 2017 Gesamtübersicht

	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Gegenstand der Nachweisung	Ist	Soll ¹	Entwurf		Finanzplan	
			Mr	d.€		
1. Ausgaben	306,8	310,0	292,4	299,6	308,3	317,7
Veränderung gegen Vorjahr in %	+3,6	+1,1	- 4,7	+1,4	+2,9	+3,0
2. Einnahmen ²	284,0	284,6	289,0	299,3	308,0	317,4
Veränderung gegen Vorjahr in %	+2,0	+0,2	+1,5	+3,6	+2,9	+3,1
darunter:						
Steuereinnahmen	256,1	260,6	268,7	279,4	292,9	300,5
Veränderung gegen Vorjahr in %	+3,2	+1,8	+3,1	+4,0	+4,9	+2,6
3. Finanzierungssaldo	-22,8	-25,4	-6,5	-0,3	-0,3	-0,3
in % der Ausgaben	7,4	8,2	2,2	0,1	0,1	0,1
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos						
4. Bruttokreditaufnahme³ (-)	245,2	240,1	216,5	201,6	178,8	220,3
5. sonst. Einnahmen und haushalterische Umbuchungen	9,9	9,2	-1,3	0,0	-2,6	0,7
6. Tilgungen (+)	232,6	224,2	209,0	201,6	176,2	221,0
7. Nettokreditaufnahme	22,5	25,1	6,2	0,0	0,0	0,0
8. Münzeinnahmen	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3
Nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	36,3	34,8	29,7	25,2	24,9	24,7
Veränderung gegen Vorjahr in %	+43,0	- 4,8	- 14,8	- 15,2	- 1,1	- 0,6
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	0,6	1,5	2,0	2,5	2,5	2,5

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Stand: Juli 2013.

¹Inklusive Nachtrag 2013.

 $^{^2}$ Gem. BHO \S 13 Absatz 4.2 ohne Münzeinnahmen.

 $^{^3\,\}mathrm{Nach}\,\mathrm{Ber\"{u}cksichtigung}\,\mathrm{der}\,\mathrm{Eigenbestandsver\"{a}nderung}$

Tabelle 6: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2012 bis 2017

	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Ausgabeart	Ist	Soll ¹	Entwurf		Finanzplan	
			in Mi	o.€		
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	28 046	28 478	28 318	28 094	27 981	27 867
Aktivitätsbezüge	20 619	20 825	20 624	20 320	20 121	19 975
Ziviler Bereich	9 289	10 501	10 561	10 601	10 606	10 638
Militärischer Bereich	11 331	10324	10 063	9719	9515	9 3 3 7
Versorgung	7 427	7 653	7 694	7 774	7 861	7 892
Ziviler Bereich	2 538	2 651	2 695	2 733	2 729	2716
Militärischer Bereich	4889	5 003	4 999	5 041	5 131	5 176
Laufender Sachaufwand	23 703	24 642	24 348	24 280	24 381	24 379
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1384	1 343	1 282	1 292	1 295	1 301
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	10287	10 396	10 174	10 143	10 279	10395
Sonstiger laufender Sachaufwand	12 033	12 903	12 893	12 845	12 807	12 682
Zinsausgaben	30 487	31 596	29 034	31 312	32 458	34 127
an andere Bereiche	30 487	31 596	29 034	31312	32 458	34 127
Sonstige	30 487	31 596	29 034	31312	32 458	34 127
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	30 446	31 554	28 992	31 271	32 417	34 085
an Ausland	0	0	0	-	0	(
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	187 734	190 271	184 995	191 453	199 435	207 321
an Verwaltungen	17 090	27 419	20 792	21 073	26 429	31 196
Länder	11 529	13 498	14 158	14318	14595	15 012
Gemeinden	8	9	7	7	6	5
Sondervermögen	5 552	13 912	6 626	6 747	11828	16 178
Zweckverbände	1	1	1	1	1	C
an andere Bereiche	170 644	162 852	164 203	170 380	173 006	176 125
Unternehmen	24 225	25 872	26 256	26 264	26 236	26 219
Renten, Unterstützungen u.ä. an natürliche Personen	26 307	26 456	26 492	26 885	27 114	27 264
an Sozialversicherung	113 424	103 453	103 796	110 051	112318	115 603
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	1 668	1 697	1 865	1 871	1874	1 878
an Ausland	5 0 1 7	5 3 7 2	5 792	5 3 0 7	5 462	5 160
an Sonstige	2	2	2	2	2	2
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	269 971	274 987	266 695	275 140	284 256	293 694

¹ Inklusive Nachtrag 2013.

noch Tabelle 6: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2012 bis 2017

	2012	2013	2014	2015	2016	2017		
Ausgabeart	Ist	Soll ¹	Entwurf		Finanzplan			
	in Mio. €							
Ausgaben der Kapitalrechnung								
Sachinvestitionen	7 760	8 248	7 408	7 229	7 220	7 208		
Baumaßnahmen	6 147	6 703	5 9 1 7	5 776	5719	5 5 6 2		
Erwerb von beweglichen Sachen	983	964	928	926	904	900		
Grunderwerb	629	581	563	528	596	746		
Vermögensübertragungen	16 005	15 304	16 631	16 759	16 590	16 408		
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	15 524	14 692	16 019	16 150	15 982	15 799		
an Verwaltungen	5 789	4800	4788	4761	4712	4 651		
Länder	5 152	4737	4709	4 676	4 624	4 566		
Gemeinden und Gemeindeverbände	56	62	78	84	87	85		
Sondervermögen	581	1	1	1	1	1		
an andere Bereiche	9 735	9 892	11 230	11 389	11 271	11 148		
Sonstige - Inland	6234	6396	6 3 7 9	6 550	6 475	6 3 6 2		
Ausland	3 501	3 497	4 851	4839	4 795	4786		
Sonstige Vermögensübertragungen	480	612	612	609	608	609		
an andere Bereiche	480	612	612	609	608	609		
Unternehmen - Inland	4	42	30	30	30	30		
Sonstige - Inland	129	146	134	132	129	129		
Ausland	348	424	449	447	449	450		
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	13 040	11 864	6 230	1 774	1 669	1 724		
Darlehensgewährung	2 736	3 002	1 744	1 773	1 668	1 629		
an Verwaltungen	1	1	1	1	1	1		
Länder	1	1	1	1	1	1		
an andere Bereiche	2 735	3 001	1 744	1 772	1 668	1 629		
Sonstige - Inland (auch Gewährleistungen)	1 070	1 380	1 330	1 384	1 269	1 204		
Ausland	1 666	1 621	414	388	399	425		
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	10304	8 862	4 486	1	1	95		
Inland	0	175	143	1	1	95		
Ausland	10304	8 687	4 3 4 3	0	0	(
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung	36 804	35 415	30 270	25 762	25 478	25 340		
Darunter: Investive Ausgaben	36 324	34 804	29 658	25 153	24871	24731		
Globale Mehr-/Minderausgaben	0	- 402	-1 565	-1 302	-1 434	-1 334		
Ausgaben zusammen	306 775	310 000	295 400	299 600	308 300	317 700		

¹ Inklusive Nachtrag 2013.

Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2013¹

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisunger und Zuschüss	
Funktion	Ausgabengruppe		in Mio. €					
0	Allgemeine Dienste	72 949	58 873	24 939	19 889	-	14 045	
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	13 329	13 117	3 697	1 520	-	7 9 0 0	
02	Auswärtige Angelegenheiten	17 950	4885	541	183	-	4161	
03	Verteidigung	32 807	32 607	15327	16 244	-	1 0 3 6	
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	4 5 2 5	4 0 3 9	2 470	1 235	-	334	
05	Rechtsschutz	459	427	291	110	-	26	
06	Finanzverwaltung	3 878	3 798	2614	597	-	587	
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	18 952	15 608	507	936	-	14 165	
13	Hochschulen	4794	3 880	11	10	-	3 859	
14	Förderung für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dgl.	2 675	2 672	-	-	-	2 672	
15	Sonstiges Bildungswesen	273	203	10	67	-	126	
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	10 459	8 3 1 5	485	854	-	6976	
19	Übrige Bereiche aus 1	751	539	1	5	-	533	
2	Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	145 124	144 568	190	397	-	143 981	
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	98 861	98 861	54	-	-	98 807	
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.	6 475	6 474	-	5	-	6 469	
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 432	2 005	-	29	-	1 976	
25	Arbeitsmarktpolitik	31 925	31 807	1	79	-	31 727	
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII	343	340	-	25	-	315	
29	Übrige Bereiche aus 2	5 089	5 082	135	260	-	4 687	
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	1 740	1 013	342	347	-	324	
31	Gesundheitswesen	536	473	201	213	-	59	
32	Sport und Erholung	132	115	-	4	-	110	
33	Umwelt- und Naturschutz	427	258	86	71	-	101	
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	646	167	54	59	-	53	
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 315	815	-	11	-	804	
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	1714	805	-	2	-	804	
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung	595	10	-	10	-		
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	6	-	-	-	-	-	
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	975	559	13	215	-	331	
52	Landwirtschaft und Ernährung	947	535	-	206	-	329	
522	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	162	162	-	104	-	58	
529	Übrige Bereiche aus 52	786	374	-	102	-	271	
599	Übrige Bereiche aus 5	27	24	13	9	-	2	

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2013¹

		Sach- investitionen	Vermögens- übertragung en	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung ^a	^a Darunter: Investive Ausgaben
Funktion	Ausgabengruppe			in Mio. €		
0	Allgemeine Dienste	1 063	2 698	10 315	14 076	14 048
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	211	2	-	212	212
02	Auswärtige Angelegenheiten	150	2 607	10 308	13 065	13 064
03	Verteidigung	135	59	7	201	174
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	455	31	-	486	486
05	Rechtsschutz	32	-	-	32	32
06	Finanzverwaltung	80	0	-	80	80
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	135	3 208	-	3 344	3 344
13	Hochschulen	1	912	-	913	913
14	Förderung für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dgl.	-	4	-	4	4
15	Sonstiges Bildungswesen	0	70	-	70	70
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	134	2011	-	2 145	2 145
19	Übrige Bereiche aus 1	0	211	-	212	212
2	Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	5	550	1	556	14
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung		-	-	-	-
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.		0	-	0	0
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	1	425	1	427	3
25	Arbeitsmarktpolitik		118	-	118	-
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII		3	-	3	3
29	Übrige Bereiche aus 2	4	4	-	7	7
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	534	193	-	727	727
31	Gesundheitswesen	55	8	-	63	63
32	Sport und Erholung	-	17	-	17	17
33	Umwelt- und Naturschutz	4	165	-	169	169
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	476	3	-	479	479
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	-	1 496	4	1 500	1 500
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	-	905	4	909	909
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung	-	585	-	585	585
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	-	6	-	6	6
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	3	412	1	415	415
52	Landwirtschaft und Ernährung	-	411	1	412	412
522	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	-	-	-	-	-
529	Übrige Bereiche aus 52	-	411	1	412	412
599	Übrige Bereiche aus 5	3	1	_	3	3

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2013¹

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisunger und Zuschüsse		
Funktion	Ausgabengruppe	in Mio. €							
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	4 589	2 465	66	461	-	1 938		
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz	25	-	-	-	-	-		
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 576	1 543	-	0	-	1 543		
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	354	306	-	34	-	272		
65	Handel und Tourismus	409	407	-	350	-	57		
66	Geld- und Versicherungswesen	57	15	-	15	-	-		
68	Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	1 488	108	-	42	-	65		
69	Regionale Fördermaßnahmen	601	9	-	8	-	1		
699	Übrige Bereiche aus 6	79	77	66	11	-	-		
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	16 707	4 072	1 003	1 983	-	1 086		
72	Straßen	7 196	1 094	-	947	-	147		
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 778	897	542	286	-	69		
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	4 498	77	-	5	-	72		
75	Luftfahrt	363	194	54	23	-	116		
799	Übrige Bereiche aus 7	2 871	1810	407	722	-	681		
8	Finanzwirtschaft	46 649	47 013	1 418	402	31 596	13 598		
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	13 598	13 598	-	-	-	13 598		
82	Steuern und Finanzzuweisungen	38	-	-	-	-	-		
83	Schulden	31 602	31 602	-	7	31 596	-		
84	Beihilfen, Unterstützungen u. ä.	568	568	568	-	-	-		
88	Globalposten	448	850	850	-	-	-		
899	Übrige Bereiche aus 8	395	395	-	395	-	0		
Summe al	ler Hauptfunktionen	310 000	274 987	28 478	24 642	31 596	190 271		

¹Inklusive Nachtrag 2013.

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2013¹

		Sachin- vestitionen	Vermögens- übertragung en	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung ^a	^a Darunter: Investive Ausgaben
Funktion	Ausgabengruppe			in Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	1	773	1 350	2 124	2 082
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz	-	25	-	25	25
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	-	33	-	33	33
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	-	48	-	48	48
65	Handel und Tourismus	-	2	-	2	2
66	Geld- und Versicherungswesen	-	42	-	42	-
68	Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	-	30	1 350	1380	1380
69	Regionale Fördermaßnahmen	-	592	-	592	592
699	Übrige Bereiche aus 6	1	-	-	1	1
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	6 506	5 935	194	12 635	12 635
72	Straßen	4 693	1 409	-	6 102	6102
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	881	-	-	881	881
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	-	4396	25	4 421	4421
75	Luftfahrt	1	-	169	170	170
799	Übrige Bereiche aus 7	931	130	-	1 062	1 062
8	Finanzwirtschaft	0	38	-	38	38
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	0	-	-	0	0
82	Steuern und Finanzzuweisungen	-	38	-	38	38
83	Schulden	-	-	-	-	-
84	Beihilfen, Unterstützungen u. ä.	-	-	-	-	-
88	Globalposten	-	-	-	-	-
899	Übrige Bereiche aus 8	-	-	-	-	-
Summe a	aller Hauptfunktionen	8 248	15 304	11 864	35 415	34 804

¹Inklusive Nachtrag 2013.

Tabelle 8: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2013 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	2000	2005
degensiand der Nachweisung				Ist-Erge	bnisse				
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	244,4	259
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+8,6	+12,7	+37,5	+2,1	+0,0	-1,4	- 1,0	+3
Einnahmen	Mrd.€	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	220,5	228
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+17,9	+0,2	+6,0	+5,0	+0,0	- 1,5	- 0,1	+ 7
Finanzierungssaldo	Mrd.€	0,6	- 16,9	- 14,1	- 11,6	- 24,6	- 25,8	- 23,9	-3
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-0,4	- 15,3	-27,1	-11,4	-23,9	- 25,6	- 23,8	-3
Münzeinnahmen	Mrd.€	-0,1	-0,4	-27,1	-0,2	-0,7	- 0,2	-0,1	-
Rücklagenbewegung	Mrd.€	0,0	- 1,2	-	-	-	-	-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	0,0	-	-	-	-	-	
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,5	2
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+12,4	+5,9	+6,5	+3,4	+4,5	+0,5	- 1,7	-
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	10,8	1
Anteil a. d. Personalausgaben des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	24,3	21,5	19,8	19,1	0,0	14,4	15,7	1
Zinsausgaben	Mrd.€	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	39,1	3
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+14,3	+23,1	+24,1	+5,1	+6,7	- 6,2	- 4,7	+
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	16,0	1
Anteil an den Zinsausgaben des	%	35,1	35,9	47,6	52,3	0,0	38,7	57,9	5
öffentl. Gesamthaushalts ³									
Investive Ausgaben	Mrd.€	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	28,1	2
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+10,2	+11,0	- 4,4	- 0,5	+8,4	+8,8	- 1,7	+
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	11,5	
Anteil a. d. investiven Ausgaben des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	34,4	35,4	32,0	36,1	0,0	37,0	35,0	3
Steuereinnahmen ¹	Mrd.€	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	198,8	19
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+18,7	+0,5	+6,0	+4,6	+4,7	-3,4	+3,3	+
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	81,3	7
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	90,1	8
Anteil am gesamten	%	54,0	49,2	48,3	47,2	0,0	44,9	42,5	4
Steueraufkommen ³ Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 0,4	- 15,3	- 13,9	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 23,8	- 3
Anteil an den Bundesausgaben	wird.e	0,0	19,1	12,6	8,7	- 23,3	10,8	9,7	1
Anteil a.d. investiven Ausgaben des						•			
Bundes	%	0,1	117,2	86,2	67,0		75,3	84,4	13
Anteil am Finanzierungdsaldo des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	21,2	48,3	47,5	57,0	49,5	45,8	69,9	5
nachrichtlich: Schuldenstand ³									
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	59,2	129,4	238,9	388,4	538,3	1018,8	1 210,9	1 48
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	120,0	204,0	306,3	658,3	774,8	90

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 8: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2013

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

·									
Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013 ¹
- againtaina aar Haariwaisang				Ist-Erge	bnisse				Soll
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	261,0	270,4	282,3	292,3	303,7	296,2	306,8	310
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	0,5	3,6	4,4	3,5	3,9	- 2,4	3,6	1
Einnahmen	Mrd.€	232,8	255,7	270,5	257,7	259,3	278,5	284,0	284
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	1,9	9,8	5,8	- 4,7	0,6	7,4	2,0	C
Finanzierungssaldo	Mrd.€	- 28,2	- 14,7	- 11,8	-34,5	- 44,3	- 17,7	- 22,8	- 25
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 27,9	- 14,3	- 11,5	-34,1	- 44,0	- 17,3	- 22,5	- 25
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,3	-0,4	- 0,3	- 0,3	- 0,3	- 0,3	- 0,3	- (
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	-	-	-	-	-		-	
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	26,1	26,0	27,0	27,9	28,2	27,9	28,0	28
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 1,0	- 0,3	3,7	3,4	0,9	- 1,2	0,7	
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,0	9,6	9,6	9,6	9,3	9,4	9,1	9
Anteil a. d. Personalausgaben des	%	14,9	14,8	15,0	14,4	14,2	13,1	12,9	12
öffentl. Gesamthaushalts ⁴		14,5	14,0	15,0		14,2	13,1	12,9	
Zinsausgaben	Mrd.€	37,5	38,7	40,2	38,1	33,1	32,8	30,5	31
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	0,3	3,3	3,7	- 5,2	- 13,1	- 0,9	- 7,1	3
Anteil an den Bundesausgaben	%	14,4	14,3	14,2	13,0	10,9	11,1	9,9	10
Anteil an den Zinsausgaben des öffentl. Gesamthaushalts ⁴	%	57,9	58,6	59,7	61,0	55,5	43,1	40,9	41
Investive Ausgaben	Mrd.€	22,7	26,2	24,3	27,1	26,1	25,4	36,3	34
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 4,4	15,4	- 7,2	11,5	- 3,8	- 2,7	43,1	- 4
Anteil an den Bundesausgaben	%	8,7	9,7	8,6	9,3	8,6	8,6	11,8	1
Anteil a. d. investiven Ausgaben des									
öffentl. Gesamthaushalts ³	%	33,7	39,9	37,1	25,3	29,5	27,0	39,5	38
Steuereinnahmen ²	Mrd.€	203,9	230,0	239,2	227,8	226,2	248,1	256,1	260
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	7,2	12,8	4,0	- 4,8	- 0,7	9,7	3,2	1
Anteil an den Bundesausgaben	%	78,1	85,1	84,7	78,0	74,5	83,7	83,5	86
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	87,6	90,0	88,4	88,4	87,2	89,1	90,2	91
Anteil am gesamten Steueraufkommen ³	%	41,7	42,8	42,6	43,5	42,6	43,3	42,5	42
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 27,9	- 14,3	- 11,5	- 34,1	- 44,0	- 17,3	- 22,5	- 25
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,7	5,3	4,1	11,7	14,5	5,9	7,3	8
Anteil a.d. investiven Ausgaben des Bundes	%	122,8	54,7	47,4	126,0	168,8	68,3	61,9	72
Anteil am Finanzierungssaldo des öffentl. Gesamthaushalts ⁴	%	- 68,8	-2 254,1	-111,2	- 37,1	- 54,5	- 67,9	- 84,9	- 126
nachrichtlich: Schuldenstand ⁴									
öffentliche Haushalte ³	Mrd.€	1 545,4	1 552,4	1 577,9	1 694,4	2 011,5	2 030,0		
darunter: Bund	Mrd.€	950,3	957,3	985,7	1 053,8	1 287,5	1 282,0		

¹Inklusive Nachtrag 2013.

 $^{^2 {\}it Nach\,Abzug\,der\,Erg\"{a}nzungszuweisungen\,an\,L\"{a}nder.}$

 $^{^3\,\}mathrm{Ab}\,1991\,\mathrm{Gesamt}$ deutschland.

 $^{^4}$ Stand Dezember 2012; 2012, 2013 = Schätzung. Öffentlicher Gesamthaushalt einschließlich Kassenkredite. Bund einschließlich Sonderrechnungen und Kassenkredite.

Tabelle 9: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
				in Mrd. €			
Öffentlicher Gesamthaushalt ¹							
Ausgaben	638,0	649,2	679,2	716,5	717,4	772,3	776,2
Einnahmen	597,6	648,5	668,9	626,5	638,8	746,4	749,9
Finanzierungssaldo	-40,5	-0,6	-10,4	-90,0	-78,7	-25,9	-26,2
davon:							
Bund ²							
Kernhaushalt							
Ausgaben	261,0	270,5	282,3	292,3	303,7	296,2	306,8
Einnahmen	232,8	255,7	270,5	257,7	259,3	278,5	284,0
Finanzierungssaldo	-28,2	-14,7	-11,8	-34,5	-44,3	-17,7	-22,8
Extrahaushalte							
Ausgaben	-	-	-	-	-	75,4	63,7
Einnahmen	-	-	-	-	-	80,6	65,1
Finanzierungssaldo	-	-	-	-	-	5,3	1,3
Bund insgesamt ¹							
Ausgaben	-	-	-	-	-	357,0	353,2
Einnahmen	-	-	-	-	-	344,5	331,7
Finanzierungssaldo	-	-	-	-	-	-12,4	-21,4
Länder ³							
Kernhaushalt							
Ausgaben	260,0	265,5	277,2	287,1	287,3	296,7	299,3
Einnahmen	250,1	273,1	276,2	260,1	266,8	286,4	293,5
Finanzierungssaldo	-10,1	7,6	-1,1	-27,0	-20,6	-10,2	-5,7
Extrahaushalte							
Ausgaben		-	-	-	-	48,4	44,2
Einnahmen	_	-	-	-	-	48,0	44,8
Finanzierungssaldo	_	-	-	-	-	-0,4	0,6
Länder insgesamt ¹							
Ausgaben		-	_	-		319,6	323,6
Einnahmen		-	-	-		308,9	317,9
Finanzierungssaldo		_	_	_	_	-10,6	-5,6
Gemeinden ⁴							
Kernhaushalt							
Ausgaben	157,4	161,5	168,0	178,3	182,3	185,3	187,0
Einnahmen	160,1	169,7	176,4	170,8	175,4	183,6	188,8
Finanzierungssaldo	2,8	8,2	8,4	-7,5	-6,9	-1,7	1,8
Extrahaushalte	_,-	-,-	-,-	,,_	-,-	.,.	.,5
Ausgaben	_	_	_	_	_	12,3	12,2
Einnahmen	_	_	_	_	_	11,1	11,3
Finanzierungssaldo	_		_	_	_	-1,2	-0,9
Gemeinden insgesamt ¹						1,2	5,5
Ausgaben	_	_	_	_	_	194,2	196,6
Einnahmen			_		_	191,3	197,5
Finanzierungssaldo						-2,9	0,9

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 9: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
			Veränderun	gen gegenübe	r Vorjahr in %		
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	1,8	1,7	4,6	5,5	0,1	7,7	0,5
Einnahmen	4,1	8,5	3,2	-6,3	2,0	16,8	0,5
darunter:							
Bund							
Kernhaushalt							
Ausgaben	0,5	3,6	4,4	3,5	3,9	-2,4	3,6
Einnahmen	1,9	9,8	5,8	-4,7	0,6	7,4	2,0
Extrahaushalte							
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	-15,4
Einnahmen	-	-	-	-	-	-	-19,3
Bund insgesamt							
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	-1,1
Einnahmen	-	-	-	-	-	-	-3,7
Länder							
Kernhaushalt							
Ausgaben	0,0	2,1	4,4	3,6	0,1	3,3	0,9
Einnahmen	5,4	9,2	1,1	-5,8	2,6	7,4	2,5
Extrahaushalte							
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	-8,7
Einnahmen	-	-	-	-	-	-	-6,7
Länder insgesamt							
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	1,3
Einnahmen	-	-	-	-	-	-	2,9
Gemeinden							
Kernhaushalt							
Ausgaben	2,8	2,6	4,0	6,1	2,2	1,4	1,1
Einnahmen	6,0	6,0	3,9	-3,2	2,7	4,9	2,6
Extrahaushalte							
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	-0,9
Einnahmen	-	-	-	-	-	-	1,8
Gemeinden insgesamt							
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	1,2
Einnahmen	-	_	_	_			3,2

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

 $Seit \, dem \, Jahr \, 2011 \, werden \, die \, Extrahaushalte \, nach \, dem \, Schalenkonzept \, finanzstatistisch \, dargestellt.$

Stand: September 2013.

¹Gesamtsummen der Gebietskörperschaften sind um Zahlungen zwischen den Ebenen (Verrechnungsverkehr) bereinigt und errechnen sich daher nicht als Summe der einzelnen Ebenen.

² Kernhaushalt, Rechnungsergebnisse.

 $^{^3\,}Kernhaushalte: bis\,2010\,Rechnungsergebnisse.\,Kern-\,und\,Extrahaushalte:\,2011\,und\,2012\,Kassenergebnisse.$

 $^{^4}$ Kernhaushalte: bis 2011 Rechnungsergebnisse; 2012 Kassenergebnisse. Extrahaushalte: 2011 und 2012 Kassenergebnisse.

Tabelle 10: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

			Steueraufkommen		
			dav	on	
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
Jahr		in Mrd. €		in	%
	Gebiet der Bunc	lesrepublik Deutschland r	nach dem Stand bis zum 3.	. Oktober 1990	
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
		Bundesrepublik	Deutschland		
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

		Steuerauf	kommen				
	inconnet		dav	von			
	insgesamt	Direkte Steuern Indirekte Steuern		Direkte Steuern	Indirekte Steuern		
Jahr		in Mrd. €		in%			
		Bundesrepublil	Deutschland				
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9		
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0		
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1		
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5		
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2		
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6		
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5		
2007	538,2	272,1	266,2	50,6	49,4		
2008	561,2	290,2	270,9	51,7	48,3		
2009	524,0	253,5	270,5	48,4	51,6		
2010	530,6	256,0	274,6	48,2	51,8		
2011	573,4	282,7	290,7	49,3	50,7		
2012 ²	600,0	303,8	296,2	50,6	49,4		
2013 ²	615,2	314,3	300,9	51,1	48,9		
2014 ²	638,5	330,7	307,8	51,8	48,2		
2015 ²	661,9	347,8	314,1	52,6	47,4		
2016 ²	683,7	363,2	320,5	53,1	46,9		
2017 ²	704,5	378,6	325,9	53,7	46,3		

¹ Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.06.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zuckerund Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

Stand: Mai 2013.

² Steuerschätzung vom 6. bis 8. Mai 2013.

Tabelle 11: Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten¹ (Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

	Abgrenzung der Vo	lkswirtschaftlichen (Gesamtrechnungen ²	Abgre	enzung der Finanzsta	atistik ³
	Abgabenquote	Steuerquote	Sozialbeitragsquote	Abgabenquote	Steuerquote	Sozialbeitragsquote
Jahr			in Relation z	um BIP in %		
1960	33,4	23,0	10,3			
1965	34,1	23,5	10,6	33,1	23,1	10,0
1970	34,8	23,0	11,8	32,6	21,8	10,7
1975	38,1	22,8	14,4	36,9	22,5	14,4
1980	39,6	23,8	14,9	38,6	23,7	14,9
1985	39,1	22,8	15,4	38,1	22,7	15,4
1990	37,3	21,6	14,9	37,0	22,2	14,9
1991	38,9	22,0	16,8	38,0	22,0	16,0
1992	39,6	22,3	17,2	39,2	22,7	16,4
1993	40,1	22,4	17,7	39,6	22,6	16,9
1994	40,5	22,3	18,2	39,7	22,5	17,2
1995	40,5	21,9	18,5	40,2	22,5	17,6
1996	41,0	21,8	19,2	40,0	21,8	18,1
1997	41,0	21,5	19,5	39,5	21,3	18,2
1998	41,3	22,1	19,2	39,6	21,7	17,9
1999	42,3	23,3	19,0	40,4	22,6	17,7
2000	42,1	23,5	18,6	40,3	22,8	17,5
2001	40,2	21,9	18,4	38,5	21,3	17,2
2002	39,9	21,5	18,4	38,0	20,7	17,3
2003	40,1	21,6	18,5	38,0	20,6	17,4
2004	39,2	21,1	18,1	37,2	20,2	17,0
2005	39,2	21,4	17,9	37,1	20,3	16,8
2006	39,5	22,2	17,3	38,1	21,1	17,0
2007	39,5	23,0	16,5	37,6	22,2	15,4
2008	39,7	23,1	16,5	38,1	22,7	15,4
2009	40,4	23,1	17,3	38,3	22,1	16,3
2010	38,9	22,0	16,9	37,1	21,3	15,8
2011	39,5	22,7	16,7	37,7	22,0	15,8
2012	40,0	23,2	16,8	38,4	22,5	15,9

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). 2009 bis 2012: Vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2013.

 $^{^{\}rm 3}$ Bis 2010: Rechnungsergebnisse. 2011: Kassenergebnisse. 2012: Schätzung.

Tabelle 12: Entwicklung der Staatsquote^{1,2}

		Ausgaben des Staates	
t. b.	t	darunte	er
Jahr	insgesamt	Gebietskörperschaften ³	Sozialversicherung ³
		in Relation zum BIP in %	
1960	32,9	21,7	11,2
1965	37,1	25,4	11,6
1970	38,5	26,1	12,4
1975	48,8	31,2	17,7
1980	46,9	29,6	17,3
1985	45,2	27,8	17,4
1990	43,6	27,3	16,4
1991	46,2	28,2	18,0
1992	47,1	27,9	19,2
1993	48,1	28,2	19,9
1994	48,0	28,0	20,0
1995 ⁴	48,2	27,7	20,6
1995	54,9	34,3	20,6
1996	49,1	27,6	21,4
1997	48,2	27,0	21,2
1998	48,0	26,9	21,1
1999	48,2	27,0	21,3
2000 ⁵	47,6	26,4	21,2
2000	45,1	23,9	21,2
2001	47,6	26,3	21,4
2002	47,9	26,2	21,7
2003	48,5	26,4	22,0
2004	47,1	25,8	21,3
2005	46,9	26,0	20,9
2006	45,3	25,4	19,9
2007	43,5	24,5	19,0
2008	44,1	25,0	19,1
2009	48,3	27,2	21,1
2010	47,9	27,5	20,3
2011	45,2	25,7	19,5
2012	44,7	25,3	19,4

¹Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

² Ausgaben des Staats in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR). Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995).
2009 bis 2012: Vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2013.

³ Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

⁴ Ohne Schuldenübernahmen (Treuhandanstalt; Wohnungswirtschaft der DDR).

⁵ Ohne Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen. In der Systematik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wirken diese Erlöse ausgabensenkend.

Tabelle 13a: Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
			Sc	chulden (Mio. €)			
Öffentlicher Gesamthaushalt ¹	1 357 723	1 429 749	1 489 852	1 545 364	1 552 371	1 577 881	1 694 368
Bund	826 526	869 332	903 281	950 338	957 270	985 749	1 053 814
Kernhaushalte	767 697	812 082	887915	919304	940 187	959 918	991 283
Kreditmarktmittel iwS	760 453	802 994	872 653	902 054	922 045	933 169	973 73
Kassenkredite	7 244	9 088	15 262	17 250	18 142	26 749	17 54
Extrahaushalte	58 829	57 250	15 366	30 056	15 599	25 831	59 53
Kreditmarktmittel iwS	58 829	57 250	15 366	30 056	15 600	23 700	56 53
Kassenkredite	-	-	-	978	1 483	2 131	2 998
Länder	423 666	448 622	471 339	482 783	484 475	483 268	526 74
Kernhaushalte	423 666	448 622	471 339	481 787	483 351	481 918	505 34
Kreditmarktmittel iwS	414 952	442 922	468 214	479 454	480 941	478 738	503 009
Kassenkredite	8 714	5 700	3 125	2 333	2 410	3 180	2 33
Extrahaushalte	-	-	-	996	1124	1 350	21 39
Kreditmarktmittel iwS	-	-	-	986	1124	1 325	20 82
Kassenkredite	-	-	-	10	-	25	57
Gemeinden	107 531	111 796	115 232	112 243	110627	108 863	113 810
Kernhaushalte	100 033	104 193	107 686	109 541	108 015	106 181	111 03
Kreditmarktmittel iwS	84 069	84257	83 804	81 877	79 239	76 381	76 38
Kassenkredite	15 964	19 936	23 882	27 664	28 776	29 801	34 65
Extrahaushalte	7 498	7 603	7 5 4 6	2 702	2 612	2 682	2 77
Kreditmarktmittel iwS	7 429	7 531	7 467	2 649	2 560	2 626	2 72
Kassenkredite	69	72	79	53	52	56	48
nachrichtlich:							
Länder + Gemeinden	531 197	560 417	586 571	595 026	595 102	592 131	640 55
Maastricht-Schuldenstand	1 383 804	1 454 113	1 524 867	1 573 937	1 583 745	1 652 797	1 769 89
nachrichtlich:							
Extrahaushalte des Bundes	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	62 53
ERP-Sondervermögen	19 261	18 200	15 066	14357	-	-	
Fonds "Deutsche Einheit"	39 099	38 650	-	-	-	-	
Entschädigungsfonds	469	400	300	199	100	0	
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation	-	-	-	16 478	16983	17 631	18 49
SoFFin	-	-	-	-	-	8 200	36 54
Investitions- und Tilgungsfonds	-	_	-	-	-	_	7 49

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 13a: Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
			S	chulden (Mio. €)			
Gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	567
Kernhaushalte	-	-	-	-	-	-	531
Kreditmarktmittel iwS	-	-	-	-	-	-	531
Kassenkredite	-	-	-	-	-	-	
Extrahaushalte	-	-	-	-	-	-	36
Kreditmarktmittel iwS	-	-	-	-	-	-	36
Kassenkredite	-	-	-	-	-	-	
			Anteil a	an den Schulden	(in %)		
Bund	60,9	60,8	60,6	61,5	61,7	62,5	62,2
Kernhaushalte	56,5	56,8	59,6	59,5	60,6	60,8	58,5
Extrahaushalte	4,3	4,0	1,0	1,9	1,0	1,6	3,5
Länder	31,2	31,4	31,6	31,2	31,2	30,6	31,
Gemeinden	7,9	7,8	7,7	7,3	7,1	6,9	6,
Gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	0,0
nachrichtlich:							0,0
Länder + Gemeinden	39,1	39,2	39,4	38,5	38,3	37,5	37,8
			Anteil de	r Schulden am B	IP (in %)		
Öffentlicher Gesamthaushalt	63,2	65,1	67,0	66,8	63,9	63,8	71,4
Bund	38,5	39,6	40,6	41,1	39,4	39,8	44,4
Kernhaushalte	35,7	37,0	39,9	39,7	38,7	38,8	41,8
Extrahaushalte	2,7	2,6	0,7	1,3	0,6	1,0	2,5
Länder	19,7	20,4	21,2	20,9	19,9	19,5	22,2
Gemeinden	5,0	5,1	5,2	4,9	4,6	4,4	4,8
Gesetziche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	0,0
nachrichtlich:							
Länder + Gemeinden	24,7	25,5	26,4	25,7	24,5	23,9	27,0
Maastricht-Schuldenstand	64,4	66,2	68,6	68,0	65,2	66,8	74,
	Schulden insgesamt (€)						
je Einwohner	16 454	17 331	18 066	18 761	18 871	19 213	20 698
nachrichtlich:							
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2 147,5	2 195,7	2 224,4	2 313,9	2 428,5	2 473,8	2 374,
Einwohner (30.06.)	82 517 958	82 498 469	82 468 020	82 371 955	82 260 693	82 126 628	81 861 862

 $^{^1} Kredit markt schulden im weiteren Sinne zu züglich Kassen kredite.\\$

 $Quellen: Statistisches \ Bundesamt, eigene \ Berechnungen.$

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 13b: Schulden der öffentlichen Haushalte Neue Systematik¹

	2010	2012	2013
		in Mio. €	
Öffentlicher Gesamthaushalt ²	2 011 677	2 025 438	2 068 289
in Relation zum BIP in %	80,6	77,6	77,6
Bund (Kern- und Extrahaushalte)	1 287 460	1 279 583	1 287 517
Wertpapierschulden und Kredite	1 271 204	1 272 270	1 273 179
Kassenkredite	16 256	7313	14338
Kernhaushalte	1 035 647	1 043 401	1 072 882
Extrahaushalte Wertpapierschulden und Kredite	251 813	236 181	214 635
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation	17 302	11 000	11 395
SoFFin (FMS)	28 552	17 292	20 450
Investitions- und Tilgungsfonds	13 991	21 232	21 265
FMS-Wertmanagement	191 968	186 480	161 520
Sonstige Extrahaushalte des Bundes	0	177	į
Länder (Kern- und Extrahaushalte)	600 110	615 399	644 929
Wertpapierschulden und Kredite	595 180	611 651	638 620
Kassenkredite	4930	3 748	6 304
Kernhaushalte	524 162	532 591	538 389
Extrahaushalte	75 948	82 808	106 54
Gemeinden (Kernhaushalte und Extrahaushalte)	123 569	129 633	135 178
Wertpapierschulden und Kredite	84 363	85 613	87 758
Kassenkredite	39 206	44 020	47 419
Kernhaushalte	115 253	121 092	126 33
Zweckverbände ³ und sonstige Extrahaushalte	8 3 1 5	8 542	8 8 4 6
Gesetzliche Sozialversicherung (Kern- und Extrahaushalte)	539	823	665
Wertpapierschulden und Kredite	539	765	66
Kassenkredite	0	58	4
Kernhaushalte	506	735	627
Extrahaushalte ⁴	32	88	38
Schulden insgesamt (€)			
je Einwohner	24 607	25 215	25 685
Maastricht-Schuldenstand	2 057 308	2 086 816	2 160 193
in Relation zum BIP in %	82,5	80,0	81,0
nachrichtlich:			
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd.€)	2 495	2 610	2 666
Einwohner 30.06.	81 750 716	80 327 900	80 523 746

 $^{^1}$ Aufgrund methodischer Änderungen und Erweiterung des Berichtskreises nur eingeschränkt mit den Vorjahren vergleichbar.

 $Quellen: Statistisches \ Bundesamt; \ Bundesministerium \ der \ Finanzen, \ eigene \ Berechnungen.$

 $^{^2\,}Einschließlich \, aller \, \ddot{o}ffentlichen \, Fonds, \, Einrichtungen \, und \, Unternehmen \, des \, Staatssektors.$

 $^{^3}$ Zweckverbände des Staatssektors unabhängig von der Art des Rechnungswesens.

 $^{^4\,\}mathrm{Nur}\,\mathrm{Extra}$ haus halte der gesetzlichen Sozial versicherung unter Bundesaufsicht.

Tabelle 14: Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte¹

		Abgrenzun	g der Volkswirtsch	aftlichen Gesamt	trechungen²		Abgrenzung de	er Finanzstatistil
Jahr	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Öffentlicher Ge	esamthaushalt³
		in Mrd. €		iı	n Relation zum BIP i	1%	in Mrd. €	in Relation zum BIP in %
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9	-	-
1965	-1,4	-3,2	1,8	-0,6	-1,4	0,8	-4,8	-2,0
1970	1,9	-1,1	2,9	0,5	-0,3	0,8	-4,1	-1,1
1975	-30,9	-28,8	-2,1	-5,6	-5,2	-0,4	-32,6	-5,9
1980	-23,2	-24,3	1,1	-2,9	-3,1	0,1	-29,2	-3,7
1985	-11,3	-13,1	1,8	-1,1	-1,3	0,2	-20,1	-2,0
1990	-24,8	-34,7	9,9	-1,9	-2,7	0,8	-48,3	-3,7
1991	-43,9	-54,9	11,1	-2,9	-3,6	0,7	-62,8	-4,1
1992	-40,3	-38,5	-1,8	-2,4	-2,3	-0,1	-59,2	-3,6
1993	-50,5	-53,3	2,8	-3,0	-3,1	0,2	-70,5	-4,2
1994	-44,2	-45,9	1,7	-2,5	-2,6	0,1	-59,5	-3,3
1995 ⁴	-175,4	-167,9	0,0	-9,5	-9,1	-0,4	-55,9	-3,0
1996	-62,8	-56,5	-6,3	-3,4	-3,0	-0,3	-62,3	-3,3
1997	-52,6	-53,8	1,1	-2,8	-2,8	0,1	-48,1	-2,5
1998	-45,7	-48,1	2,4	-2,3	-2,5	0,1	-28,8	-1,5
1999	-32,2	-36,9	4,8	-1,6	-1,8	0,2	-26,9	-1,3
2000 ⁵	-27,5	23,4	-0,1	-1,3	-1,3	0,0	-	-
2001	-64,6	-60,4	-4,3	-3,1	-2,9	-0,2	-46,6	-2,2
2002	-82,0	-76,0	-6,1	-3,8	-3,6	-0,3	-56,8	-2,7
2003	-89,1	-82,3	-6,8	-4,2	-3,8	-0,3	-67,9	-3,2
2004	-82,6	-81,7	-0,9	-3,8	-3,7	0,0	-65,5	-3,0
2005	-74,1	-70,1	-4,0	-3,3	-3,2	-0,2	-52,5	-2,4
2006	-38,2	-43,2	5,0	-1,7	-1,9	0,2	-40,5	-1,8
2007	5,5	-5,3	10,8	0,2	-0,2	0,4	-0,6	0,0
2008	-1,8	-8,7	6,9	-0,1	-0,4	0,3	-10,4	-0,4
2009	-73,6	-59,3	-14,3	-3,1	-2,5	-0,6	-90,0	-3,8
2010	-104,3	-108,4	4,1	-4,2	-4,3	0,2	-78,7	-3,2
2011	-21,5	-36,6	15,2	-0,8	-1,4	0,6	-25,9	-1,0
2012	2,3	-16,0	18,3	0,1	-0,6	0,7	-26,2	-1,0

 $^{^{\}rm 1}$ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). 2009 bis 2012: Vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2013.

³ Ohne Sozialversicherungen, ab 1997 ohne Krankenhäuser. Bis 2010 Rechnungsergebniss; 2011: Kassenergebnisse; 2012: Schätzung.

⁴ Ohne Schuldenübernahmen (Treuhandanstalt, Wohnungswirtschaft der DDR) beziehungsweise gel. Vermögensübertragungen (Deutsche Kredit Bank).

 $^{^{\}rm 5}$ Ohne Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 15: Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden¹

Land						in%de	s BIP					
	1980	1985	1990	1995	2000²	2005	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Deutschland	-2,9	-1,1	-1,9	-9,5	1,1	-3,3	-3,1	-4,1	-0,8	0,2	-0,2	0,0
Belgien	-9,4	-10,1	-6,7	-4,5	0,0	-2,5	-5,6	-3,8	-3,7	-3,9	-2,9	-3,1
Estland	-	-	-	1,1	-0,2	1,6	-2,0	0,2	1,2	-0,3	-0,3	0,2
Griechenland	-	-	-14,2	-9,1	-3,7	-5,5	-15,6	-10,7	-9,5	-10,0	-3,8	-2,6
Spanien	-	-	-	-7,2	-0,9	1,3	-11,2	-9,7	-9,4	-10,6	-6,5	-7,0
Frankreich	-0,3	-3,1	-2,5	-5,5	-1,5	-2,9	-7,5	-7,1	-5,3	-4,8	-3,9	-4,2
Irland	-	-10,5	-2,7	-2,2	4,7	1,7	-13,9	-30,8	-13,4	-7,6	-7,5	-4,3
Italien	-6,9	-12,3	-11,4	-7,4	-0,8	-4,4	-5,5	-4,5	-3,8	-3,0	-2,9	-2,5
Zypern	-	-	-	-0,9	-2,3	-2,4	-6,1	-5,3	-6,3	-6,3	-6,5	-8,4
Luxemburg	-	-	4,3	2,4	6,0	0,0	-0,8	-0,9	-0,2	-0,8	-0,2	-0,4
Malta	-	-	-	-3,7	-5,7	-2,9	-3,7	-3,6	-2,8	-3,3	-3,7	-3,6
Niederlande	-3,9	-3,6	-5,3	-4,3	2,0	-0,3	-5,6	-5,1	-4,5	-4,1	-3,6	-3,6
Österreich	-2,1	-3,1	-2,6	-5,8	-1,7	-1,7	-4,1	-4,5	-2,5	-2,5	-2,2	-1,8
Portugal	-6,9	-8,3	-6,1	-5,4	-3,3	-6,5	-10,2	-9,8	-4,4	-6,4	-5,5	-4,0
Slowakei	-	-	-	-3,4	-12,3	-2,8	-8,0	-7,7	-5,1	-4,3	-3,0	-3,1
Slowenien	-	-	-	-8,3	-3,7	-1,5	-6,2	-5,9	-6,4	-4,0	-5,3	-4,9
Finnland	3,8	3,4	5,4	-6,1	7,0	2,9	-2,5	-2,5	-0,8	-1,9	-1,8	-1,5
Euroraum	-	-	-	-7,2	-0,1	-2,5	-6,4	-6,2	-4,2	-3,7	-2,9	-2,8
Bulgarien	-	-	-	-8,0	-0,5	1,0	-4,3	-3,1	-2,0	-0,8	-1,3	-1,3
Dänemark	-2,3	-1,4	-1,3	-2,9	2,3	5,2	-2,7	-2,5	-1,8	-4,0	-1,7	-2,7
Lettland	-	-	6,8	-1,6	-2,8	-0,4	-9,8	-8,1	-3,6	-1,2	-1,2	-0,9
Litauen	-	-	-	-1,5	-3,2	-0,5	-9,4	-7,2	-5,5	-3,2	-2,9	-2,4
Polen	-	-	-	-4,4	-3,0	-4,1	-7,4	-7,9	-5,0	-3,9	-3,9	-4,1
Rumänien	-	-	-	-2,0	-4,7	-1,2	-9,0	-6,8	-5,6	-2,9	-2,6	-2,4
Schweden	-	-	-	-7,4	3,6	2,2	-0,7	0,3	0,2	-0,5	-1,1	-0,4
Tschechien	-	-	-	-12,8	-3,6	-3,2	-5,8	-4,8	-3,3	-4,4	-2,9	-3,0
Ungarn	-	-	-	-8,8	-3,0	-7,9	-4,6	-4,3	4,3	-1,9	-3,0	-3,3
Vereinigtes Königreich	-3,2	-2,8	-1,8	-5,8	3,6	-3,4	-11,5	-10,2	-7,8	-6,3	-6,8	-6,3
EU	-	-	-	-6,9	0,6	-2,5	-6,9	-6,5	-4,4	-4,0	-3,4	-3,2
Japan	-	-1,4	2,0	-4,7	-7,5	-4,8	-8,8	-8,3	-8,9	-9,9	-9,5	-7,6
USA	-2,3	-4,9	-4,1	-3,2	1,5	-3,2	-11,9	-11,3	-10,1	-8,9	-6,9	-5,9

 $^{^1\}mathrm{F\"{u}r}\,\mathrm{EU}\text{-Mitglied}\mathrm{staaten}$ ab 1995 nach ESVG 95.

 $Quellen: \ EU-Kommission, \ Fr\"uhjahrsprognose \ und \ Statistischer \ Annex, \ Mai \ 2013.$

Stand: Mai 2013.

 $^{^2 {\}sf Alle\,Angaben\,ohne\,einmalige\,UMTS\text{-}Erl\"{o}se.}$

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 16: Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land						in%de	s BIP					
	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Deutschland	30,3	39,5	41,3	55,6	60,2	68,5	74,5	82,4	80,4	81,9	81,1	78,6
Belgien	74,0	115,0	125,6	130,2	107,8	92,0	95,7	95,5	97,8	99,6	101,4	102,1
Estland	-	-	-	8,2	5,1	4,6	7,2	6,7	6,2	10,1	10,2	9,6
Griechenland	22,5	48,3	71,7	97,9	104,4	101,2	129,7	148,3	170,3	156,9	175,2	175,0
Spanien	16,5	41,4	42,7	63,3	59,4	43,2	53,9	61,5	69,3	84,2	91,3	96,8
Frankreich	20,7	30,6	35,2	55,4	57,4	66,7	79,2	82,4	85,8	90,2	94,0	96,2
Irland	68,2	99,3	92,0	80,1	35,1	27,3	64,8	92,1	106,4	117,6	123,3	119,5
Italien	56,6	80,2	94,3	120,9	108,5	105,7	116,4	119,3	120,8	127,0	131,4	132,2
Zypern	-	-	-	51,8	59,6	69,4	58,5	61,3	71,1	85,8	109,5	124,0
Luxemburg	9,9	10,3	4,7	7,4	6,2	6,1	15,3	19,2	18,3	20,8	23,4	25,2
Malta	-	-	-	34,2	53,9	68,0	66,4	67,4	70,3	72,1	73,9	74,9
Niederlande	45,3	69,7	76,8	76,1	53,8	51,8	60,8	63,1	65,5	71,2	74,6	75,8
Österreich	35,4	48,0	56,2	68,2	66,2	64,2	69,2	72,0	72,5	73,4	73,8	73,7
Portugal	29,5	56,5	53,3	59,2	50,7	67,7	83,7	94,0	108,3	123,6	123,0	124,3
Slowakei	-	-	-	22,1	50,3	34,2	35,6	41,0	43,3	52,1	54,6	56,7
Slowenien	-	-	-	18,6	26,3	26,7	35,0	38,6	46,9	54,1	61,0	66,5
Finnland	11,3	16,0	14,0	56,6	43,8	41,7	43,5	48,6	49,0	53,0	56,2	57,7
Euroraum	-	-	-	72,0	69,2	70,3	80,0	85,6	88,0	92,7	95,5	96,0
Bulgarien	-	-	-	-	72,5	27,5	14,6	16,2	16,3	18,5	17,9	20,3
Dänemark	39,1	74,7	62,0	72,6	52,4	37,8	40,7	42,7	46,4	45,8	45,0	46,4
Lettland	-	-	-	15,1	12,4	12,5	36,9	44,4	41,9	40,7	43,2	40,1
Litauen	-	-	-	11,5	23,6	18,3	29,3	37,9	38,5	40,7	40,1	39,4
Polen	-	-	-	49,0	36,8	47,1	50,9	54,8	56,2	55,6	57,5	58,9
Rumänien	-	-	-	6,6	22,5	15,8	23,6	30,5	34,7	37,8	38,6	38,5
Schweden	39,4	61,0	41,2	72,8	53,9	50,4	42,6	39,4	38,4	38,2	40,7	39,0
Tschechien	-	-	-	14,0	17,8	28,4	34,2	37,8	40,8	45,8	48,3	50,1
Ungarn	-	-	-	85,6	56,1	61,7	79,8	81,8	81,4	79,2	79,7	78,9
Vereinigtes Königreich	52,6	51,6	33,0	50,6	41,1	42,2	67,8	79,4	85,5	90,0	95,5	98,7
EU	-	-	-	-	61,9	62,9	74,6	80,2	83,1	86,9	89,8	90,6
Japan	50,7	66,7	67,0	91,2	140,1	186,4	210,2	215,0	232,0	237,5	243,6	242,9
USA	42,6	56,2	64,4	71,6	55,1	67,7	89,5	98,7	103,1	107,6	110,6	111,3

 $Quellen: \ EU-Kommission, Fr\"{u}hjahrsprognose\ und\ Statistischer\ Annex, Mai\ 2013.$

Stand: Mai 2013.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 17: Steuerquoten im internationalen Vergleich¹

land					Ste	uern in % des	BIP				
Land	1965	1975	1985	1990	1995	2000	2007	2008	2009	2010	2011
Deutschland ^{2,3}	23,1	22,6	22,9	21,8	22,7	22,8	22,9	23,1	22,9	22,0	22,8
Belgien	21,3	27,5	30,3	28,0	29,2	30,8	30,0	30,1	28,7	29,4	29,8
Dänemark	28,8	38,2	44,8	45,6	47,7	47,6	47,9	46,8	46,7	46,6	47,1
Finnland	28,3	29,1	31,1	32,5	31,6	35,3	31,1	30,9	30,1	29,8	30,9
Frankreich	22,5	21,1	24,3	23,5	24,4	28,4	27,5	27,3	25,8	26,3	27,4
Griechenland	12,3	13,8	16,6	18,4	19,7	23,8	21,3	21,0	20,0	20,0	20,9
Irland	23,3	24,5	29,2	27,9	27,5	26,8	26,2	23,9	22,2	22,1	23,5
Italien	16,8	13,7	22,0	25,3	27,4	30,0	30,3	29,6	29,4	29,5	29,5
Japan	13,9	14,5	18,7	21,0	17,6	17,3	18,1	17,4	15,9	16,3	-
Kanada	24,3	28,8	28,1	31,5	30,6	30,8	28,3	27,6	27,1	26,3	26,2
Luxemburg	18,8	23,1	29,1	26,0	27,3	29,1	25,8	25,4	26,4	26,3	26,1
Niederlande	22,7	25,1	23,7	26,9	24,1	24,2	25,3	24,7	24,4	24,7	-
Norwegen	26,1	29,5	33,8	30,2	31,3	33,7	34,0	33,3	32,5	33,3	33,6
Österreich	25,4	26,6	27,9	26,6	26,5	28,4	27,7	28,5	27,7	27,5	27,6
Polen	-	-	-	-	25,2	19,8	22,8	22,9	20,4	20,6	-
Portugal	12,4	12,5	18,1	19,6	21,5	22,9	23,9	23,7	21,6	22,3	-
Schweden	29,2	33,2	35,6	38,0	34,4	37,9	35,0	34,9	35,2	34,1	34,3
Schweiz	14,9	18,6	19,5	19,0	19,6	22,1	21,2	21,6	21,9	21,4	21,5
Slowakei	-	-	-	-	25,3	19,9	17,8	17,4	16,4	16,0	16,5
Slowenien	-	-	-	-	22,3	23,1	24,0	23,1	22,2	22,4	21,8
Spanien	10,5	9,7	16,3	21,0	20,5	22,4	25,2	21,0	18,8	20,1	19,7
Tschechien	-	-	-	-	21,0	18,9	20,2	19,5	19,0	18,9	19,8
Ungarn	-	-	-	-	26,7	27,8	27,2	27,1	27,4	26,0	23,4
Vereinigtes Königreich	25,7	28,8	30,4	29,5	28,0	30,2	29,2	29,0	27,4	28,2	28,8
USA	21,4	20,3	19,1	20,5	20,9	22,6	21,4	19,7	17,7	18,5	19,4

 $^{^{1}}$ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2010, Paris 2012.

Stand: Dezember 2012.

 $^{^2 \,} Nicht \, vergleich bar \, mit \, Quoten \, in \, der \, Abgrenzung \, der \, Volkswirtschaftlichen \, Gesamtrechnung \, oder \, der \, deutschen \, Finanzstatistik.$

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 18: Abgaben quoten im internationalen Vergleich¹

Land				Steuern und	Sozialabgabe	n in % des BIP			
Land -	1970	1980	1990	2000	2005	2008	2009	2010	2011
Deutschland ^{2,3}	31,5	36,4	34,8	37,5	35,0	36,5	37,3	36,1	37,1
Belgien	33,8	41,2	41,9	44,7	44,5	43,9	43,1	43,5	44,0
Dänemark	38,4	43,0	46,5	49,4	50,8	47,8	47,7	47,6	48,1
Finnland	31,6	35,8	43,7	47,2	43,9	42,9	42,8	42,5	43,4
Frankreich	34,2	40,2	42,0	44,4	44,1	43,5	42,5	42,9	44,2
Griechenland	20,2	21,8	26,4	34,3	32,1	32,1	30,4	30,9	31,2
Irland	28,2	30,7	32,8	31,0	30,1	29,1	27,7	27,6	28,2
Italien	25,7	29,7	37,6	42,0	40,6	43,0	43,0	42,9	42,9
Japan	19,2	24,8	28,6	26,6	27,3	28,5	27,0	27,6	-
Kanada	30,9	31,0	35,9	35,6	33,2	32,3	32,1	31,0	31,0
Luxemburg	23,5	35,7	35,7	39,1	37,6	35,5	37,7	37,1	37,1
Niederlande	35,6	42,9	42,9	39,6	38,4	39,3	38,2	38,7	-
Norwegen	34,5	42,4	41,0	42,6	43,2	42,1	42,4	42,9	43,2
Österreich	33,9	39,0	39,7	43,0	42,1	42,8	42,5	42,0	42,1
Polen	-	-	-	32,8	33,0	34,2	31,7	31,7	-
Portugal	17,8	22,2	26,8	30,9	31,1	32,5	30,7	31,3	-
Schweden	37,8	46,4	52,3	51,4	48,9	46,4	46,6	45,5	44,5
Schweiz	19,2	24,6	24,9	29,3	28,1	28,1	28,7	28,1	28,5
Slowakei	-	-	-	34,1	31,5	29,5	29,1	28,3	28,8
Slowenien	-	-	-	37,3	38,6	37,1	37,1	37,5	36,8
Spanien	15,9	22,6	32,5	34,3	36,0	33,1	30,9	32,3	31,6
Tschechien	-	-	-	34,0	36,1	35,0	33,9	34,2	35,3
Ungarn	-	-	-	39,3	37,3	40,1	39,9	37,9	35,7
Vereinigtes Königreich	36,7	34,8	35,5	36,4	35,4	35,8	34,2	34,9	35,5
USA	27,0	26,4	27,4	29,5	27,1	26,3	24,2	24,8	25,1

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2010, Paris 2012.

Stand: Dezember 2012.

² Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 19: Staatsquoten im internationalen Vergleich

					Gesamtau	sgaben des	Staates in :	% des BIP				
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Deutschland ¹	45,2	43,6	54,9	45,1	46,9	44,1	48,2	47,7	45,3	45,0	45,4	45,1
Belgien	58,4	52,2	52,1	49,0	51,7	49,7	53,6	52,4	53,2	54,7	54,1	54,2
Estland	-	-	41,3	36,1	33,6	39,7	45,5	40,7	38,3	40,5	39,6	37,6
Finnland	46,5	48,2	61,5	48,3	50,2	49,2	55,9	55,5	54,7	55,6	56,3	56,7
Frankreich	51,9	49,6	54,4	51,7	53,5	53,3	56,8	56,5	55,9	56,6	57,2	57,1
Griechenland	-	45,2	46,2	47,1	44,4	50,5	54,0	51,3	51,9	54,7	47,3	46,5
Irland	52,5	42,3	41,0	31,2	33,9	43,1	48,6	66,1	48,2	42,2	42,3	39,4
Italien	49,6	52,6	52,2	45,8	47,9	48,6	52,0	50,5	50,0	50,7	51,1	50,2
Luxemburg	-	37,8	39,7	37,6	41,5	39,1	44,6	42,9	41,8	43,0	43,1	43,4
Malta	-	-	38,5	39,5	43,6	43,2	42,4	42,0	42,1	43,9	44,6	44,7
Niederlande	57,3	54,9	51,6	44,2	44,8	46,2	51,4	51,3	49,9	50,4	50,9	50,8
Österreich	53,1	51,5	56,2	51,8	49,9	49,3	52,6	52,6	50,5	51,2	51,3	50,8
Portugal	37,5	38,5	41,9	41,6	46,6	44,7	49,7	51,5	49,4	47,4	48,6	46,6
Slowakei	-	-	48,6	52,1	38,0	34,9	41,6	40,0	38,3	37,4	36,9	36,3
Slowenien	-	-	52,3	46,5	45,3	44,3	49,3	50,4	50,8	49,0	50,3	49,1
Spanien	-	-	44,5	39,2	38,4	41,5	46,3	46,3	45,1	47,0	43,3	42,9
Zypern	-	-	33,4	37,1	43,1	42,1	46,2	46,2	46,0	46,3	47,1	47,5
Bulgarien	-	-	45,6	41,3	37,3	38,4	41,4	37,4	35,6	35,7	37,5	38,2
Dänemark	55,5	55,4	59,3	53,6	52,6	51,6	58,0	57,5	57,5	59,5	57,8	56,8
Lettland	-	31,5	38,4	37,6	35,8	39,1	43,8	43,4	38,4	36,4	35,5	34,7
Litauen	-	-	34,4	38,9	33,2	37,2	44,9	42,4	38,8	36,1	35,6	34,8
Polen	-	-	47,7	41,1	43,4	43,2	44,6	45,4	43,4	42,3	41,6	41,0
Rumänien	-	-	34,1	38,6	33,6	39,3	41,1	40,1	39,4	36,4	36,6	36,8
Schweden	-	-	65,0	55,1	53,6	51,7	54,7	52,0	51,0	51,8	52,2	51,5
Tschechien	-	-	53,0	41,6	43,0	41,2	44,7	43,8	43,0	44,5	43,4	43,3
Ungarn	-	-	55,8	47,7	50,1	49,3	51,5	49,7	49,5	48,4	49,6	50,3
Vereinigtes Königreich	48,4	40,8	43,4	36,8	43,8	47,7	51,4	50,5	48,6	48,5	48,5	47,8
Euroraum	-	-	52,8	46,2	47,3	47,1	51,2	51,0	49,5	49,9	49,7	49,3
EU-27	_	-	51,9	44,8	46,7	47,1	51,1	50,6	49,1	49,4	49,2	48,8
USA	36,8	37,2	37,1	33,9	36,3	39,1	42,8	42,7	41,7	40,3	39,6	39,1
Japan	32,2	31,1	35,5	38,5	36,4	36,9	41,9	40,7	42,0	42,5	42,8	42,3

¹1985 bis 1990 nur alte Bundesländer.

 $\label{thm:prop:prop:control} Quelle: \hbox{EU-Kommission ,Statistischer Anhang der Europäischen Wirtschaft"}.$

Stand: Mai 2013.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 20: Entwicklung der EU-Haushalte 2011 bis 2012

		EU-Hausl	halt 2011 ¹		EU-Haushalt 2012 ²			
	Verpflicht	ıngen	Zahlun	igen	Verpflich	tungen	Zahlu	ngen
	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Rubrik								
1. Nachhaltiges Wachstum	64 504,4	45,4	53 629,0	42,3	68 155,6	46,1	55 336,7	42,9
davon Globalisierungsanpassungsfonds	500,0	0,4	47,6	-	500,0	0,3	50,0	0,0
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	58 659,2	41,3	55 983,9	44,2	59 975,8	40,6	57 034,2	44,2
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	2 059,9	1,4	1 700,1	1,3	2 065,2	1,4	1 484,3	1,1
4. EU als globaler Akteur	8 759,3	6,2	7 242,5	5,7	9 405,9	6,4	6 955,1	5,4
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	253,9	0,2	100,0	0,1	258,9	0,2	110,0	0,1
5. Verwaltung	8 172,8	5,7	8 171,5	6,4	8 279,6	5,6	8 277,7	6,4
Gesamtbetrag	142 155,7	100,0	126 727,1	100,0	147 882,2	100,0	129 088,0	100,0

¹ EU-Haushalt 2011 (einschl. Berichtigungshaushaltspläne Nrn. 1-6/2011).

noch Tabelle 20: Entwicklung der EU-Haushalte 2011 bis 2012

	Differer	nz in %	Differen	z in Mio. €
	SP. 6/2	Sp. 8/4	Sp. 6-2	Sp. 8-4
Rubrik	10	11	12	13
1. Nachhaltiges Wachstum	5,7	3,2	3 651,2	1 707,7
davon Globalisierungsanpassungsfonds	0,0	100,0	0,0	50,0
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	2,2	1,9	1 316,5	1 050,3
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	0,3	-12,7	5,4	- 215,8
4. EU als globaler Akteur	7,4	- 4,0	646,6	-287,4
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	2,0	10,0	5,0	10,0
5. Verwaltung	1,3	1,3	106,8	106,2
Gesamtbetrag	4,0	1,9	5 726,5	2 360,9

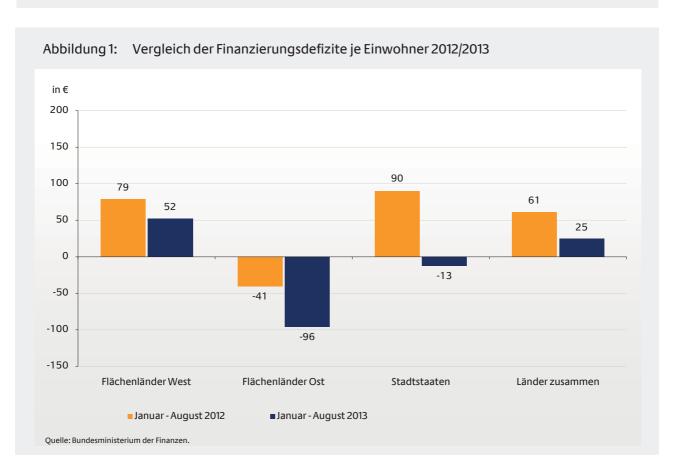
² EU-Haushalt 2012 (endgültig festgestellter Haushalt vom 1. Dezember 2011 einschl. Entwurf Berichtigungshaushaltsplan Nr. 1/2012).

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 1: Entwicklung der Länderhaushalte bis August 2013 im Vergleich zum Jahressoll 2013

	Flächenlän	der (West)	Flächenlä	nder (Ost)	Stadts	taaten	Länder zus	sammen
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
				in M	io.€			
Bereinigte Einnahmen	213 620	142 093	52 488	33 855	36 915	25 741	296 403	196 82
darunter:								
Steuereinnahmen	167 466	109 349	30 145	20 142	23 565	15 792	221 176	145 28
Übrige Einnahmen	46 154	32 744	22 343	13 714	13 350	9 9 4 9	75 227	51 54
Bereinigte Ausgaben	224 382	145 357	52 944	32 654	38 531	25 667	309 237	198 81
darunter:								
Personalausgaben	87 640	58 552	13 032	8 414	11 146	8 163	111819	75 12
Lfd. Sachaufwand	14 449	9 047	3 808	2319	8 3 3 4	6 193	26 591	1755
Zinsausgaben	12 852	8 823	2 635	1 611	3 948	2 552	19 435	1298
Sachinvestitionen	4 401	1 959	1 755	701	799	361	6 9 5 5	3 02
Zahlungen an Verwaltungen	65 320	40 573	18 220	11 970	814	572	77 733	48 25
Übrige Ausgaben	39 720	26 404	13 495	7 641	13 489	7 8 2 5	66 704	41 86
Finanzierungssaldo	-10 762	-3 265	-456	1 201	-1 605	74	-12 823	-1 99



ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis August 2013

						in Mio. €				
			August 2012			Juli 2013			August 2013	
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
1	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	175 118	190 111	352 036	156 321	173 588	317 846	176 302	196 823	359 730
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	172 764	182 308	355 072	153 089	166 570	319 659	172 949	189 160	362 108
111	Steuereinnahmen	160 108	140 350	300 458	141 617	128 145	269 762	160 112	145 282	305 39
12	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	2 182	34207	36389	1 319	31 025	32 344	1 592	35 575	37 16
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	1 487	1 487	-	1 398	1 398	-	1398	1 39
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	-	-	
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	2 354	7 803	10 157	3 232	7 018	10 250	3 3 5 4	7 664	11 01
121	Veräußerungserlöse	879	1 029	1 908	1 749	188	1 937	1 783	204	1 98
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	755	780	1 535	1 645	69	1 715	1 669	70	1 73
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	387	4276	4663	497	3 822	4319	490	4123	461
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	204 887	195 051	386 745	185 785	176 257	349 978	206 802	198 812	392 22
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	191 221	177 826	369 046	170 077	162 353	332 430	189 184	182917	372 10
211	Personalausgaben	19279	73 016	92 296	17 271	66 062	83 333	19611	75 129	9474
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	5 647	21 555	27 202	5 117	19872	24989	5784	22 586	28 37
212	Laufender Sachaufwand	13 056	16909	29 964	11 114	15 3 6 9	26 483	12 736	17 559	30 29
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	6903	10947	17 850	6 686	9877	16 563	7 675	11316	18 99
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	27 522	14094	41 616	27 822	11 952	39 774	27 941	12 985	40 92
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	11574	40 804	52 379	10 857	38 488	49 346	12 228	42 930	55 15
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	-	80	80	-	- 98	-98	-	- 134	- 13
2142	Zuweisungen an Gemeinden	6	37870	37 877	4	36 107	36 112	5	41 191	41 19
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	13 667	17 226	30 892	15 708	13 903	29 611	17 619	15 895	33 51
221	Sachinvestitionen	3 875	3 089	6 9 6 3	2 879	2 547	5 427	3 638	3 021	6 65
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	2 879	5 008	7887	2 593	4743	7335	2 779	5320	8 09
223	nachrichtlich:	13 341	16 858	30 200	15 361	13 425	28 786	17236	15 377	32 61

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis August 2013

		in Mio. €								
			August 2012			Juli 2013			August 2013	
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	- 29 716 ²	-4 940	-34 656	-29 418 ²	-2 668	-32 087	-30 478 ²	-1 990	-32 467
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	173 860	49 571	223 431	147 230	46 058	193 288	164 458	51 099	215 55
42	Schuldentilgung am Kreditmarkt	156 071	63 735	219 805	148 184	60 970	209 153	157 408	64 341	221 748
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	17 790	-14 164	3 626	-954	-14912	-15 866	7 050	-13 242	-6 19
	Zum Ende des Monats bestehende									
5	Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-8 422	7 321	-1 101	15 688	6 162	21 850	4709	4764	9 47
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	18 237	18 237	-	20310	20310	-	16 001	16 00
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	8 422	-8 666	- 243	-15 687	-7 054	-22 741	-4709	-3 726	-8 43

 $Abweichung en \, durch \, Rundung \, der \, Zahlen \, m\"{o}glich.$

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder bereinigt um Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

² Einschließlich haushaltstechnische Verrechnungen.

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis August 2013

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern ³	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
1	Bereinigte Einnahmen [†] für das laufende Haushaltsjahr	25 172	31 731 ª	6 870	13 875	4 485	17 924	36 566	8 797	2 27
11	Einnahmen der laufenden Rechung	24466	30 476 b	6330	13 503	4170	17 406	35 372	8 471	2 23
111	Steuereinnahmen	18 906	24 195	4113	10 956	2 5 1 7	13 577 4	28 993	6381	1 60
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	4275	3 207	1 771	1 742	1 399	2 270	4 4 4 4 6	1 498	55
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	110	-	88	92	- 22	44	2
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	259	-	304	177	79	135	6
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	707	1 255 °	540	372	315	518	1 195	326	4
121	Veräußerungserlöse	0	0	5	10	3	3	6	57	
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	-	-	-	-	3	-	57	
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	410	645	147	320	130	430	690	159	3
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	25 635	30 071 ^d	6 485	15 183	4 425	17 402	38 717	9 927	2 59
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	23 727	27 360 ^d	5815	14052	3 848	16541	35 576	9 0 3 6	2 41
211	Personalausgaben	11 034	13 133	1 616	5 485	1 148	6 833 ²	14 546 ²	3 958	1 01
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	3 715	3 892	149	1 827	83	2 270	5 111	1 299	40
212	Laufender Sachaufwand	1214	2 209 ^e	379	1 179	284	1 161	2 187	664	11
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	1119	1 761 e	325	941	248	914	1 625	559	10
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	1 298	755 ^f	313	1 073	212	1 146	2 900	731	36
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	6 659	8 264	2 411	4048	1 426	4 660	8 859	2387	40
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	1 431	2 680	-	1 137	-	-	-	-	
2142	Zuweisungen an Gemeinden	5 145	5 506	2 068	2 864	1 204	5 422	8 663	2 344	39
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	1 909	2711	670	1 130	577	861	3 141	891	18
221	Sachinvestitionen	330	854	42	339	122	131	185	40	2
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	801	888	211	439	199	170	1 228	319	5
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	1 799	2614	670	1 100	577	861	2 979	846	16

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis August 2013

						in Mio. €	•			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern ³	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	- 463	1 660 ^g	385	-1 308	60	522	-2 151	-1 130	- 323
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	3 846	1311 ^h	1 738	3 610	778	2 209	12 235	4 463	996
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	6 277	2 696 ⁱ	3 549	4 501	754	3910	12 412	5 792	990
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-2 431	-1 385 ^j	-1 811	- 891	24	-1 700	- 177	-1 329	7
	Zum Ende des Monats bestehende									
	Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	-	230	535	-	-	-	1 324	-
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	1 113	2 684	88	1 171	311	1813	2 230	3	546
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-1 976	38	- 858	-1 028	696	2 087	1 734	-1 324	231

 $^{^1} In\, der\, L\"{a}nder summe \, ohne \, Zuweisungen \, von \, L\"{a}ndern \, im \, L\"{a}nder finanzausgleich.$

²Ohne August-Bezüge.

³ BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 780,5 Mio. €, b 451,2 Mio. €, c 329,3 Mio. €, d 271,2 Mio. €, e 0,5 Mio. €, f 270,7 Mio. €, g 509,3 Mio. €, h 121,0 Mio. €, i 125,0 Mio. €, j -4,0 Mio. €.

⁴ NI - Einschl. Steuereinnahmen aus 1301-06211 (Gewerbesteuer im nds. Küstengewässer/Festlandsockel) in Höhe von 0,1 Mio. €.

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis August 2013

					in M	io.€			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
I	Seit dem 1. Januar gebuchte Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	10 652	6 107	6 267	5 741	15 556	2 759	7 427	196 823
1	Einnahmen der laufenden Rechung	9 943	5 746	6 082	5 3 9 7	14925	2 700	7322	189 160
11	Steuereinnahmen Einnahmen von	6 618	3 467	4740	3 426	8 269	1 528	5 996	145 282
112	Verwaltungen (laufende Rechnung)	2896	1 993	928	1 670	5315	906	707	35 575
121	darunter: Allgemeine BEZ	200	110	51	110	532	89	-26	1 398
1122	Länderfinanzausgleich ¹	603	362	58	363	2 673	279	21	
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	710	360	186	345	630	59	105	7 664
121	Veräußerungserlöse	0	1	1	6	99	0	6	204
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	0	0	0	1	0	5	70
22	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	446	142	105	162	181	48	78	4123
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	9 910	6 205	6 339	5 629	14 750	3 147	7 771	198 812
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	8 682	5 728	6 086	5 161	14096	2 927	7 249	182 917
211	Personalausgaben	2 522	1 588	2 548	1 540	4831	956	2376	75 129
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	154	136	934	116	1 298	329	865	22 586
212	Laufender Sachaufwand	627	642	318	387	3 592	514	2 088	17 559
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	451	216	265	230	1 572	243	745	1131
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	226	424	551	436	1 515	474	563	12 98
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	3 276	1 860	1 844	1 821	196	94	107	42 930
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	-	- 134
2142	Zuweisungen an Gemeinden	2 756	1 538	1 718	1 541	5	8	13	41 19
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	1 228	476	253	468	654	219	521	15 89
221	Sachinvestitionen	312	111	55	114	119	26	216	3 02
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	437	188	73	143	46	88	42	5 320
23	nachrichtlich: Investitionsausgaben	1 229	476	252	468	602	214	521	15 37

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis August 2013

					in M	io.€			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	742	- 98	- 72	112	806	- 388	- 344	-1 990
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung								
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	-	3 409	1 297	963	4742	6 891	2612	51 099
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	752	3 145	1 974	1 228	6 620	7 178	2 564	6434
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	- 752	263	- 677	-265	-1 878	- 287	47	-13 242
	Zum Ende des Monats bestehende								
5	Schwebende Schulden und Kassenbestände								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	1 442	-	-	321	738	175	4764
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	3 455	71	-	100	457	521	1 438	16 00
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-	-1 526	- 727	138	-312	- 604	- 297	-3 726

 $^{^{1}\,\}text{ln}\,\text{der}\,\text{L\"{a}}\text{ndersumme}$ ohne Zuweisungen von L\"{a}\text{ndern}\,\text{im}\,\text{L\"{a}}\text{nderfinanzausgleich}.

²Ohne August-Bezüge.

³ BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 780,5 Mio. €, b 451,2 Mio. €, c 329,3 Mio. €, d 271,2 Mio. €, e 0,5 Mio. €, f 270,7 Mio. €, g 509,3 Mio. €, h 121,0 Mio. €, i 125,0 Mio. €, j -4,0 Mio. €.

⁴ NI - Einschl. Steuereinnahmen aus 1301-06211 (Gewerbesteuer im nds. Küstengewässer/Festlandsockel) in Höhe von 0,1 Mio. €.

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

Datengrundlagen und Ergebnisse der Schätzungen der Bundesregierung

Stand: Frühjahrsprojektion der Bundesregierung vom 25. April 2013

Erläuterungen zu den Tabellen 1 bis 8

- 1. Für die Potenzialschätzung wird das Produktionsfunktionsverfahren verwendet, das für die finanzpolitische Überwachung in der EU für die Mitgliedstaaten verbindlich vorgeschrieben ist. Die für die Schätzung erforderlichen Programme und Dokumentationen sind im Internetportal der Europäischen Kommission verfügbar, und zwar auf der Internetseite https://circabc.europa.eu/. Die Budgetsemielastizität basiert auf den von der OECD geschätzten Teilelastizitäten der einzelnen Abgaben und Ausgaben in Bezug zur Produktionslücke (siehe Girouard und André (2005), "Measuring Cyclically-Adjusted Budget Balances for OECD Countries", OECD Economics Department Working Papers 434) sowie methodischer Erweiterungen und Aktualisierung des für Einnahmenund Ausgabenstruktur und deren Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt herangezogenen Stützungszeitraums durch die Europäische Kommission (s. Mourre, Isbasoiu, Paternoster und Salto (2013): "The cyclically adjusted budget balance used in the EU fiscal framework: an update", Europäische Kommission, European Economy, Economic Papers 478).
- Datenquellen für die Schätzungen zum gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzial sind die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und die Anlagevermögensrechnung des Statistischen Bundesamts sowie die

- gesamtwirtschaftlichen Projektionen der Bundesregierung für den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung. Für die Entwicklung der Erwerbsbevölkerung wird die 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts zugrunde gelegt (Variante 1-W1), die an aktuelle Entwicklungen angepasst wird (z. B. Zuwanderung). Die Zeitreihen für Arbeitszeit je Erwerbstätigem und Partizipationsraten werden – im Rahmen von Trendfortschreibungen – um drei Jahre über den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung hinaus verlängert, um dem Randwertproblem bei Glättungen mit dem Hodrick-Prescott-Filter Rechnung zu tragen.
- 3. Die Bundesregierung verwendet seit der Herbstprojektion 2012 für die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter die Altersgruppe der 15-Jährigen bis einschließlich 74-Jährigen anstatt wie vorher die der 15-Jährigen bis einschließlich 64-Jährigen. Die Europäische Kommission hat diese neue Definition erstmalig in der Winterprojektion 2013 verwendet.
- 4. Für den Zeitraum vor 1991 werden Rückrechnungen auf der Grundlage von Zahlenangaben des Statistischen Bundesamts zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Westdeutschland durchgeführt.
- Die Berechnungen basieren auf dem Stand der Frühjahrsprojektion 2013 der Bundesregierung.
- 6. Das **Produktionspotenzial** ist ein Maß für die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten, die mittel- und langfristig die Wachstumsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft determinieren.

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

Die Produktionslücke kennzeichnet die Abweichung der erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung von der konjunkturellen Normallage, dem Produktionspotenzial. Die Produktionslücken, d. h. die Abweichungen des Bruttoinlandsprodukts vom Potenzialpfad, geben das Ausmaß der gesamtwirtschaftlichen Unter-beziehungsweise Überauslastung wieder. In diesem Zusammenhang spricht man auch von "negativen" beziehungsweise "positiven" Produktionslücken (oder Output Gaps).

Der Potenzialpfad beschreibt die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts bei Normalauslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten und damit die gesamtwirtschaftliche Aktivität, die ohne inflationäre Verspannungen bei gegebenen Rahmenbedingungen möglich ist. Schätzungen zum Produktionspotenzial sowie daraus ermittelte Produktionslücken dienen nicht nur als Berechnungsgrundlage für die neue Schuldenregel, sondern auch, um das gesamtstaatliche strukturelle Defizit zu berechnen. Darüber hinaus sind sie eine wichtige Referenzgröße für die gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzungen, die für die mittelfristige Finanzplanung durchgeführt werden.

Zur Bestimmung der maximal zulässigen Nettokreditaufnahme des Bundes ist, neben der Bereinigung um den Saldo der finanziellen Transaktionen, eine Konjunkturbereinigung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben durchzuführen, um eine ebenso in wirtschaftlich guten wie in wirtschaftlich schlechten Zeiten konjunkturgerechte, symmetrisch reagierende Finanzpolitik zu gewährleisten. Dies erfolgt durch eine explizite Berücksichtigung der konjunkturellen Einflüsse auf die öffentlichen Haushalte mithilfe einer Konjunkturkomponente, die die zulässige Obergrenze für die Nettokreditaufnahme in konjunkturell schlechten Zeiten erweitert und in konjunkturell guten Zeiten einschränkt. Die Budgetsemielastizität als zweites Element zur Bestimmung der Konjunkturkomponente gibt an, wie die Einnahmen und Ausgaben des Bundes auf eine Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität reagieren.

Weitere Erläuterungen und Hintergrundinformationen sind im Monatsbericht Februar 2011, Artikel "Die Ermittlung der Konjunkturkomponente des Bundes im Rahmen der neuen Schuldenregel" zu finden. (http://www.bundesfinanzministerium. de/nn_123210/DE/BMF__Startseite/Aktuelles/Monatsbericht__des__BMF/2011/02/analysen-und-berichte/b03-konjunkturkomponente-des-bundes/node.html?__nnn=true).

Tabelle 1: Produktionslücken, Budgetsemielastizität und Konjunkturkomponenten

	Produktionspotenzial	Bruttoinlandsprodukt	Produktionslücke	Budgetsemieslastizität	Konjunkturkomponente ¹
		in Mrd. € (nominal)		badgetsermesiastizitat	in Mrd. € (nominal)
2014	2 813,7	2 791,4	-22,3	0,210	-4,7
2015	2 890,7	2 875,0	-15,7	0,210	-3,3
2016	2 968,3	2 961,1	-7,2	0,210	-1,5
2017	3 049,8	3 049,8	0,0	0,210	0,0

¹ Die hier für die dargestellten Jahre angegebene Konjunkturkomponente des Bundes ergibt sich rechnerisch aus den Ergebnissen der zugrunde liegenden gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzung. Die für die Haushaltsaufstellung letztlich maßgeblichen Werte sind den jeweiligen Haushaltsgesetzen des Bundes zu entnehmen.

 $Gesamtwirts chaftliches \ Produktions potenzial \ und \ Konjunkturkomponenten$

Tabelle 2: Produktionspotenzial und -lücken

		Produktion	spotenzial			Produktio	nslücken	
	preisbe	ereinigt	nom	ninal	preisber	einigt	nom	ninal
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd.€	in % des pot. BIP	in Mrd. €	in % des pot. BIP
1980	1 383,5		835,2		32,3	2,3	19,5	2,3
1981	1 413,9	+2,2	889,2	+6,5	9,4	0,7	5,9	0,7
1982	1 442,2	+2,0	948,5	+6,7	-24,5	-1,7	-16,1	-1,7
1983	1 470,7	+2,0	994,5	+4,8	-30,8	-2,1	-20,8	-2,1
1984	1 500,7	+2,0	1 034,9	+4,1	-20,1	-1,3	-13,9	-1,3
1985	1 531,7	+2,1	1 078,8	+4,2	-16,7	-1,1	-11,8	-1,1
1986	1 566,6	+2,3	1 136,4	+5,3	-16,9	-1,1	-12,3	-1,1
1987	1 603,4	+2,4	1 178,0	+3,7	-32,0	-2,0	-23,5	-2,0
1988	1 643,4	+2,5	1 227,9	+4,2	-13,8	-0,8	-10,3	-0,8
1989	1 689,4	+2,8	1 298,5	+5,8	3,8	0,2	2,9	0,2
1990	1 739,8	+3,0	1 382,6	+6,5	42,4	2,4	33,7	2,4
1991	1 793,2	+3,1	1 469,1	+6,3	80,0	4,5	65,5	4,5
1992	1 847,7	+3,0	1 595,5	+8,6	61,3	3,3	52,9	3,3
1993	1 896,3	+2,6	1 702,7	+6,7	-6,4	-0,3	-5,8	-0,3
1994	1 936,2	+2,1	1 781,8	+4,6	0,4	0,0	0,4	0,0
1995	1 970,8	+1,8	1 850,2	+3,8	-1,8	-0,1	-1,7	-0,1
1996	2 002,2	+1,6	1 891,7	+2,2	-17,6	-0,9	-16,7	-0,9
1997	2 031,8	+1,5	1 924,6	+1,7	-12,7	-0,6	-12,0	-0,6
1998	2 061,3	+1,5	1 964,1	+2,1	-4,7	-0,2	-4,4	-0,2
1999	2 093,3	+1,5	1 998,4	+1,7	1,9	0,1	1,8	0,1
2000	2 126,7	+1,6	2 016,6	+0,9	32,5	1,5	30,9	1,5
2001	2 159,6	+1,5	2 070,9	+2,7	32,3	1,5	31,0	1,5
2002	2 190,7	+1,4	2 130,8	+2,9	1,5	0,1	1,4	0,1
2003	2 219,1	+1,3	2 182,1	+2,4	-35,2	-1,6	-34,6	-1,6
2004	2 247,2	+1,3	2 233,3	+2,3	-37,9	-1,7	-37,6	-1,7
2005	2 274,6	+1,2	2 274,6	+1,8	-50,2	-2,2	-50,2	-2,2
2006	2 304,2	+1,3	2 311,4	+1,6	2,5	0,1	2,5	0,1
2007	2 334,2	+1,3	2 379,6	+3,0	47,9	2,1	48,9	2,1
2008	2 362,4	+1,2	2 427,1	+2,0	45,5	1,9	46,7	1,9
2009	2 384,0	+0,9	2 478,0	+2,1	-99,5	-4,2	-103,5	-4,2
2010	2 408,3	+1,0	2 526,5	+2,0	-28,9	-1,2	-30,3	-1,2
2011	2 438,1	+1,2	2 578,4	+2,1	13,4	0,6	14,2	0,6
2012	2 472,4	+1,4	2 648,8	+2,7	-4,6	-0,2	-4,9	-0,2
2013	2 506,4	+1,4	2 731,5	+3,1	-27,4	-1,1	-29,9	-1,1
2014	2 539,8	+1,3	2 813,7	+3,0	-20,2	-0,8	-22,3	-0,8
2015	2 568,9	+1,1	2 890,7	+2,7	-14,0	-0,5	-15,7	-0,5
2016	2 597,1	+1,1	2 968,3	+2,7	-6,3	-0,2	-7,2	-0,2
2017	2 627,1	+1,2	3 049,8	+2,7	0,0	0,0	0,0	0,0

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

Tabelle 3: Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten Potenzialwachstum¹

	Produktionspotenzial	Totale Faktorproduktivität	Arbeit	Kapital
	in % ggü. Vorjahr	Prozentpunkte	Prozentpunkte	Prozentpunkte
1981	+2,2	1,0	0,1	1,1
1982	+2,0	1,0	0,0	1,0
1983	+2,0	1,2	-0,1	0,9
1984	+2,0	1,2	-0,1	0,9
1985	+2,1	1,3	-0,1	0,8
1986	+2,3	1,4	0,0	0,8
1987	+2,4	1,5	0,0	0,8
1988	+2,5	1,6	0,0	0,8
1989	+2,8	1,7	0,2	0,9
1990	+3,0	1,8	0,2	0,9
1991	+3,1	1,8	0,2	1,0
1992	+3,0	1,6	0,2	1,1
1993	+2,6	1,4	0,1	1,1
1994	+2,1	1,3	-0,2	1,0
1995	+1,8	1,1	-0,3	1,0
1996	+1,6	1,0	-0,3	0,9
1997	+1,5	0,9	-0,4	0,9
1998	+1,5	0,9	-0,3	0,9
1999	+1,5	0,9	-0,3	0,9
2000	+1,6	1,0	-0,3	0,9
2001	+1,5	1,0	-0,2	0,8
2002	+1,4	0,9	-0,2	0,7
2003	+1,3	0,8	-0,1	0,6
2004	+1,3	0,8	0,0	0,5
2005	+1,2	0,7	0,0	0,5
2006	+1,3	0,7	0,0	0,5
2007	+1,3	0,7	0,1	0,5
2008	+1,2	0,5	0,1	0,5
2009	+0,9	0,4	0,0	0,4
2010	+1,0	0,5	0,2	0,4
2011	+1,2	0,4	0,4	0,4
2012	+1,4	0,4	0,6	0,4
2013	+1,4	0,5	0,5	0,4
2014	+1,3	0,5	0,4	0,4
2015	+1,1	0,6	0,2	0,4
2016	+1,1	0,6	0,0	0,4
2017	+1,2	0,7	0,0	0,4

 $^{^1} Abweichungen \ des \ ausgewiesen en \ Potenzial wachstums \ von \ der \ Summe \ der \ Wachstums beitr\ äge \ sind \ rundungs bedingt.$

 $Ge samtwirts chaftliches \ Produktions potenzial \ und \ Konjunkturkomponenten$

Tabelle 4: Bruttoinlandsprodukt

	preisberei	nigt'	nomin	al
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
1960	689,7		166,7	
1961	721,6	+4,6	186,4	+11,8
1962	755,3	+4,7	207,0	+11,
1963	776,5	+2,8	219,3	+5,9
1964	828,3	+6,7	243,2	+10,9
1965	872,6	+5,4	266,9	+9,
1966	896,9	+2,8	276,9	+3,
1967	894,2	-0,3	271,9	-1,8
1968	942,9	+5,5	298,5	+9,8
1969	1 013,3	+7,5	340,5	+14,
1970	1 064,3	+5,0	390,9	+14,8
1971	1 097,7	+3,1	433,8	+11,0
1972	1 144,9	+4,3	473,0	+9,0
1973	1 199,6	+4,8	526,8	+11,4
1974	1 210,3	+0,9	570,2	+8,2
1975	1 199,8	-0,9	597,2	+4,8
1976	1 259,1	+4,9	647,5	+8,4
1977	1 301,3	+3,3	690,0	+6,0
1978	1 340,4	+3,0	735,9	+6,
1979	1 396,1	+4,2	799,2	+8,6
1980	1 415,7	+1,4	854,7	+6,9
1981	1 423,2	+0,5	895,1	+4,
1982	1 417,6	-0,4	932,4	+4,2
1983	1 439,9	+1,6	973,6	+4,4
1984	1 480,6	+2,8	1 021,0	+4,9
1985	1 515,0	+2,3	1 067,0	+4,5
1986	1 549,7	+2,3	1 124,2	+5,4
1987	1 571,4	+1,4	1 154,5	+2,
1988	1 629,7	+3,7	1 217,5	+5,!
1989	1 693,2	+3,9	1 301,4	+6,9
1990	1 782,1	+5,3	1 416,3	+8,8
 1991	1873,2	+5,1	1 534,6	+8,4
1992	1 909,0	+1,9	1 648,4	+7,4
1993	1 889,9	-1,0	1 696,9	+2,9
1994	1 936,6	+2,5	1 782,2	+5,0
1995	1 969,0	+1,7	1 848,5	+3,
1996	1 984,6	+0,8	1 875,0	+1,4
1997	2 019,1	+1,7	1912,6	+2,0
1998	2 056,7	+1,9	1 959,7	+2,!
1999	2 095,2	+1,9	2 000,2	+2,

 $Gesamtwirts chaftliches \ Produktions potenzial\ und\ Konjunkturkomponenten$

noch Tabelle 4: Bruttoinlandsprodukt

	preisber	einigt ¹	nomii	nal
	in Mrd.€	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
2000	2 159,2	+3,1	2 047,5	+2,4
2001	2 191,9	+1,5	2 101,9	+2,7
2002	2 192,1	+0,0	2 132,2	+1,4
2003	2 183,9	-0,4	2 147,5	+0,7
2004	2 209,3	+1,2	2 195,7	+2,2
2005	2 224,4	+0,7	2 224,4	+1,3
2006	2 306,7	+3,7	2 313,9	+4,0
2007	2 382,1	+3,3	2 428,5	+5,0
2008	2 407,9	+1,1	2 473,8	+1,9
2009	2 284,5	-5,1	2 374,5	-4,0
2010	2 379,4	+4,2	2 496,2	+5,1
2011	2 451,5	+3,0	2 592,6	+3,9
2012	2 467,7	+0,7	2 643,9	+2,0
2013	2 478,9	+0,5	2 701,6	+2,2
2014	2 519,6	+1,6	2 791,4	+3,3
2015	2 555,0	+1,4	2 875,0	+3,0
2016	2 590,8	+1,4	2 961,1	+3,0
2017	2 627,1	+1,4	3 049,8	+3,0

 $^{^{1}}$ Verkettete Volumenangaben, berechnet auf Basis der vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Indexwerte (2005 = 100).

 $Gesamtwirts chaftliches \ Produktions potenzial\ und\ Konjunkturkomponenten$

Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

			Partizipa	tionsraten		
Jahr	Erwerbsbe	evölkerung ¹	Trend	Tatsächlich bzw. prognostiziert	Erwerbstä	tige, Inland
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in%	in%	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr
960	54 632			59,9	32 275	
961	54 667	+0,1		60,4	32 725	+1,4
1962	54 803	+0,2		60,4	32 839	+0,3
1963	55 035	+0,4		60,4	32 917	+0,2
1964	55 219	+0,3		60,2	32 945	+0,1
1965	55 499	+0,5	59,8	60,2	33 132	+0,6
1966	55 793	+0,5	59,4	59,7	33 030	-0,3
1967	55 845	+0,1	59,0	58,6	31 954	-3,3
1968	55 951	+0,2	58,7	58,1	31 982	+0,1
1969	56 377	+0,8	58,5	58,2	32 479	+1,6
1970	56 586	+0,4	58,5	58,5	32 926	+1,4
1971	56 729	+0,3	58,5	58,7	33 076	+0,5
1972	57 126	+0,7	58,5	58,7	33 258	+0,6
1973	57 519	+0,7	58,5	59,1	33 660	+1,2
1974	57 776	+0,4	58,3	58,7	33 341	-0,9
1975	57 814	+0,1	58,1	58,0	32 504	-2,5
1976	57 871	+0,1	58,0	57,8	32 369	-0,4
1977	58 057	+0,3	58,0	57,6	32 442	+0,2
1978	58 348	+0,5	58,1	57,8	32 763	+1,0
1979	58 738	+0,7	58,4	58,3	33 396	+1,9
1980	59 196	+0,8	58,8	58,8	33 956	+1,7
1981	59 595	+0,7	59,4	59,3	33 996	+0,1
	59 823					
1982 1983	59 823	+0,4	60,1	60,1	33 734 33 427	-0,8
1984	59 95 7		61,7			+0,9
1985	59 98 0	+0,0		61,7	33 715	+1,4
			62,4	62,6		
1986	60 095	+0,2	63,2	63,1	34 845	+1,9
1987	60 194	+0,2	63,8	63,7	35 331	+1,4
1988	60 300	+0,2	64,4	64,4	35 834	+1,4
1989	60 567	+0,4	64,9	64,8	36 507	+1,9
1990	60 955	+0,6	65,3	65,8	37 657	+3,2
1991 1992	61 427	+0,8	65,5 65,5	66,5	38 712 38 183	+2,8
				65,6		
1993	62 679	+1,0	65,4	65,0	37 695	-1,3
1994	63 022	+0,5 +0,3	65,3 65,3	65,0 64,9	37 667 37 802	-0,1 +0,4
1996	63 340	+0,3	65,5	65,2	37 802	-0,1
1997	63 383	+0,1	65,7	65,5	37712	-0,1
1998	63 381	-0,0	66,0	66,1	38 148	+1,1
1999	63 431	+0,1	66,3	66,4	38 721	+1,5

 $Gesamtwirts chaftliches \ Produktions potenzial\ und\ Konjunkturkomponenten$

noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

			Partizipat	tionsraten				
Jahr	Erwerbsbe	völkerung ¹	Trend Tatsächlich bzw. prognostiziert		Erwerbstät	Erwerbstätige, Inland		
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in%	in%	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr		
2000	63 515	+0,1	66,6	66,9	39 382	+1,7		
2001	63 643	+0,2	66,9	67,1	39 485	+0,3		
2002	63 819	+0,3	67,1	67,0	39 257	-0,6		
2003	63 942	+0,2	67,3	67,0	38 918	-0,9		
2004	63 998	+0,1	67,5	67,5	39 034	+0,3		
2005	64 032	+0,1	67,7	68,0	38 976	-0,1		
2006	64 029	-0,0	67,9	67,8	39 192	+0,6		
2007	63 983	-0,1	68,0	67,9	39 857	+1,7		
2008	63 881	-0,2	68,2	68,1	40 348	+1,2		
2009	63 650	-0,4	68,5	68,5	40 370	+0,1		
2010	63 381	-0,4	68,8	68,7	40 603	+0,6		
2011	63 218	-0,3	69,1	69,1	41 164	+1,4		
2012	63 205	-0,0	69,4	69,5	41 613	+1,1		
2013	63 108	-0,2	69,7	69,8	41 813	+0,5		
2014	62 884	-0,4	70,0	70,0	41 933	+0,3		
2015	62 587	-0,5	70,3	70,3	42 016	+0,2		
2016	62 250	-0,5	70,6	70,6	42 100	+0,2		
2017	61 957	-0,5	70,9	70,9	42 184	+0,2		
2018	61 734	-0,4	71,1	71,1				
2019	61 507	-0,4	71,4	71,3				
2020	61 381	-0,2	71,6	71,6				

 $^{^{1} 12.\} koordinierte\ Bev\"{o}lkerungsvorausberechnung\ des\ Statistischen\ Bundesamtes;\ Variante\ 1-W1,\ angepasst\ an\ aktuelle\ Entwicklungen.$

 $Gesamtwirts chaftliches \ Produktions potenzial\ und\ Konjunkturkomponenten$

noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

	Arbeits	zeit je Erwerbs	tätigem, Arbeitsst	unden	Arbeitnehr	ner, Inland	Erwerbslose, Inländer		
Jahr	Tre		Tatsächlich bzw			. 0/ "	in % der Erwerbs-	NAWRU	
	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in % ggü. Vorjahr	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	personen		
960			2 165		25 095		1,4		
961			2 138	-1,2	25 710	+2,5	0,9		
1962			2 102	-1,7	26 079	+1,4	0,8		
1963			2 071	-1,4	26 377	+1,1	1,0		
1964			2 083	+0,6	26 673	+1,1	0,9		
1965	2 065		2 069	-0,7	27 035	+1,4	0,8		
1966	2 041	-1,2	2 043	-1,3	27 050	+0,1	0,8		
1967	2 017	-1,2	2 005	-1,8	26 139	-3,4	2,4	1,	
1968	1 994	-1,1	1 993	-0,6	26 305	+0,6	1,7	1,	
1969	1 971	-1,2	1 973	-1,0	27 034	+2,8	0,9	1,	
1970	1 948	-1,2	1 958	-0,8	27814	+2,9	0,5	1,	
1971	1 923	-1,3	1 926	-1,6	28 276	+1,7	0,7	1,	
1972	1 897	-1,4	1 903	-1,2	28 616	+1,2	0,9	1,	
1973	1870	-1,4	1 875	-1,5	29 133	+1,8	1,0	1,:	
1974	1 845	-1,3	1 835	-2,1	28 983	-0,5	1,7	1,	
1975	1 823	-1,2	1 798	-2,0	28 319	-2,3	3,1	1,	
976	1 805	-1,0	1811	+0,7	28 397	+0,3	3,2	2,	
977	1 788	-0,9	1 793	-1,0	28 632	+0,8	3,1	2,	
978	1 773	-0,9	1 775	-1,1	29 025	+1,4	2,9	3,	
979	1 758	-0,9	1 763	-0,7	29 755	+2,5	2,4	3,	
1980	1742	-0,9	1 743	-1,1	30 337	+2,0	2,4	4,	
1981	1 727	-0,9	1 722	-1,2	30 416	+0,3	3,8	4,	
1982	1712	-0,9	1 711	-0,6	30 192	-0,7	6,2	5,	
1983	1 696	-0,9	1 698	-0,8	29 925	-0,9	8,6	6,	
1984	1 680	-1,0	1 686	-0,7	30 213	+1,0	8,9	6,	
1985	1 662	-1,0	1 663	-1,4	30 689	+1,6	9,0	7,	
1986	1 645	-1,1	1 644	-1,1	31 322	+2,1	8,1	7,:	
1987	1 627	-1,1	1 622	-1,3	31 842	+1,7	7,8	7,:	
1988	1 610	-1,0	1 617	-0,3	32 356	+1,6	7,7	7,:	
1989	1 594	-1,0	1 594	-1,4	33 004	+2,0	6,9	7,:	
1990	1 579	-0,9	1 571	-1,4	34 135	+3,4	6,1	7,	
1991	1 566	-0,8	1 552	-1,2	35 148	+3,0	5,3	7,	
992	1 556	-0,7	1 564	+0,8	34 567	-1,7	6,2	7,	
993	1 547	-0,6	1 547	-1,1	34 020	-1,6	7,5	7,	
994	1 537	-0,6	1 545	-0,1	33 909	-0,3	8,1	7,	
995	1 527	-0,7	1 529	-1,1	33 996	+0,3	7,9	7,	
996	1516	-0,7	1511	-1,1	33 907	-0,3	8,5	7,	
997	1 506	-0,7	1 505	-0,4	33 803	-0,3	9,2	7,	
1998	1 495	-0,7	1 499	-0,4	34 189	+1,1	8,9	8,	
1999	1 483	-0,8	1 491	-0,5	34735	+1,6	8,1	8,	

 $Gesamtwirts chaftliches \ Produktions potenzial\ und\ Konjunkturkomponenten$

noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

	Arbeits	szeit je Erwerbst	ätigem, Arbeitsst	tunden	Arbeitnehr	ner, Inland	Erwerbslos	e, Inländer
Jahr	Tre	end	Tatsächlich bzw	. prognostiziert			in % der Erwerbs-	NAWRU ²
	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in % ggü. Vorjahr	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	personen	NAVVKU
2000	1 471	-0,8	1 471	-1,4	35 387	+1,9	7,4	8,4
2001	1 459	-0,8	1 453	-1,2	35 465	+0,2	7,5	8,5
2002	1 449	-0,7	1 441	-0,8	35 203	-0,7	8,2	8,6
2003	1 441	-0,6	1 436	-0,4	34800	-1,1	9,1	8,7
2004	1 434	-0,5	1 436	+0,0	34777	-0,1	9,6	8,7
2005	1 428	-0,4	1 431	-0,4	34 559	-0,6	10,5	8,7
2006	1 423	-0,4	1 424	-0,5	34736	+0,5	9,8	8,5
2007	1 417	-0,4	1 422	-0,1	35 359	+1,8	8,3	8,2
2008	1 411	-0,4	1 422	-0,0	35 868	+1,4	7,2	7,8
2009	1 406	-0,4	1 383	-2,7	35 900	+0,1	7,4	7,4
2010	1 402	-0,3	1 407	+1,7	36 110	+0,6	6,8	6,8
2011	1 399	-0,2	1 406	-0,0	36 625	+1,4	5,7	6,3
2012	1 396	-0,2	1 397	-0,7	37 067	+1,2	5,3	5,7
2013	1 395	-0,1	1 389	-0,6	37 287	+0,6	5,1	5,1
2014	1 394	-0,0	1 393	+0,3	37 375	+0,2	4,8	4,5
2015	1 394	+0,0	1 394	+0,1	37 450	+0,2	4,5	4,2
2016	1 3 9 5	+0,1	1 396	+0,1	37 524	+0,2	4,2	4,1
2017	1 396	+0,1	1 397	+0,1	37 599	+0,2	4,0	4,0
2018	1 398	+0,1	1 399	+0,1				
2019	1 399	+0,1	1 400	+0,1				
2020	1 401	+0,1	1 400	+0,1				

 $^{^112.\} koordinierte\ Bev\"{o}lkerungsvoraus berechnung\ des\ Statistischen\ Bundesamtes; Variante\ 1-W1, angepasst\ an\ aktuelle\ Entwicklungen.$

 $^{^{2}\,\}mbox{NAWRU}$ - Non-Accelerating Wage Rate of Unemployment.

 $Gesamtwirts chaftliches \ Produktions potenzial\ und\ Konjunkturkomponenten$

Tabelle 6: Kapitalstock und Investitionen

	Bruttoanlag	evermögen	Bruttoanlage	investitionen	Abgangssquote
	preisbe	ereinigt	preisbe	ereinigt	tatsächlich bzw. prognostiziert
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in%
1980	6110,9	+3,5	286,6	+2,3	1,4
1981	6307,7	+3,2	273,2	-4,7	1,2
1982	6 485,6	+2,8	260,7	-4,6	1,3
1983	6 655,5	+2,6	268,5	+3,0	1,5
1984	6823,4	+2,5	269,0	+0,2	1,5
1985	6 9 8 5 , 8	+2,4	270,8	+0,7	1,6
1986	7 149,0	+2,3	279,4	+3,2	1,7
1987	7 3 1 5, 5	+2,3	285,2	+2,1	1,7
1988	7 487,8	+2,4	299,6	+5,0	1,7
1989	7 672,9	+2,5	321,3	+7,2	1,8
1990	7 876,2	+2,7	346,9	+8,0	1,9
1991	8 112,9	+3,0	365,4	+5,3	1,6
1992	8 3 7 8 , 1	+3,3	382,2	+4,6	1,4
1993	8 636,4	+3,1	365,9	-4,3	1,3
1994	8 887,4	+2,9	381,4	+4,2	1,5
1995	9 140,0	+2,8	380,7	-0,2	1,4
1996	9384,7	+2,7	378,6	-0,6	1,5
1997	9 622,5	+2,5	382,2	+0,9	1,5
1998	9 862,1	+2,5	397,4	+4,0	1,6
1999	10 109,6	+2,5	415,4	+4,5	1,7
2000	10361,7	+2,5	426,3	+2,6	1,7
2001	10 601,8	+2,3	412,2	-3,3	1,7
2002	10807,2	+1,9	387,0	-6,1	1,7
2003	10984,2	+1,6	382,4	-1,2	1,9
2004	11 148,6	+1,5	381,5	-0,2	2,0
2005	11 304,0	+1,4	384,5	+0,8	2,1
2006	11 467,3	+1,4	416,1	+8,2	2,2
2007	11 647,1	+1,6	435,8	+4,7	2,2
2008	11 830,9	+1,6	441,4	+1,3	2,2
2009	11 983,4	+1,3	390,3	-11,6	2,0
2010	12 113,7	+1,1	413,3	+5,9	2,4
2011	12 253,1	+1,2	438,8	+6,2	2,5
2012	12 392,5	+1,1	427,8	-2,5	2,4
2013	12 528,5	+1,1	426,9	-0,2	2,3
2014	12 661,0	+1,1	444,3	+4,1	2,5
2015	12 798,6	+1,1	456,7	+2,8	2,5
2016	12 947,8	+1,2	469,4	+2,8	2,5
2017	13 106,0	+1,2	482,5	+2,8	2,5

 $Gesamtwirts chaftliches \ Produktions potenzial\ und\ Konjunkturkomponenten$

Tabelle 7: Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität

	Solow-Residuen	Totale Faktorproduktivität
	log	log
1980	-7,4285	-7,4395
1981	-7,4270	-7,4295
1982	-7,4314	-7,4191
1983	-7,4141	-7,4076
1984	-7,3961	-7,3952
1985	-7,3814	-7,3820
1986	-7,3718	-7,3679
1987	-7,3662	-7,3529
1988	-7,3450	-7,3365
1989	-7,3180	-7,3192
1990	-7,2866	-7,3014
1991	-7,2573	-7,2838
1992	-7,2459	-7,2676
1993	-7,2510	-7,2533
1994	-7,2351	-7,2406
1995	-7,2238	-7,2295
1996	-7,2171	-7,2195
1997	-7,2052	-7,2101
1998	-7,2001	-7,2010
1999	-7,1966	-7,1917
2000	-7,1770	-7,1819
2001	-7,1639	-7,1722
2002	-7,1615	-7,1631
2003	-7,1628	-7,1547
2004	-7,1585	-7,1469
2005	-7,1532	-7,1395
2006	-7,1223	-7,1321
2007	-7,1056	-7,1256
2008	-7,1081	-7,1201
2009	-7,1476	-7,1159
2010	-7,1254	-7,1114
2011	-7,1084	-7,1070
2012	-7,1083	-7,1026
2013	-7,1071	-7,0978
2014	-7,0982	-7,0924
2015	-7,0900	-7,0865
2016	-7,0822	-7,0801
2017	-7,0745	-7,0734

 $Gesamtwirts chaftliches \ Produktions potenzial \ und \ Konjunkturkomponenten$

Tabelle 8: Preise und Löhne

	Deflator des Brut	toinlandsprodukts	Deflator des pr	ivaten Konsums	Arbeitnehmer	entgelte, Inland
	2005=100	in % ggü. Vorjahr	2005=100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjah
1960	24,2		27,7		83,9	
1961	25,8	+6,8	28,6	+3,3	94,7	+12,9
1962	27,4	+6,1	29,5	+2,9	104,8	+10,6
1963	28,2	+3,0	30,3	+3,0	112,4	+7,3
1964	29,4	+4,0	31,0	+2,2	123,0	+9,4
1965	30,6	+4,2	32,0	+3,2	136,5	+11,0
1966	30,9	+0,9	33,2	+3,6	147,0	+7,7
1967	30,4	-1,5	33,7	+1,6	146,7	-0,2
1968	31,7	+4,1	34,2	+1,6	157,6	+7,4
1969	33,6	+6,2	34,9	+1,9	177,3	+12,6
1970	36,7	+9,3	36,1	+3,5	210,6	+18,7
1971	39,5	+7,6	38,1	+5,6	238,7	+13,3
1972	41,3	+4,5	39,9	+4,7	264,6	+10,9
1973	43,9	+6,3	42,9	+7,4	301,2	+13,8
1974	47,1	+7,3	46,3	+8,0	333,1	+10,6
1975	49,8	+5,7	48,8	+5,5	348,1	+4,5
 1976	51,4	+3,3	50,7	+3,8	376,2	+8,1
1977	53,0	+3,1	52,0	+2,7	403,9	+7,4
1978	54,9	+3,5	53,0	+1,9	431,2	+6,8
1979	57,2	+4,3	56,1	+5,7	466,9	+8,3
1980	60,4	+5,5	59,9	+6,7	507,6	+8,7
1981	62,9	+4,2	63,5	+6,1	532,3	+4,9
1982	65,8	+4,6	66,7	+5,0	549,0	+3,1
1983	67,6	+2,8	68,9	+3,2	561,2	+2,2
1984	69,0	+2,0	70,6	+2,5	583,1	+3,9
1985	70,4	+2,1	71,7	+1,5	606,5	+4,0
1986	72,5	+3,0	70,9	-1,1	638,7	+5,3
1987	73,5	+1,3	70,8	-0,1	667,7	+4,5
1988	74,7	+1,7	72,1	+1,9	695,8	+4,2
1989	76,9	+2,9	74,9	+3,9	728,0	+4,6
1990	79,5	+3,4	77,1	+3,0	787,6	+8,2
1991	81,9	+3,1	79,4	+2,9	858,8	+9,0
1992	86,3	+5,4	82,8	+4,3	931,8	+8,5
1993	89,8	+4,0	85,9	+3,6	954,0	+2,4
1994	92,0	+2,5	88,0	+2,5	978,5	+2,6
1995	93,9	+2,0	89,3	+1,4	1 014,6	+3,7
1996	94,5	+0,6	90,1	+1,0	1 022,9	+0,8
1997	94,7	+0,3	91,3	+1,3	1 026,2	+0,3
1998	95,3	+0,6	91,7	+0,5	1 047,2	+2,0
1999	95,5	+0,2	92,1	+0,4	1 073,7	+2,5

 $Ge samtwirts chaftliches \ Produktions potenzial \ und \ Konjunkturkomponenten$

noch Tabelle 8: Preise und Löhne

	Deflator des Brut	toinlandsprodukts	Deflator des pr	ivaten Konsums	Arbeitnehmer	entgelte, Inland
	2005=100	in % ggü. Vorjahr	2005=100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahı
2000	94,8	-0,7	92,8	+0,8	1 114,1	+3,8
2001	95,9	+1,1	94,6	+1,9	1 135,1	+1,9
2002	97,3	+1,4	95,7	+1,2	1 141,5	+0,6
2003	98,3	+1,1	97,2	+1,6	1 144,3	+0,2
2004	99,4	+1,1	98,4	+1,2	1 147,5	+0,3
2005	100,0	+0,6	100,0	+1,7	1 139,4	-0,7
2006	100,3	+0,3	101,0	+1,0	1 157,0	+1,5
2007	101,9	+1,6	102,5	+1,5	1 187,0	+2,6
2008	102,7	+0,8	104,2	+1,6	1 229,4	+3,6
2009	103,9	+1,2	104,2	-0,0	1 232,4	+0,2
2010	104,9	+0,9	106,3	+2,0	1 269,3	+3,0
2011	105,8	+0,8	108,5	+2,1	1 326,3	+4,5
2012	107,1	+1,3	110,2	+1,6	1 375,5	+3,7
2013	109,0	+1,7	112,1	+1,7	1 416,3	+3,0
2014	110,8	+1,7	114,2	+1,9	1 459,7	+3,1
2015	112,5	+1,6	116,2	+1,7	1 499,4	+2,7
2016	114,3	+1,6	118,2	+1,7	1 539,8	+2,7
2017	116,1	+1,6	120,2	+1,7	1 581,3	+2,7

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

						Bruttoi	nlandsprodukt	(real)	
	Erwerbstä	itige im Inland ¹	Erwerbsquote ²	Erwerbslose	Erwerbslosen- quote ³	gesamt	je Erwerbs- tätigen	je Erwerbs- tätigen- stunde	Investitions- quote ⁴
Jahr	in Mio.	Veränderung in % p.a.	in%	in Mio.	in%	Verä	inderung in % p	.a.	in%
1991	38,7		51,0	2,2	5,3				23,2
1992	38,2	-1,4	50,5	2,5	6,2	+1,9	+3,3	+2,5	23,5
1993	37,7	-1,3	50,2	3,1	7,5	-1,0	+0,3	+1,4	22,5
1994	37,7	-0,1	50,3	3,3	8,1	+2,5	+2,5	+2,7	22,5
1995	37,8	+0,4	50,2	3,2	7,9	+1,7	+1,3	+2,4	21,9
1996	37,8	-0,1	50,3	3,5	8,5	+0,8	+0,9	+2,0	21,3
1997	37,7	-0,1	50,5	3,8	9,2	+1,7	+1,9	+2,3	21,0
1998	38,1	+1,1	50,9	3,7	8,9	+1,9	+0,7	+1,1	21,1
1999	38,7	+1,5	51,2	3,4	8,1	+1,9	+0,4	+0,9	21,3
2000	39,4	+1,7	51,6	3,1	7,4	+3,1	+1,3	+2,7	21,5
2001	39,5	+0,3	51,7	3,2	7,5	+1,5	+1,2	+2,5	20,1
2002	39,3	-0,6	51,7	3,5	8,3	+0,0	+0,6	+1,4	18,4
2003	38,9	-0,9	51,8	3,9	9,2	-0,4	+0,5	+0,9	17,8
2004	39,0	+0,3	52,2	4,2	9,7	+1,2	+0,9	+0,8	17,4
2005	39,0	-0,1	52,7	4,6	10,5	+0,7	+0,8	+1,2	17,3
2006	39,2	+0,6	52,6	4,2	9,8	+3,7	+3,1	+3,6	18,1
2007	39,9	+1,7	52,7	3,6	8,3	+3,3	+1,5	+1,7	18,4
2008	40,3	+1,2	52,9	3,1	7,2	+1,1	-0,1	-0,1	18,6
2009	40,4	+0,1	53,2	3,2	7,4	-5,1	-5,2	-2,5	17,2
2010	40,6	+0,5	53,2	2,9	6,8	+4,0	+3,5	+1,8	17,4
2011	41,2	+1,4	53,3	2,5	5,7	+3,3	+1,9	+1,8	18,1
2012	41,6	+1,1	53,5	2,3	5,3	+0,7	-0,4	+0,5	17,6
2007/02	39,2	+0,3	52,3	4,0	9,3	+1,7	+1,4	+1,6	17,9
2012/07	40,7	+0,9	53,1	3,0	6,8	+0,7	-0,1	+0,3	17,9

 $^{^{1}}$ Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $^{^2\,} Erwerbspersonen\, (inländische\, Erwerbstätige + Erwerbslose\, [ILO])\, in\, \%\, der\, Wohnbev\"{o}lkerung\, nach\, ESVG\, 95.$

³ Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95.

 $^{^4\,} Anteil\, der\, Bruttoanlage investitionen\, am\, Bruttoinlandsprodukt\, (nominal).$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Preisentwicklung

	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnach- frage (Deflator)	Konsum der Privaten Haushalte (Deflator) ¹	Verbraucher- preisindex (2005=100)	Lohnstück- kosten²
Jahr			\	/eränderung in % p.a	1.		
1991							
1992	+7,4	+5,4	+3,2	+4,5	+4,3	+5,1	+6,8
1993	+2,9	+4,0	+1,9	+3,5	+3,6	+4,5	+4,1
1994	+5,0	+2,5	+1,1	+2,3	+2,5	+2,6	+0,5
1995	+3,7	+2,0	+1,6	+1,6	+1,4	+1,8	+2,4
1996	+1,4	+0,6	-0,4	+0,8	+0,9	+1,4	+0,4
1997	+2,0	+0,3	-1,7	+0,7	+1,3	+2,0	-1,0
1998	+2,5	+0,6	+1,8	+0,1	+0,5	+1,0	+0,4
1999	+2,1	+0,2	+0,7	-0,0	+0,4	+0,6	+0,6
2000	+2,4	-0,7	-4,5	+0,8	+0,8	+1,4	+0,5
2001	+2,7	+1,1	-0,0	+1,1	+1,9	+2,0	+0,3
2002	+1,4	+1,4	+2,3	+0,7	+1,2	+1,4	+0,5
2003	+0,7	+1,1	+1,0	+0,9	+1,6	+1,1	+0,9
2004	+2,2	+1,1	+0,1	+1,1	+1,2	+1,6	-0,4
2005	+1,3	+0,6	-1,9	+1,3	+1,7	+1,6	-0,9
2006	+4,0	+0,3	-1,4	+0,8	+1,0	+1,5	-2,4
2007	+5,0	+1,6	+0,5	+1,5	+1,5	+2,3	-1,0
2008	+1,9	+0,8	-1,5	+1,4	+1,6	+2,6	+2,3
2009	-4,0	+1,2	+4,2	-0,3	+0,0	+0,3	+6,2
2010	+5,1	+1,0	-2,1	+1,9	+2,0	+1,1	-1,5
2011	+4,6	+1,2	-2,3	+2,2	+2,1	+2,1	+0,8
2012	+2,2	+1,5	-0,4	+1,7	+1,6	+2,0	+2,8
2007/02	+2,6	+0,9	-0,3	+1,1	+1,4	+1,6	-0,8
2012/07	+1,9	+1,1	-0,4	+1,4	+1,5	+1,6	+2,1

 $^{^{1}} Einschlie {\tt Blich private Organisation} en ohne {\tt Erwerbszweck.}$

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $^{^2} Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbst \"atigenstunde (Inlandskonzept).$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 3: Außenwirtschaft¹

	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt
Jahr	Veränderu	ng in % p.a.	in Mı	rd.€		Anteile	am BIP in %	
1991			-5,8	-23,4	25,7	26,1	-0,4	-1,5
1992	+0,4	+0,6	-6,7	-18,9	24,0	24,4	-0,4	-1,1
1993	-5,7	-8,0	2,9	-15,2	22,0	21,8	0,2	-0,9
1994	+9,1	+8,3	6,0	-26,1	22,8	22,5	0,3	-1,5
1995	+7,8	+6,7	11,0	-23,3	23,7	23,1	0,6	-1,3
1996	+6,0	+4,5	18,0	-12,8	24,8	23,8	1,0	-0,7
1997	+12,7	+11,7	24,7	-9,3	27,4	26,1	1,3	-0,5
1998	+6,9	+6,8	26,9	-14,6	28,6	27,2	1,4	-0,7
1999	+5,0	+7,0	17,6	-26,1	29,4	28,5	0,9	-1,3
2000	+16,2	+18,7	6,3	-29,4	33,4	33,1	0,3	-1,4
2001	+7,0	+1,8	41,7	-3,9	34,8	32,8	2,0	-0,2
2002	+4,0	-3,6	95,9	42,1	35,7	31,2	4,5	2,0
2003	+0,9	+2,7	84,2	40,5	35,7	31,8	3,9	1,9
2004	+10,3	+7,7	110,8	102,3	38,5	33,5	5,0	4,7
2005	+8,6	+9,2	116,0	112,4	41,3	36,1	5,2	5,1
2006	+14,6	+14,9	130,1	150,0	45,5	39,9	5,6	6,5
2007	+8,8	+5,7	170,0	182,9	47,2	40,2	7,0	7,5
2008	+4,0	+6,1	155,8	150,5	48,2	41,9	6,3	6,1
2009	-15,4	-13,9	116,7	144,6	42,5	37,5	4,9	6,1
2010	+17,9	+17,6	140,2	158,8	47,6	42,0	5,6	6,4
2011	+11,2	+13,1	135,7	159,2	50,6	45,4	5,2	6,1
2012	+4,5	+3,1	157,9	186,0	51,8	45,9	5,9	7,0
2007/02	+8,5	+8,0	117,8	105,0	40,7	35,4	5,2	4,6
2012/07	+3,8	+4,6	146,0	163,7	48,0	42,1	5,8	6,5

 $^{^{1}}$ In jeweiligen Preisen.

 $Quellen: Statistisches \ Bundesamt; eigene \ Berechnungen.$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 4: Einkommensverteilung

	Volkseinkommen	Unternehmens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)	Lohn	quote	Bruttolöhne und -gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (je Arbeitnehmer) ³
				unbereinigt ¹	bereinigt ²		
Jahr	V	eränderung in % p.a	3.	in	1%	Veränderu	ng in % p.a.
1991			•	70,8	70,8		
1992	+6,7	+2,6	+8,4	71,9	72,1	+10,2	+4,0
1993	+1,4	-0,8	+2,3	72,5	72,9	+4,3	+0,9
1994	+4,1	+8,2	+2,5	71,4	72,0	+1,9	-2,3
1995	+3,9	+4,9	+3,5	71,1	71,8	+2,9	-0,9
1996	+1,5	+3,1	+0,8	70,7	71,5	+1,2	+0,4
1997	+1,5	+4,2	+0,3	69,9	70,8	+0,0	-2,5
1998	+1,8	+1,3	+2,0	70,0	71,0	+0,8	+0,4
1999	+1,0	-2,4	+2,5	71,1	72,0	+1,3	+1,3
2000	+2,2	-1,5	+3,7	72,1	72,9	+1,3	+1,7
2001	+2,3	+3,6	+1,9	71,8	72,6	+2,0	+1,3
2002	+0,9	+1,7	+0,6	71,6	72,5	+1,4	+0,1
2003	+1,1	+3,2	+0,2	71,0	72,1	+1,1	-1,3
2004	+4,9	+16,0	+0,3	67,9	69,2	+0,5	+0,9
2005	+1,6	+6,4	-0,7	66,4	68,0	+0,3	-1,4
2006	+5,5	+13,3	+1,6	63,9	65,5	+0,8	-1,2
2007	+3,8	+5,8	+2,7	63,2	64,7	+1,5	-0,4
2008	+0,7	-4,2	+3,6	65,0	66,5	+2,3	-0,4
2009	-4,1	-12,3	+0,3	68,0	69,5	+0,0	+0,4
2010	+6,0	+12,4	+3,0	66,1	67,5	+2,3	+1,7
2011	+4,7	+5,3	+4,4	65,9	67,3	+3,3	+0,4
2012	+2,1	-1,4	+3,9	67,1	68,4	+2,9	+1,1
2007/02	+3,4	+8,8	+0,8	67,3	68,7	+0,8	-0,7
2012/07	+1,8	-0,4	+3,0	65,9	67,3	+2,2	+0,6

 $^{^1} Arbeit nehmer entgelte in \% \, des \, Volksein kommens.$

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

² Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).

³ Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 5: Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

land					jährliche '	Veränderun	igen in %				
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Deutschland	+2,6	+5,1	+1,7	+3,1	+0,7	-5,1	+4,2	+3,0	+0,7	+0,4	+1,8
Belgien	+1,7	+3,1	+22,9	+3,7	+1,8	-2,8	+2,4	+1,8	-0,3	+0,0	+1,2
Estland	-	-	+4,5	+9,7	+8,9	-14,1	+3,3	+8,3	+3,2	+3,0	+4,0
Griechenland	+2,5	+0,0	+2,1	+3,5	+2,3	-3,1	-4,9	-7,1	-6,4	-4,2	+0,6
Spanien	+2,3	+3,8	+2,8	+5,0	+3,6	-3,7	-0,3	+0,4	-1,4	-1,5	+0,9
Frankreich	+1,6	+2,6	+2,0	+3,7	+1,8	-3,1	+1,7	+2,0	+0,0	-0,1	+1,1
Irland	+3,1	+7,6	+9,8	+10,7	+5,9	-5,5	-0,8	+1,4	+0,9	+1,1	+2,2
Italien	+2,8	+2,1	+2,9	+3,7	+0,9	-5,5	+1,7	+0,4	-2,4	-1,3	+0,7
Zypern	-	-	+9,9	+5,0	+3,9	-1,9	+1,3	+0,5	-2,4	-8,7	-3,9
Luxemburg	+2,9	+5,3	+1,4	+8,4	+5,3	-4,1	+2,9	+1,7	+0,3	+0,8	+1,6
Malta	-	-	+6,2	+6,4	+3,6	-2,6	+2,9	+1,7	+0,8	+1,4	+1,8
Niederlande	+2,5	+4,2	+3,1	+3,9	+2,0	-3,7	+1,6	+1,0	-1,0	-0,8	+0,9
Österreich	+2,5	+4,3	+2,7	+3,7	+2,4	-3,8	+2,1	+2,7	+0,8	+0,6	+1,8
Portugal	+1,6	+7,9	+2,3	+3,9	+0,8	-2,9	+1,9	-1,6	-3,2	-2,3	+0,6
Slowakei	-	-	+5,8	+1,4	+6,7	-4,9	+4,4	+3,2	+2,0	+1,0	+2,8
Slowenien	-	-	+4,1	+4,3	+4,0	-7,8	+1,2	+0,6	-2,3	-2,0	-0,1
Finnland	+3,3	+0,5	+4,0	+5,3	+2,9	-8,5	+3,3	+2,8	-0,2	+0,3	+1,0
Euroraum	-	-	+2,3	+3,8	+1,7	-4,4	+2,0	+1,4	-0,6	-0,4	+1,2
Bulgarien	-	-	-	+2,9	+5,7	+6,4	+0,4	+1,8	+0,8	+0,9	+1,7
Dänemark	+4,0	+1,6	+3,1	+3,5	+2,4	-5,7	+1,6	+1,1	-0,5	+0,7	+1,7
Lettland	-	-	-0,9	+5,7	+10,1	-17,7	-0,9	+5,5	+5,6	+3,8	+4,1
Litauen	-	-	+3,3	+3,6	+7,8	-14,8	+1,5	+5,9	+3,7	+3,1	+3,6
Polen	-	-	+7,0	+4,3	+3,6	+1,6	+3,9	+4,5	+1,9	+1,1	+2,2
Rumänien	-	-	+7,1	+2,4	+4,2	-6,6	-1,1	+2,2	+0,7	+1,6	+2,2
Schweden	+2,2	+1,0	+3,9	+4,5	+3,2	-5,0	+6,6	+3,7	+0,8	+1,5	+2,5
Tschechien	-	-	+6,2	+4,2	+6,8	-4,5	+2,5	+1,9	-1,3	-0,4	+1,6
Ungarn	-	-	+1,5	+4,2	+4,0	-6,8	+1,3	+1,6	-1,7	+0,2	+1,4
Vereinigtes Königreich	+3,6	+0,8	+3,1	+4,2	+2,8	-4,0	+1,8	+1,0	+0,3	+0,6	+1,7
EU	-	-	+2,6	+3,9	+2,1	-4,3	+2,1	+1,6	-0,3	-0,1	+1,4
Japan	+6,3	+5,6	+1,9	+2,3	+1,3	-5,5	+4,7	-0,6	+2,0	+1,4	+1,6
USA	+4,1	+1,9	+2,5	+4,2	+3,1	-3,1	+2,4	+1,8	+2,2	+1,9	+2,6

 $Quellen: \ EU-Kommission, Fr\"{u}hjahrsprognose\ und\ Statistischer\ Annex,\ Mai\ 2013.$

Stand: Mai 2013.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 6: Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

land			jährlich	ne Veränderunge	n in %		
Land	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Deutschland	+2,8	+0,2	+1,2	+2,5	+2,1	+1,8	+1,6
Belgien	+4,5	+0,0	+2,3	+3,4	+2,6	+1,3	+1,6
Estland	+10,6	+0,2	+2,7	+5,1	+4,2	+3,6	+3,1
Griechenland	+4,2	+1,3	+4,7	+3,1	+1,0	-0,8	-0,4
Spanien	+4,1	-0,2	+2,0	+3,1	+2,4	+1,5	+0,8
Frankreich	+3,2	+0,1	+1,7	+2,3	+2,2	+1,2	+1,7
Irland	+3,1	-1,7	-1,6	+1,2	+1,9	+1,3	+1,3
Italien	+3,5	+0,8	+1,6	+2,9	+3,3	+1,6	+1,5
Zypern	+4,4	+0,2	+2,6	+3,5	+3,1	+1,0	+1,2
Luxemburg	+4,1	+0,0	+2,8	+3,7	+2,9	+1,9	+1,7
Malta	+4,7	+1,8	+2,0	+2,5	+3,2	+1,9	+1,9
Niederlande	+2,2	+1,0	+0,9	+2,5	+2,8	+2,8	+1,5
Österreich	+3,2	+0,4	+1,7	+3,6	+2,6	+2,0	+1,8
Portugal	+2,7	-0,9	+1,4	+3,6	+2,8	+0,7	+1,0
Slowakei	+3,9	+0,9	+0,7	+4,1	+3,7	+1,9	+2,0
Slowenien	+5,5	+0,9	+2,1	+2,1	+2,8	+2,2	+1,4
Finnland	+3,9	+1,6	+1,7	+3,3	+3,2	+2,4	+2,2
Euroraum	+3,3	+0,3	+1,6	+2,7	+2,5	+1,6	+1,5
Bulgarien	+12,0	+2,5	+3,0	+3,4	+2,4	+2,0	+2,6
Dänemark	+3,6	+1,1	+2,2	+2,7	+2,4	+1,1	+1,6
Lettland	+15,3	+3,3	-1,2	+4,2	+2,3	+1,4	+2,1
Litauen	+11,1	+4,2	+1,2	+4,1	+3,2	+2,1	+2,7
Polen	+4,2	+4,0	+2,7	+3,9	+3,7	+1,4	+2,0
Rumänien	+7,9	+5,6	+6,1	+5,8	+3,4	+4,3	+3,1
Schweden	+3,3	+1,9	+1,9	+1,4	+0,9	+0,9	+1,4
Tschechien	+6,3	+0,6	+1,2	+2,1	+3,5	+1,9	+1,2
Ungarn	+6,0	+4,0	+4,7	+3,9	+5,7	+2,6	+3,1
Vereinigtes Königreich	+3,6	+2,2	+3,3	+4,5	+2,8	+2,8	+2,5
EU	+3,7	+1,0	+2,1	+3,1	+2,6	+1,8	+1,7
Japan	+1,4	-1,4	-0,7	-0,3	+0,0	+0,2	+1,8
USA	+3,8	-0,4	+1,6	+3,2	+2,1	+1,8	+2,1

Quelle: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2013.

Stand: Mai 2013.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 7: Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich

				ir	n % der zivile	n Erwerbsb	evölkerung				
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Deutschland	7,2	4,8	8,3	8,0	11,3	7,8	7,1	5,9	5,5	5,4	5,3
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	8,5	7,9	8,3	7,2	7,6	8,0	8,0
Estland	-	-	9,7	13,6	7,9	13,8	16,9	12,5	10,2	9,7	9,0
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,2	9,9	9,5	12,6	17,7	24,3	27,0	26,0
Spanien	17,8	14,4	20,0	11,7	9,2	18,0	20,1	21,7	25,0	27,0	26,4
Frankreich	8,9	8,0	10,5	9,0	9,3	9,5	9,7	9,6	10,2	10,6	10,9
Irland	16,8	13,4	12,3	4,2	4,4	12,0	13,9	14,7	14,7	14,2	13,7
Italien	8,2	8,9	11,2	10,0	7,7	7,8	8,4	8,4	10,7	11,8	12,2
Zypern	-	-	2,6	4,8	5,3	5,4	6,3	7,9	11,9	15,5	16,9
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,2	4,6	5,1	4,6	4,8	5,1	5,5	5,8
Malta	-	4,9	5,0	6,7	7,3	6,9	6,9	6,5	6,4	6,3	6,1
Niederlande	7,3	5,1	7,1	3,1	5,3	3,7	4,5	4,4	5,3	6,9	7,2
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,6	5,2	4,8	4,4	4,2	4,3	4,7	4,7
Portugal	9,1	4,8	7,2	4,5	8,6	10,6	12,0	12,9	15,9	18,2	18,5
Slowakei	-	-	13,3	18,9	16,4	12,1	14,5	13,6	14,0	14,5	14,1
Slowenien	-	-	6,9	6,7	6,5	5,9	7,3	8,2	8,9	10,0	10,3
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	8,4	8,2	8,4	7,8	7,7	8,1	8,0
Euroraum	-	-	10,7	8,7	9,2	9,6	10,1	10,2	11,4	12,2	12,1
Bulgarien	-	-	12,0	16,4	10,1	6,8	10,3	11,3	12,3	12,5	12,4
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,3	4,8	6,0	7,5	7,6	7,5	7,7	7,6
Lettland	-	0,5	18,9	13,7	9,6	18,2	19,8	16,2	14,9	13,7	12,2
Litauen	-	0,0	6,9	16,4	8,0	13,6	18,0	15,3	13,3	11,8	10,5
Polen	-	-	13,2	16,1	17,9	8,1	9,7	9,7	10,1	10,9	11,4
Rumänien	-	-	-	6,8	7,2	6,9	7,3	7,4	7,0	6,9	6,8
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	7,7	8,3	8,6	7,8	8,0	8,3	8,1
Tschechien	-	-	3,8	8,8	7,9	6,7	7,3	6,7	7,0	7,5	7,4
Ungarn	-	-	10,1	6,3	7,2	10,0	11,2	10,9	10,9	11,4	11,5
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,4	4,8	7,6	7,8	8,0	7,9	8,0	7,9
EU	-	-	-	8,8	9,0	9,0	9,7	9,7	10,5	11,1	11,1
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	4,4	5,1	5,1	4,6	4,3	4,3	4,2
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	5,1	9,3	9,6	8,9	8,1	7,7	7,2

 $Quellen: \ EU-Kommission, Fr\"uhjahrsprognose\ und\ Statistischer\ Annex, Mai\ 2013.$

Stand: Mai 2013.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 8: Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

	Real	es Bruttoii	nlandsprod	dukt		Verbrauc	herpreise		Leistungsbilanz			
			Verände	rung gege	nüber Vor	jahr in %			E	in % des n Bruttoinlar		5
	2011	2012	2013 ¹	2014 ¹	2011	2012	2013 ¹	2014 ¹	2011	2012	2013 ¹	2014 1
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	+4,8	+3,4	+3,4	+4,0	+10,1	+6,5	+6,8	+6,5	4,5	3,2	1,9	0,
darunter												
Russische Föderation	+4,3	+3,4	+3,4	+3,8	+8,4	+5,1	+6,9	+6,2	5,2	4,0	2,5	1,
Ukraine	+5,2	+0,2	+0,0	+2,8	+8,0	+0,6	+0,5	+4,7	-6,3	-8,2	-7,9	-7,
Asien	+8,1	+6,6	+7,1	+7,3	+6,4	+4,5	+5,0	+5,0	1,6	1,1	1,1	1,
darunter												
China	+9,3	+7,8	+8,0	+8,2	+5,4	+2,6	+3,0	+3,0	2,8	2,6	2,6	2,
Indien	+7,7	+4,0	+5,7	+6,2	+8,9	+9,3	+10,8	+10,7	-3,4	-5,1	-4,9	-4,
Indonesien	+6,5	+6,2	+6,3	+6,4	+5,4	+4,3	+5,6	+5,6	0,2	-2,8	-3,3	-3,
Malaysia	+5,1	+5,6	+5,1	+5,2	+3,2	+1,7	+2,2	+2,4	11,0	6,4	6,0	5,
Thailand	+0,1	+6,4	+5,9	+4,2	+3,8	+3,0	+3,0	+3,4	1,7	0,7	1,0	1,
Lateinamerika	+4,6	+3,0	+3,4	+3,9	+6,6	+6,0	+6,1	+5,7	-1,3	-1,7	-1,7	-2,
darunter												
Argentinien	+8,9	+1,9	+2,8	+3,5	+9,8	+10,0	+9,8	+10,1	-0,4	0,1	-0,1	-0,
Brasilien	+2,7	+0,9	+3,0	+4,0	+6,6	+5,4	+6,1	+4,7	-2,1	-2,3	-2,4	-3,
Chile	+5,9	+5,5	+4,9	+4,6	+3,3	+3,0	+2,1	+3,0	-1,3	-3,5	-4,0	-3,
Mexiko	+3,9	+3,9	+3,4	+3,4	+3,4	+4,1	+3,7	+3,2	-0,8	-0,8	-1,0	-1,
Sonstige												
Türkei	+8,5	+2,6	+3,4	+3,7	+6,5	+8,9	+6,6	+5,3	-9,7	-5,9	-6,8	-7,
Südafrika	+3,5	+2,5	+2,8	+3,3	+5,0	+5,7	+5,8	+5,5	-3,4	-6,3	-6,4	-6,

¹ Prognosen des IWF.

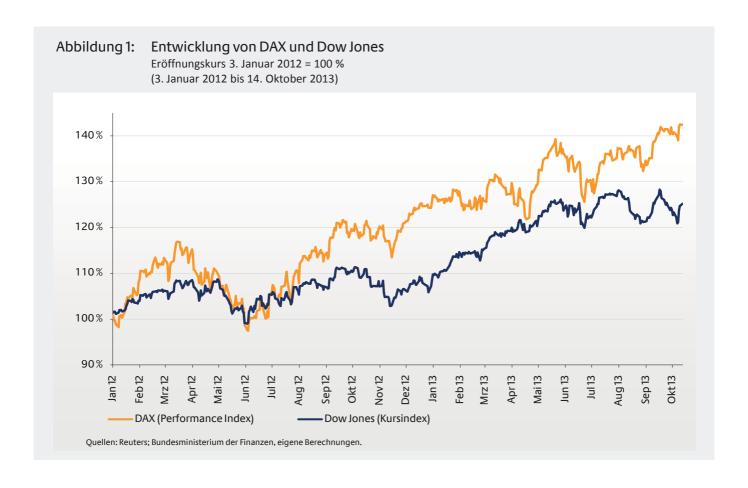
Quelle: IWF World Economic Outlook, April 2013.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

	••	_
Taballa 0	Übersicht Weltfinan	zmärlta
TADELLE 9		IZIIIAI KI 🖰

Aktienindizes	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	11.10.2013	2012	zu Ende 2012	2012/2013	2012/2013
Dow Jones	15 237	13 104	+16,3	12 101	15 677
Euro Stoxx 50	2 974	2 636	+12,8	2 069	2 974
Dax	8 725	7 612	+14,6	5 969	8 725
CAC 40	4220	3 641	+15,9	2 950	4 2 2 0
Nikkei	14 405	10 395	+38,6	8 296	15 627
Renditen staatlicher Benchmarkanleihen	Aktuell	Ende	Spread zu	Tief	Hoch
10 Jahre	11.10.2013	2012	US-Bond	2012/2013	2012/2013
USA	2,71	1,77	-	1,39	3,02
Deutschland	1,88	1,32	-0,8	1,14	2,05
Japan	0,66	0,79	-2,1	0,45	1,05
Vereinigtes Königreich	2,77	1,83	+0,1	1,42	3,05
Währungen	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	11.10.2013	2012	zu Ende 2012	2012/2013	2012/2013
US-Dollar/Euro	1,36	1,32	+2,8	1,21	1,36
Yen/US-Dollar	98,56	86,74	+13,6	76,18	103,18
Yen/Euro	133,38	113,61	+17,4	94,63	134,57
Pfund/Euro	0,85	0,82	+3,5	0,78	0,88

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG



KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	senquote	
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014
Deutschland												
EU-KOM	+3,0	+0,7	+0,4	+1,8	+2,5	+2,1	+1,8	+1,6	5,9	5,5	5,4	5,3
OECD	+3,1	+0,9	+0,4	+1,9	+2,5	+2,1	+1,6	+2,0	5,7	5,3	5,0	4,8
IWF	+3,1	+0,9	+0,3	+1,3	+2,5	+2,1	+1,6	+1,7	6,0	5,5	5,7	5,6
USA												
EU-KOM	+1,8	+2,2	+1,9	+2,6	+3,2	+2,1	+1,8	+2,1	8,9	8,1	7,7	7,2
OECD	+1,8	+2,2	+1,9	+2,8	+3,1	+2,1	+1,6	+1,9	8,9	8,1	7,5	7,0
IWF	+1,8	+2,2	+1,7	+2,7	+3,1	+2,1	+1,8	+1,7	8,9	8,1	7,7	7,5
Japan												
EU-KOM	-0,6	+2,0	+1,4	+1,6	-0,3	+0,0	+0,2	+1,8	4,6	4,3	4,3	4,2
OECD	-0,6	+2,0	+1,6	+1,4	-0,3	-0,0	-0,1	+1,8	4,6	4,3	4,2	4,1
IWF	-0,6	+1,9	+2,0	+1,2	-0,3	-0,0	+0,1	+3,0	4,6	4,4	4,1	4,1
Frankreich												
EU-KOM	+1,7	+0,0	-0,1	+1,1	+2,3	+2,2	+1,2	+1,7	9,6	10,2	10,6	10,9
OECD	+1,7	+0,0	-0,3	+0,8	+2,3	+2,2	+1,1	+1,0	9,2	9,9	10,7	11,1
IWF	+2,0	+0,0	-0,2	+0,8	+2,1	+2,0	+1,6	+1,5	9,6	10,2	11,2	11,6
Italien												
EU-KOM	+0,4	-2,4	-1,3	+0,7	+2,9	+3,3	+1,6	+1,5	8,4	10,7	11,8	12,2
OECD	+0,5	-2,4	-1,8	+0,4	+2,9	+3,3	+1,6	+1,2	8,4	10,6	11,9	12,5
IWF	+0,4	-2,4	-1,8	+0,7	+2,9	+3,3	+2,0	+1,4	8,4	10,6	12,0	12,4
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	+1,0	+0,3	+0,6	+1,7	+4,5	+2,8	+2,8	+2,5	8,0	7,9	8,0	7,9
OECD	+1,0	+0,3	+0,8	+1,5	+4,5	+2,8	+2,8	+2,4	8,1	7,9	8,0	7,9
IWF	+1,0	+0,3	+0,9	+1,5	+4,5	+2,8	+2,7	+2,5	8,0	8,0	7,8	7,8
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	+2,6	+1,8	+1,4	+2,3	+2,9	+1,5	+1,3	+1,7	7,5	7,3	7,1	6,9
IWF	+2,5	+1,7	+1,7	+2,2	+2,9	+1,5	+1,5	+1,8	7,5	7,3	7,3	7,2
Euroraum												
EU-KOM	+1,4	-0,6	-0,4	+1,2	+2,7	+2,5	+1,6	+1,5	10,2	11,4	12,2	12,1
OECD	+1,5	-0,5	-0,6	+1,1	+2,7	+2,5	+1,5	+1,2	10,0	11,2	12,1	12,3
IWF	+1,5	-0,6	-0,6	+0,9	+2,7	+2,5	+1,7	+1,5	10,2	11,4	12,3	12,3
EZB	+1,5	+0,5	-0,6	+1,1	+2,7	+2,5	+1,4	+1,3	-	-	-	-
EU-27												
EU-KOM	+1,6	-0,3	-0,1	+1,4	+3,1	+2,6	+1,8	+1,7	9,7	10,5	11,1	11,1
IWF	+1,7	-0,2	-0,1	+1,2	+3,1	+2,6	+1,9	+1,8	-	-	_	-

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2013.

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2013.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2013; Aktualisierung WEO: BIP/Advanced Economies vom 2. Juli 2013.

EZB: Eurosystem Staff Macroeconomic Projections for the Euro Area; Juni 2013 (BIP-Wachstum und Verbraucherpreise für den Euroraum; für 2013 und 2014 Mittelwertberechnung)

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslo	senquote	
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014
Belgien												
EU-KOM	+1,8	-0,2	+0,0	+1,2	+3,4	+2,6	+1,3	+1,6	7,2	7,6	8,0	8,0
OECD	+1,9	-0,3	+0,0	+1,1	+3,4	+2,6	+1,4	+1,2	7,2	7,6	8,4	8,8
IWF	+1,8	-0,2	+0,2	+1,2	+3,4	+2,6	+1,7	+1,4	7,2	7,3	8,0	8,1
Estland												
EU-KOM	+8,3	+3,2	+3,0	+4,0	+5,1	+4,2	+3,6	+3,1	12,5	10,2	9,7	9,0
OECD	+8,3	+3,2	+1,5	+3,6	+5,1	+4,2	+3,4	+2,9	12,5	10,1	9,7	9,3
IWF	+8,3	+3,2	+3,0	+3,2	+5,1	+4,2	+3,2	+2,8	11,7	9,8	7,8	6,2
Finnland												
EU-KOM	+2,8	-0,2	+0,3	+1,0	+3,3	+3,2	+2,4	+2,2	7,8	7,7	8,1	8,0
OECD	+2,8	-0,2	-0,0	+1,7	+3,3	+3,2	+2,6	+2,4	7,8	7,7	8,2	8,1
IWF	+2,8	-0,2	+0,5	+1,2	+3,3	+3,2	+2,9	+2,5	7,8	7,7	8,1	8,1
Griechenland												
EU-KOM	-7,1	-6,4	-4,2	+0,6	+3,1	+1,0	-0,8	-0,4	17,7	24,3	27,0	26,0
OECD	-7,1	-6,4	-4,8	-1,2	+3,1	+1,0	-0,7	-1,7	17,7	24,2	27,8	28,4
IWF	-7,1	-6,4	-4,2	+0,6	+3,1	+1,0	-0,8	-0,4	17,5	24,2	27,0	26,0
Irland												
EU-KOM	+1,4	+0,9	+1,1	+2,2	+1,2	+1,9	+1,3	+1,3	14,7	14,7	14,2	13,7
OECD	+1,4	+0,9	+1,0	+1,9	+1,2	+1,9	+1,0	+1,1	14,6	14,7	14,3	14,1
IWF	+1,4	+0,9	+1,1	+2,2	+1,2	+1,9	+1,3	+1,3	14,6	14,7	14,2	13,7
Luxemburg												
EU-KOM	+1,7	+0,3	+0,8	+1,6	+3,7	+2,9	+1,9	+1,7	4,8	5,1	5,5	5,8
OECD	+1,7	+0,3	+0,8	+1,7	+3,7	+2,9	+1,8	+1,7	5,6	6,1	6,7	6,7
IWF	+1,7	+0,1	+0,1	+1,3	+3,7	+2,9	+1,9	+1,9	5,7	6,0	6,3	6,4
Malta												
EU-KOM	+1,7	+0,8	+1,4	+1,8	+2,5	+3,2	+1,9	+1,9	6,5	6,4	6,3	6,1
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+1,7	+0,8	+1,3	+1,8	+2,5	+3,2	+2,4	+2,0	6,5	6,3	6,4	6,3
Niederlande												
EU-KOM	+1,0	-1,0	-0,8	+0,9	+2,5	+2,8	+2,8	+1,5	4,4	5,3	6,9	7,2
OECD	+1,1	-1,0	-0,9	+0,7	+2,5	+2,8	+2,7	+1,5	4,3	5,2	6,4	7,0
IWF	+1,0	-0,9	-0,5	+1,1	+2,5	+2,8	+2,8	+1,7	4,4	5,3	6,3	6,5
Österreich												
EU-KOM	+2,7	+0,8	+0,6	+1,8	+3,6	+2,6	+2,0	+1,8	4,2	4,3	4,7	4,7
OECD	+2,7	+0,8	+0,5	+1,7	+3,6	+2,6	+2,0	+1,5	4,1	4,3	4,7	4,7
IWF	+2,7	+0,8	+0,8	+1,6	+3,6	+2,6	+2,2	+1,9	4,2	4,4	4,6	4,5

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise		Arbeitslosenquote			
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014
Portugal												
EU-KOM	-1,6	-3,2	-2,3	+0,6	+3,6	+2,8	+0,7	+1,0	12,9	15,9	18,2	18,5
OECD	-1,6	-3,2	-2,7	+0,2	+3,6	+2,8	-0,0	+0,2	12,7	15,6	18,2	18,6
IWF	-1,6	-3,2	-2,3	+0,6	+3,6	+2,8	+0,7	+1,0	12,7	15,7	18,3	18,5
Slowakei												
EU-KOM	+3,2	+2,0	+1,0	+2,8	+4,1	+3,7	+1,9	+2,0	13,6	14,0	14,5	14,1
OECD	+3,2	+2,0	+0,8	+2,0	+4,1	+3,7	+1,7	+1,6	13,5	14,0	14,6	14,7
IWF	+3,2	+2,0	+1,4	+2,7	+4,1	+3,7	+1,9	+2,0	13,6	14,0	14,3	14,3
Slowenien												
EU-KOM	+0,6	-2,3	-2,0	-0,1	+2,1	+2,8	+2,2	+1,4	8,2	8,9	10,0	10,3
OECD	+0,6	-2,3	-2,3	+0,1	+2,1	+2,8	+2,1	+1,2	8,2	8,8	10,2	10,3
IWF	+0,6	-2,3	-2,0	+1,5	+1,8	+2,6	+1,8	+1,9	8,2	9,0	9,8	9,4
Spanien												
EU-KOM	+0,4	-1,4	-1,5	+0,9	+3,1	+2,4	+1,5	+0,8	21,7	25,0	27,0	26,4
OECD	+0,4	-1,4	-1,7	+0,4	+3,1	+2,4	+1,5	+0,4	21,6	25,0	27,3	28,0
IWF	+0,4	-1,4	-1,6	+0,0	+3,1	+2,4	+1,9	+1,5	21,7	25,0	27,0	26,5
Zypern												
EU-KOM	+0,5	-2,4	-8,7	-3,9	+3,5	+3,1	+1,0	+1,2	7,9	11,9	15,5	16,9
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+0,5	-2,4	-	-	+3,5	+3,1	-	-	7,9	12,1	-	-

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2013.

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2013.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2013.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	senquote	
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014
Bulgarien												
EU-KOM	+1,8	+0,8	+0,9	+1,7	+3,4	+2,4	+2,0	+2,6	11,3	12,3	12,5	12,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-		_
IWF	+1,8	+0,8	+1,2	+2,3	+3,4	+2,4	+2,1	+1,9	11,4	12,4	12,4	11,4
Dänemark												
EU-KOM	+1,1	-0,5	+0,7	+1,7	+2,7	+2,4	+1,1	+1,6	7,6	7,5	7,7	7,6
OECD	+1,1	-0,5	+0,4	+1,7	+2,8	+2,4	+0,8	+1,4	7,6	7,5	7,4	7,3
IWF	+1,1	-0,6	+0,8	+1,3	+2,8	+2,4	+2,0	+2,0	7,6	7,6	7,6	7,2
Kroatien												
EU-KOM	+0,0	-2,0	-1,0	+0,2	+2,2	+3,4	+3,1	+2,0	13,5	15,9	19,1	20,1
OECD		-	-	-	_	-	_	_	_	_		_
IWF	-0,0	-2,0	-0,2	+1,5	+2,3	+3,4	+3,2	+2,3	13,7	15,0	15,2	14,7
Lettland												
EU-KOM	+5,5	+5,6	+3,8	+4,1	+4,2	+2,3	+1,4	+2,1	16,2	14,9	13,7	12,2
OECD	_	-	-	-	-	-	-	_	_	_		-
IWF	+5,5	+5,6	+4,2	+4,2	+4,2	+2,3	+1,8	+2,1	16,2	14,9	13,3	12,0
Litauen												
EU-KOM	+5,9	+3,6	+3,1	+3,6	+4,1	+3,2	+2,1	+2,7	15,3	13,3	11,8	10,5
OECD		-	-		-		-	-		-		_
IWF	+5,9	+3,6	+3,0	+3,3	+4,1	+3,2	+2,1	+2,5	15,2	13,2	12,0	11,0
Polen												
EU-KOM	+4,5	+1,9	+1,1	+2,2	+3,9	+3,7	+1,4	+2,0	9,7	10,1	10,9	11,4
OECD	+4,5	+2,0	+0,9	+2,2	+4,2	+3,6	+0,7	+1,0	9,6	10,1	10,8	11,3
IWF	+4,3	+2,0	+1,3	+2,2	+4,3	+3,7	+1,9	+2,0	9,6	10,3	11,0	11,0
Rumänien												
EU-KOM	+2,2	+0,7	+1,6	+2,2	+5,8	+3,4	+4,3	+3,1	7,4	7,0	6,9	6,8
OECD	-	-	-	-	-	-	-	_	_	-	-	-
IWF	+2,2	+0,3	+1,6	+2,0	+5,8	+3,3	+4,6	+2,9	7,4	7,0	7,0	6,9
Schweden												
EU-KOM	+3,7	+0,8	+1,5	+2,5	+1,4	+0,9	+0,9	+1,4	7,8	8,0	8,3	8,1
OECD	+3,8	+1,2	+1,3	+2,5	+3,0	+0,9	+0,2	+1,3	7,8	8,0	8,2	8,1
IWF	+3,8	+1,2	+1,0	+2,2	+3,0	+0,9	+0,3	+2,3	7,8	7,9	8,1	7,8
Tschechien												
EU-KOM	+1,9	-1,3	-0,4	+1,6	+2,1	+3,5	+1,9	+1,2	6,7	7,0	7,5	7,4
OECD	+1,8	-1,2	-1,0	+1,3	+1,9	+3,3	+1,6	+1,3	6,7	7,0	7,3	7,5
IWF	+1,9	-1,2	+0,3	+1,6	+1,9	+3,3	+2,3	+1,9	6,7	7,0	8,1	8,4
Ungarn												
EU-KOM	+1,6	-1,7	+0,2	+1,4	+3,9	+5,7	+2,6	+3,1	10,9	10,9	11,4	11,5
OECD	+1,6	-1,8	+0,5	+1,3	+3,9	+5,7	+2,8	+3,5	10,9	10,9	11,4	11,5
IWF	+1,7	-1,7	-0,0	+1,2	+3,9	+5,7	+3,2	+3,5	11,0	11,0	10,5	10,9

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2013. OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2013.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2013.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

	Ö	ffentlicher	Haushaltss	aldo		Staatssch	nuldenquot	:e		Leistungs	bilanzsaldo)
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014
Deutschland												
EU-KOM	-0,8	0,2	-0,2	0,0	80,4	81,9	81,1	78,6	5,6	6,4	6,3	6,1
OECD	-0,8	0,2	-0,2	0,0	80,5	81,9	80,6	77,8	6,2	7,1	6,7	6,0
IWF	-0,8	0,2	-0,3	-0,1	80,5	82,0	80,4	78,3	6,2	7,0	6,1	5,7
USA												
EU-KOM	-10,1	-8,9	-6,9	-5,9	103,1	107,6	110,6	111,3	-3,3	-3,0	-2,8	-3,0
OECD	-10,2	-8,7	-5,4	-5,3	102,3	106,3	109,1	110,4	-3,1	-3,0	-3,1	-3,3
IWF	-10,0	-8,5	-6,5	-5,4	102,5	106,5	108,1	109,2	-3,1	-3,0	-2,9	-3,0
Japan												
EU-KOM	-8,9	-9,9	-9,5	-7,6	232,0	237,5	243,6	242,9	2,0	1,1	1,8	2,5
OECD	-8,9	-9,9	-10,3	-8,0	210,6	219,1	228,4	233,1	2,0	1,0	1,0	1,9
IWF	-9,9	-10,2	-9,8	-7,0	230,3	237,9	245,4	244,6	2,0	1,0	1,2	1,9
Frankreich												
EU-KOM	-5,3	-4,8	-3,9	-4,2	85,8	90,2	94,0	96,2	-2,6	-1,8	-1,6	-1,7
OECD	-5,3	-4,9	-4,0	-3,5	86,0	90,7	94,5	97,2	-1,9	-2,3	-2,2	-1,9
IWF	-5,2	-4,6	-3,7	-3,5	86,0	90,3	92,7	94,0	-2,0	-2,4	-1,3	-1,4
Italien												
EU-KOM	-3,8	-3,0	-2,9	-2,5	120,8	127,0	131,4	132,2	-3,1	-0,5	1,0	1,1
OECD	-3,7	-2,9	-3,0	-2,3	120,8	127,0	131,7	134,3	-3,1	-0,6	0,9	2,0
IWF	-3,7	-3,0	-2,6	-2,3	120,8	127,0	130,6	130,8	-3,1	-0,5	0,3	0,3
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	-7,8	-6,3	-6,8	-6,3	85,5	90,0	95,5	98,7	-1,3	-3,7	-2,7	-2,0
OECD	-7,9	-6,5	-7,1	-6,5	85,5	90,0	93,9	97,9	-1,3	-3,7	-2,9	-2,5
IWF	-7,9	-8,3	-7,0	-6,4	85,4	90,3	93,6	97,1	-1,3	-3,5	-4,4	-4,3
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	-4,0	-3,2	-2,9	-2,1	83,4	85,5	85,2	85,3	-3,0	-3,7	-3,7	-3,4
IWF	-4,0	-3,2	-2,8	-2,3	83,4	85,6	87,0	84,6	-3,0	-3,7	-3,5	-3,4
Euroraum												
EU-KOM	-4,2	-3,7	-2,9	-2,8	88,0	92,7	95,5	96,0	0,3	1,8	2,5	2,7
OECD	-4,1	-3,7	-3,0	-2,5	88,1	92,8	95,4	96,3	0,7	1,9	2,5	2,8
IWF	-4,1	-3,6	-2,9	-2,6	88,1	92,9	95,0	95,3	0,6	1,8	2,3	2,3
EU-27												
EU-KOM	-4,4	-4,0	-3,4	-3,2	83,1	86,9	89,8	90,6	0,1	0,9	1,6	1,9
IWF	-4,4	-4,1	-3,4	-3,0	82,8	87,0	89,0	89,6	0,4	1,0	1,2	1,2

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2013.

 ${\sf OECD: Wirtschafts ausblick, Juni\,2013.}$

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2013.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	Ö	ffentlicher	Haushaltss	aldo		Staatssch	nuldenquot	:e		Leistungs	sbilanzsaldo)
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014
Belgien												
EU-KOM	-3,7	-3,9	-2,9	-3,1	97,8	99,6	101,4	102,1	1,0	0,9	1,4	1,4
OECD	-3,9	-4,0	-2,6	-2,3	97,7	99,8	100,4	100,2	-1,1	-1,4	-1,2	-0,8
IWF	-3,9	-4,0	-2,6	-2,1	97,8	99,6	100,3	99,8	-1,4	-0,5	-0,1	0,2
Estland												
EU-KOM	1,2	-0,3	-0,3	0,2	6,2	10,1	10,2	9,6	0,6	-3,1	-2,2	-2,0
OECD	1,2	-0,3	0,0	0,3	6,2	10,1	11,4	10,8	2,1	-1,2	-3,0	-2,6
IWF	1,7	-0,2	0,4	0,4	6,1	8,5	9,7	9,1	2,1	-1,2	0,0	0,1
Finnland												
EU-KOM	-0,8	-1,9	-1,8	-1,5	49,0	53,0	56,2	57,7	-1,3	-1,6	-1,7	-1,8
OECD	-1,1	-2,3	-2,3	-1,8	49,0	53,1	56,0	59,7	-1,6	-1,9	-1,6	-0,9
IWF	-0,9	-1,7	-2,0	-1,3	49,0	53,3	56,9	58,4	-1,6	-1,7	-1,7	-1,8
Griechenland												
EU-KOM	-9,5	-10,0	-3,8	-2,6	170,3	156,9	175,2	175,0	-11,7	-5,3	-2,8	-1,7
OECD	-9,6	-10,0	-4,1	-3,5	170,3	157,0	175,1	180,6	-9,9	-3,4	-1,1	0,9
IWF	-9,4	-6,4	-4,6	-3,4	170,6	158,5	179,5	175,6	-9,9	-2,9	-0,3	0,4
Irland												
EU-KOM	-13,4	-7,6	-7,5	-4,3	106,4	117,6	123,3	119,5	1,1	5,0	3,1	4,0
OECD	-13,3	-7,5	-7,5	-4,6	106,4	117,6	123,6	120,7	1,1	4,9	5,0	5,2
IWF	-13,4	-7,7	-7,5	-4,5	106,5	117,1	122,0	120,2	1,1	4,9	3,4	3,9
Luxemburg												
EU-KOM	-0,2	-0,8	-0,2	-0,4	18,3	20,8	23,4	25,2	7,1	5,6	6,3	6,4
OECD	-0,2	-0,8	-0,7	-0,6	18,3	20,8	22,8	24,4	7,1	5,6	4,1	5,5
IWF	-0,3	-1,9	-1,0	-1,3	18,3	21,1	23,3	25,7	7,1	6,0	6,6	6,8
Malta												
EU-KOM	-2,8	-3,3	-3,7	-3,6	70,3	72,1	73,9	74,9	-0,5	-0,8	0,0	0,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-2,7	-3,0	-2,9	-2,9	70,3	72,5	73,3	73,0	-0,5	0,3	0,5	0,8
Niederlande												
EU-KOM	-4,5	-4,1	-3,6	-3,6	65,5	71,2	74,6	75,8	8,3	8,2	8,6	8,9
OECD	-4,4	-4,0	-3,7	-3,6	65,4	71,1	72,8	74,2	10,1	9,9	9,4	9,0
IWF	-4,5	-4,1	-3,4	-3,7	65,5	71,7	74,5	75,9	9,7	8,3	8,7	9,0
Österreich												
EU-KOM	-2,5	-2,5	-2,2	-1,8	72,5	73,4	73,8	73,7	2,1	3,0	3,1	3,2
OECD	-2,4	-2,5	-2,3	-1,7	72,5	73,5	75,3	75,5	1,4	1,8	2,4	2,9
IWF	-2,5	-2,5	-2,2	-1,5	72,4	73,7	74,2	73,7	0,6	2,0	2,2	2,3

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	Ö	ffentlicher	Haushaltss	aldo		Staatssc	huldenquot	:e		Leistungs	sbilanzsaldo)
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014
Portugal												
EU-KOM	-4,4	-6,4	-5,5	-4,0	108,3	123,6	123,0	124,3	-7,2	-1,9	0,1	0,1
OECD	-4,4	-6,4	-6,4	-5,6	108,3	123,6	127,7	132,1	-7,0	-1,5	-0,9	0,5
IWF	-4,4	-4,9	-5,5	-4,0	108,0	123,0	122,3	123,7	-7,0	-1,5	0,1	-0,1
Slowakei												
EU-KOM	-5,1	-4,3	-3,0	-3,1	43,3	52,1	54,6	56,7	-2,5	2,0	2,5	3,3
OECD	-5,1	-4,3	-2,6	-2,2	43,3	52,1	54,4	55,8	-2,1	2,3	2,1	2,3
IWF	-4,9	-4,9	-3,2	-3,0	43,3	52,3	55,3	56,4	-2,1	2,3	2,2	2,7
Slowenien												
EU-KOM	-6,4	-4,0	-5,3	-4,9	46,9	54,1	61,0	66,5	0,1	2,7	4,8	4,7
OECD	-6,4	-4,0	-7,8	-3,4	46,9	54,1	63,8	68,1	0,0	2,5	4,1	4,8
IWF	-5,6	-3,2	-6,9	-4,3	46,9	52,6	68,8	71,7	0,0	2,3	2,7	2,5
Spanien												
EU-KOM	-9,4	-10,6	-6,5	-7,0	69,3	84,2	91,3	96,8	-3,7	-0,9	1,6	2,9
OECD	-9,4	-10,6	-6,9	-6,4	69,3	84,1	91,4	97,0	-3,7	-1,1	2,1	3,5
IWF	-9,4	-10,3	-6,6	-6,9	69,1	84,1	91,8	97,6	-3,7	-1,1	1,1	2,2
Zypern												
EU-KOM	-6,3	-6,3	-6,5	-8,4	71,1	85,8	109,5	124,0	-4,8	-4,8	-1,9	-0,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-6,3	-5,6	-	-	71,1	86,2	-	-	-4,7	-4,9	-	-

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2013.

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2013.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2013.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

	Ö	ffentlicher	Haushaltss	aldo		Staatssch	uldenquot	е	Leistungsbilanzsaldo				
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	
Bulgarien													
EU-KOM	-2,0	-0,8	-1,3	-1,3	16,3	18,5	17,9	20,3	0,1	-1,1	-2,6	-3,6	
OECD		-		_	_	-		_	_	-	_	-	
IWF	-2,0	-0,5	-1,4	-0,6	15,4	18,5	17,8	20,2	0,3	-0,7	-1,9	-2,1	
Dänemark		<u> </u>						· ·					
EU-KOM	-1,8	-4,0	-1,7	-2,7	46,4	45,8	45,0	46,4	5,6	5,2	4,5	5,0	
OECD	-2,0	-4,1	-1,8	-1,8	46,4	45,7	45,5	45,2	5,6	5,6	5,0	4,7	
IWF	-2,0	-4,4	-2,8	-2,3	46,4	50,1	51,8	52,4	5,6	5,3	4,7	4,7	
Kroatien	7		,,	,-			- /-	- ,	-7-			,	
EU-KOM	-5,7	-3,8	-4,7	-5,6	46,7	53,7	57,9	62,5	-0,9	-0,1	0,4	0,0	
OECD	-	-	_	-	-	_	_	-	-	-	_	-	
IWF	-5,2	-4,1	-4,0	-4,5	47,2	56,3	59,5	61,9	-1,0	-0,1	0,0	-0,5	
Lettland	J,_	.,,	.,0	.,0	,=	2 0,0		- 1,0	,,0	σ,.	3,0	0,3	
EU-KOM	-3,6	-1,2	-1,2	-0,9	41,9	40,7	43,2	40,1	-2,4	-1,7	-2,1	-2,6	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	_, .	-		_,-	
IWF	-3,2	0,1	-1,3	-0,8	37,5	36,4	41,0	36,7	-2,1	-1,7	-1,8	-1,9	
Litauen	3,2		.,0	0,0	3.,6	30,1	,0	20,1	_,.	.,.	.,0	.,5	
EU-KOM	-5,5	-3,2	-2,9	-2,4	38,5	40,7	40,1	39,4	-3,7	-0,5	-1,0	-1,5	
OECD	-	-	-	-, -	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-5,5	-3,0	-2,6	-2,3	38,5	39,6	40,0	39,8	-3,7	-0,9	-1,3	-1,7	
Polen	-5,5	-5,0	-2,0	-2,5	36,3	33,0	40,0	33,6	-5,7	-0,3	-1,5	-1,1	
EU-KOM	-5,0	-3,9	-3,9	-4,1	56,2	55,6	57,5	58,9	-4,5	-3,3	-2,5	-2,4	
OECD	-5,0	-3,9	-3,4	-2,7	56,3	55,6	57,7	58,7	-4,8	-3,5	-3,1	-2,6	
IWF	-5,0	-3,5	-3,4	-2,9	56,4	55,2	56,8	56,2	-4,9	-3,6	-3,6	-3,5	
Rumänien	-5,0	-5,5	-5,4	-2,3	30,4	33,2	30,8	30,2	-4,5	-5,0	-5,0	-3,3	
EU-KOM	-5,6	-2,9	-2,6	-2,4	34,7	37,8	38,6	38,5	-4,5	-4,0	-3,9	-3,8	
OECD	-5,0	-2,5	-2,0	-2,4	-	-	-	30,3	-4,5	-4,0	-3,9	-5,0	
IWF	-4,3	-2,5	-2,1	-1,7	34,2	37,0	36,9	36,6	-4,5	-3,8	-4,2	-4,5	
Schweden	-4,3	-2,5	-2,1	-1,7	34,2	37,0	30,9	30,0	-4,5	-3,6	-4,2	-4,5	
EU-KOM	0,2	-0,5	-1,1	0.4	38,4	38,2	40,7	39,0	7,3	7,0	7,0	7,2	
OECD	0,0	-0,7	-1,6	-0,4 -1,1	38,4	38,2	42,1	42,1	7,0	7,0	7,0	7,2	
IWF													
	0,1	-0,4	-0,8	-0,5	38,3	38,0	37,7	36,5	7,0	7,1	6,0	6,8	
Tschechien EU-KOM	-3,3	-4,4	-2,9	-3,0	40,8	45,8	48,3	50,1	-3,9	-2,6	-2,4	-2,5	
OECD													
	-3,3	-4,4	-3,3	-3,0	41,1	45,9	49,3	51,9	-2,7	-2,5	-3,0	-2,9	
IWF	-3,2	-5,0	-2,9	-2,8	40,8	43,1	44,8	46,1	-2,9	-2,7	-2,1	-1,8	
Ungarn EU-KOM	4,3	-1,9	-3,0	-3,3	81,4	79,2	79,7	78,9	1,0	1,9	2,5	2,6	
OECD	4,3	-1,9 -2,0	-3,0	-3,3 -3,2	81,4	79,2 79,0	79,7	78,9 78,7	0,8	1,5	2,5	3,2	
IWF	4,2	-2,0 -2,5	-3,2	-3,4	81,4	79,0	79,9	80,3	0,8	1,7	2,4	1,8	

Quellen:

 $\hbox{EU-KOM: Fr\"uhjahrsprognose, Mai\,2013.}\\$

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2013.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2013.

Herausgeber:

Bundesministerium der Finanzen Referat Öffentlichkeitsarbeit Wilhelmstraße 97 10117 Berlin http://www.bundesfinanzministerium.de oder http://www.bmf.bund.de

Redaktion:

Bundesministerium der Finanzen Arbeitsgruppe Monatsbericht Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de Berlin, Oktober 2013

Lektorat und Satz: heimbüchel pr, kommunikation und publizistik GmbH, Berlin/Köln

Gestaltung: heimbüchel pr Köln kommunikation und publizistik GmbH, Berlin/Köln

Bezugsservice für Publikationen des Bundesministeriums der Finanzen: telefonisch 0 18 05 / 77 80 90¹ per Telefax 0 18 05 / 77 80 94¹

¹ Jeweils 0,14 €/Min. aus dem Festnetz der Telekom, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

ISSN 1618-291X

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

ISSN 1618-291X